

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gemeinlichliche Vereins-  
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 13. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Der Krieg in Südafrika.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus Ladysmith, 11. Oktober, gemeldet: **Der Krieg hat begonnen.** Die Boeren sind in Natal eingerückt und haben die Engländer verjagt. Bürger des Oranje-Freistaates belegten in Harrismith einen Eisenbahnzug mit Beschlag und nahmen die Engländer gefangen. Die Oranje-Freistaats-Truppen greifen jetzt die Stadt Ladysmith an. Es entspinnt sich ein heisser Kampf, da die Stadt von den Engländern noch verteidigt wird. Von allen Seiten rücken die Boeren über die Grenze und belegen alles mit Beschlag.

Die Londoner Blätter melden, daß die Boeren Mittwochabend sofort nach Ablauf der in dem Ultimatum gesetzten Frist Laings Nek besetzten. Sie rücken jetzt in großen Massen in Natal ein und besetzen die Ingogo-Höhen.

Doch auch die Engländer bleiben nicht gänzlich unthätig. Wie dem „Reuterischen Bureau“ aus Mafeking in Britisch-Betschuana-Land, westlich von Transvaal, berichtet wird, ist eine beträchtliche englische Streitmacht heute Vormittag mit schweren Geschützen und Sanitätskolonnen aus der Stadt in der Richtung nach der Grenze zu abgerückt.

Größere Entscheidungsschlachten sind indessen für die nächste Zeit schwerlich zu erwarten. Die Aktion dürfte sich vielmehr in eine Anzahl von kleinen Plänkchen auflösen, in der England sogar vielleicht einstweilen die Defensiv innehalten wird, bis es in seiner Mobilisierung weit genug vorgeschritten ist, um mit Nachdruck aufzutreten zu können. Es ist anzunehmen, daß zunächst den Boeren einzelne kleine Handstreich glücken werden.

Die Boeren hoffen freilich, daß man im Ausland für sie Partei ergreifen wird. Und in der That giebt es auch bei uns in Deutschland einige Kreise, die eine Art nationaler Begeisterung für die „stammverwandten Brüder“ entfachen möchten. Aber die Lage der kaiserlichen Depesche an Ohm Krüger sind vorüber und es werden bereits jetzt einige offiziöse Kaltwasserstrahlen auf jene alldeutschen Schwärmer gerichtet. Die „Kölnische Zeitung“ meldet, Deutschland werde bei den Feindseligkeiten in Südafrika alles aufbieten, die Neutralität strikte durchzuführen, fordert jedoch die Bildung einer aus Ausländern bestehenden Polizeitruppe, die sich von jeder Beteiligung an den Grenzereignissen fernzuhalten und nur das fremde Eigentum zu schützen habe. Die deutschen Interessen, so sagt das Blatt, sind von Jahr zu Jahr gewachsen. Heute ist der Besitz von Transvaalschen Wertpapieren in französischen und deutschen Händen nach der Annahme von Sachverständigen weit größer als die in englischem Besitze befindlichen. Dieser beträchtliche Vermögensbesitz werde durch den Ausbruch des Krieges schwer gefährdet. Die Regierung von Transvaal werde gewiß alles aufbieten, Zerstörungen zu verhindern; indessen sei es sehr fraglich, ob sie nach dem Ausbruch des Krieges dazu noch die erforderliche Gewalt habe.

Sehr viel versprechen sich die Boeren von den Vereinigten Staaten. Präsident Krüger richtete ein Telegramm an die Zeitung „World“, in welchem er seinen amerikanischen Freunden ausdrückliche für die Transvaal bewiesenen Sympathien dankt. Der britische diplomatische Agent sei zurückberufen und der Ausbruch des Krieges sei sicher. Die beiden Republiken seien entschlossen, daß, falls sie in Englands Besitz übergehen sollten, ein Preis dafür bezahlt werden würde, über den die Menschlichkeit betroffen sein würde. Indeß hätten die beiden Republiken die volle Zuversicht, daß die Sonne der Freiheit über Südafrika aufgehen werde, wie sie seiner Zeit über Nordamerika aufgegangen sei.

Wenn aber Ohm Krüger meint, die Union werde sich durch Erinnerungen an ihre Kinderjahre in ihrem praktischen Handeln beeinflussen lassen, so werden ihm die Thatfachen belehren, daß sentimentale Empfindsamkeiten in diesem Zeitalter „realpolitischer“ Brutalitäten keine Rolle spielen. Mögen in New York einige Meetings abgehalten werden, die das Vorgehen Englands beklagen, die wahre Sachlage wird charakterisiert durch das New Yorker „Journal“, daß die Boeren für Barbaren erklärt, die der Civilisation weichen müßten wie die Indianer.

Es ist sicher, daß die nächsten Tage allerhand Sympathie-Kundgebungen für die Boeren aus den verschiedensten Ländern bringen werden. Aber ebenso sicher ist, daß sie sehr bald verummen werden vor den realen Interessen. Nur die eine, für die kämpfenden Boeren höchst bedeutungsvolle Frage bleibt: Wie wird Rußland die günstige Gelegenheit auszunutzen den englischen Nebenbuhler, wenn er in Südafrika gefesselt ist, zu schädigen?

**Kapstadt, 11. Oktober.** (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Wie das Blatt „Argus“ meldet, werden heute Abend alle verfügbaren Truppen des Kapstädter Bezirks nach dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt D'Kar abmarschirt.

**London, 12. Oktober.** In Regierungskreisen verlautet, daß sämtlich Staaten England vollste Neutralität im bevorstehenden Kriege zugesichert hätten.

**Washington, 12. Oktober.** Nach einer amtlichen Mitteilung sind dem Präsidenten McKinley zahlreiche Petitionen zugegangen, welche ihn um seine Vermittlung in den Streitigkeiten zwischen England und Transvaal ersuchen, ebenso auch Petitionen, welche ihn auffordern, bei Abstellung der Klagen der Urtländer mit England zusammen-

zutreten, und schließlich noch Petitionen, welche ihn ersuchen, den Boeren Beistand zu leisten. Es heißt, der Präsident beabsichtige nicht, in irgend einer Richtung Schritte zu thun, und werde auch seine Vermittlung nicht anbieten, so lange er nicht davon verständigt werde, daß beide Teile seine Vermittlung annehmen würden. Wenn indessen, wie er nicht hoffe, die Feindseligkeiten nicht mehr vermieden werden könnten, so würden seine Bemühungen darauf gerichtet sein, die amerikanischen Interessen zu schützen.

**London, 12. Oktober.** (W. T. B.) Nach einer amtlichen Bekanntmachung hat der Konsul der Vereinigten Staaten in Pretoria mit Genehmigung seiner Regierung den Schutz der britischen Interessen in Transvaal übernommen.

**Mafeking, 12. Oktober.** (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Die Bewegungen der britischen Truppen vor der Stadt hatten den Zweck, Defensivstellungen einzunehmen. Jetzt sind die Truppen des Obersten Baden-Powell so verteilt, daß sie einen Angriff zurückweisen können. Es sind indessen bisher keine Anzeichen von einem Anmarsch der Boeren vorhanden.

**London, 12. Oktober.** (W. T. B.) Die Depesche Chamberlains an Sir Milner, in der die Antwort auf das Ultimatum Transvaals erteilt wird, lautet, wie folgt: die Regierung Ihrer Majestät erhielt mit großen Bedauern die peremptorischen Forderungen der Regierung der Südafrikanischen Republik, die in Ihrem Telegramm vom 9. d. Mts. übermittelt sind. Theilen Sie der Regierung der Südafrikanischen Republik als Antwort mit, daß die Bedingungen derart sind, daß die Regierung Ihrer Majestät es für unmöglich erachtet, über dieselben zu diskutieren.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Oktober.

#### Eine Rede Miquels.

Der Herr Vice-Präsident des Staatsministeriums, Dr. v. Miquel, hat sich, vielleicht infolge der hohhaften Glossen respektloser Blätter über seine plötzliche Unpäßlichkeit, ebenso plöglich wieder erholt und ist seinem Kollegen, dem Herrn v. Hammerstein, nach Hannover nachgereist. Wenn er auch die feierliche Einweihung der neuen tierärztlichen Hochschule leider versäumt hat, so kam er doch noch zu dem Festmahl, das nachmittags stattfand, zur rechten Zeit und hielt dort eine Rede über die Entwicklung Hannovers seit 1866, worin er dem Provinz-Patriotismus in ausgiebigstem Maße huldigte und den Segen der preussischen Herrschaft für Hannover in begeisterten Tönen pries:

„Sehen Sie nun auf die 34 Jahre rückwärts. Was ist aus dieser Provinz geworden? Blicken Sie zurück auf die großen Fortschritte der Landwirtschaft, auf die gewaltige Entwicklung der Städte, auf ihr Wachstum und ihren Wohlstand, blicken Sie auf die Entwicklung der Industrie und des Handels! Ueberall haben wir die Fortschritte gemacht, die der Gesamtsaat macht, überall ist der preussische Staat mit Fürsorge und ohne Schen vor Wohlthunern (H) für diese Provinz eingetreten. Es ist uns ähnlich ergangen, wie den übrigen damals einkreisenden Staaten. Sehen Sie nach Schleswig-Holstein, nach Hessen-Nassau, nach Frankfurt, so werden Sie überall Fortschritt, Blüte, Kraft finden.“

Ein glänzendes Bild, in der That! Aber das Seherauge des greisen Sängers erblickt auch dunkle Flecken. Die Welken, die sich den ruhmreichen Hohenzollern nicht unterwerfen und dem der Civilisation weit vorausmarschierenden Preussentum nicht acclimatieren wollen, trüben die herrliche Gesamtsituation:

„Wir hängen am Alten, auch wir Niedersachsen begeistern und nicht leicht für eine Veränderung. Ich finde es natürlich, daß viele Menschen noch gern der alten Zeiten gemitvoll gedenken. Das Neue ist gekommen ungerufen, unsere Verhältnisse in Hannover waren im ganzen gut geordnet. Wir müssen, wenn wir gerecht sein wollen, konstatieren, daß es natürlich ist, wenn das ältere Geschlecht viel an das Alte denkt, aber das Alte ist Geschichte, es war, wird und soll niemals wieder kommen. Es wäre der Bewohnerchaft in dieser Provinz im höchsten Grade verderblich, könnte auch nur erreicht werden auf den Ruinen Deutschlands. Man kann die rückwärts liegenden Ereignisse bedauern, ich verstehe es, aber unrichtig und schädlich ist das für die künftige Entwicklung; vorwärts sollen wir blicken, nicht rückwärts. Meine Herren, den Spuren seines Großvaters folgend, hat unser Kaiser bei den verschiedensten Gelegenheiten seine Fürsorge dieser Provinz bekundet. Hat er doch noch neuerdings — ich möchte sagen in sinniger und pietätvoller Weise — den Ruhmeskranz der altannoverschen Regimenter an die preussischen Fahnen geheftet und dem großen Ganzen vereint. Diese tapferen Helden haben wir 1870-71 auf französischer Erde unter deutscher Führung als Glieder einer großen deutschen Armee, welche die Freiheit und Unabhängigkeit gegen fremde Angriffe verteidigte in dem Kampfe, in welchem aus dem Schlachtengetöse das Deutsche Reich hervorging, die langersehnte Einheit. Lassen wir uns von diesem Gedanken vor allem leiten. Ich bin überzeugt, dieses Land wird diesem Gedanken zugänglich sein und immer zugänglicher werden.“

Herr von Miquel wird sicher mit den heroischen Tönen, die er da angeschlagen, das Ohr finden, das er sucht, und die vielleicht trotz der Jedliß-Opferung etwas getrübt Freundschaft wieder herstellen.

Wie wäre es, wenn Herr v. Miquel, da er doch schon einmal in Hannover weilte, auch einen Sprung zu dem Ballhof hinüber machte, um mit seinen dort versammelten älteren Parteigenossen freundschaftliche Grüsse auszutauschen? Diese werden sicher nichts gegen die Parole einzuwenden haben, die er da ausgegeben: Vorwärts sollen wir blicken, nicht rückwärts! —

### Deutsches Reich.

**Die offiziöse „Berliner Korrespondenz“** wendet sich in einem längeren Artikel gegen unsere Notiz „Dem Ministerium der Lugdunofälle“. Doch so lang die geheimräthliche Erwiderung ausgefallen ist und so geärgert ihre Verfasser durch unsere Mitteilungen erschienen, so inhaltlos ist die Antwort. Die „Berl. Korrespondenz“ erklärt die Mitteilung, die wir einem Hamburger Blatte entnommen hatten und die von diesem Blatte auch nur vermutungsweise ausgesprochen war, daß die im vorigen Jahre mehr eingestellten Beamten ihmlichst wieder zurückgezogen werden sollten, für unrichtig. Gegen keine der Meldungen des „Vorwärts“ aber weiß die „B. K.“ etwas Stichtätiges zu sagen. Hatten wir ausgeführt, daß die vom Eisenbahn-Ministerium gelobten „wirtschaftlichen Erfolge“ der Verwaltung jedenfalls auch durch Erhöhung der Arbeitszeit der Unterbeamten und Arbeiter erzielt seien, so antwortet uns das amtliche Organ, die Revisionsthätigkeit, welche die Ersparnisse herbeigeführt hat, liege „vorzugsweise“ auf dem Gebiete des Inventariums und Materialwesens und der Wahnunterhaltung. Die „B. K.“ sucht auf ein Gebiet abzulenken, das wir gar nicht berührt hatten, offenbar weil es ihr unmöglich ist, die Thatfache der Erhöhung der Dienstzeit, die uns aus Altona gemeldet wurde, abzuleugnen. Ebenso drückt sich die „B. K.“ um die famosen Erlasse der Arier Verlebens-Inspktion herum. Sie bestätigt damit auch in dieser Beziehung unsere Veröffentlichung.

Es ist eine reizvolle Methode des offiziellen Organs, alle wichtigen Momente eines gegen seinen Auftraggeber gerichteten Angriffs zu unterschlagen. —

**Vergarbeiter-Trost.** Wie die Nachr. vom Evang. Trostbunde“ mitteilen, hat der Kaiser für den Evangelischen Trostbund ein Gedenkbuch für Vergarbeiter entworfen. Das Gedenkbuch soll nach der Bestimmung des Kaisers unter der entsprechenden Festlegung auch beim Tode von Fabrikarbeitern als ein Trost- und Erinnerungsblatt für die Hinterbliebenen dienen. Der Evangelische Trostbund hat beschloffen, das Gedenkbuch für Vergarbeiter monatlich eingehend überall da zu vergeben, wo in Bergwerksunfällen evangelische Vergarbeiter ihr Leben eingebüßt haben. Doch sollen immer erst die Hinterbliebenen gebeten werden, in diesen Fällen den Hinterbliebenen ihrer verunglückten Arbeiter das von dem Kaiser entworfene Gedenkbuch zu stiften. Das Gedenkbuch für Vergarbeiter enthält am oberen Rande zwei Platinprüche: „Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist“ und „Aus der Tiefe rufe ich, Herr, zu dir“. Unten steht folgender Vers: Tief ist das Grab, doch tiefer das Erbarmen; es führt Stidant, ich ruh in Gottes Armen.“

Die Familien der Arbeiter dürften eine gründliche Reform des Arbeiterlohnes und der Gruben- und Fabrikinspektionen noch höher angefangen als fromme Platinprüche! —

**In der Sitzung des Bundesrats** vom 12. Oktober wurden die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz betreffend das Flaggenrecht der Kauffahrtschiffe und der Entwurf eines Arzneibuches für das Deutsche Reich den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschuhentwurf v. 11. d. Mts., betreffend die Zulassung spanischer Perchuttweine und Wofse zum Vertragszollage und den Ausschuhberichten über die Vorlagen betreffend die Erstattung des Zolls für verarbeitetes Fleisch und für polierte Celluloidplatten wurde die Zustimmung erteilt. —

**Für die gemäßigten Landräte** müssen in den nächsten Wochen Nachfolger durch die Kreisstage präsentiert werden. Die Regierung ist zwar an diese Präsentation nicht gebunden, doch wird die Präsentation einen interessanten Einblick gestatten auf die Haltung der Konservativen in den betreffenden Kreisen. Der konservative Großgrundbesitz beherrscht ja fast überall in diesen Kreisen die Mehrheit des Kreisstages. Und er wird sich absoht nicht genieren, seine Leute wieder vorzubringen. Er weiß ja: mit anderen kann die Regierung nicht regieren. Im Kreise Schweidnitz soll man beabsichtigen, als Nachfolger für den zur Disposition gestellten Herrn v. Bodenhausen den Kreisvorsitzenden im Vunde der Landwirte, Dr. jur. v. Palombini, zu präsentieren. Er hat allerdings jetzt diesen Vorstoß niedergelegt; natürlich aber nur pro forma, um der Regierung eine goldene Brücke zu bauen. —

**„Die socialdemokratischen Muren des französischen Ministerpräsidenten“** erfüllen Herrn Schweidnitz mit diesem Unwillen. Man scheint ernsthaft damit zu rechnen, daß die französische Regierung mit den Arbeitermassen zu regieren gedenkt. Und man denke, welche ein entsetzendes Beispiel damit das wilde Frankreich den Kulturstaaten giebt! Eine Regierung, die sich der Arbeiterinteressen annimmt, die die socialdemokratischen Organisationen offiziell anerkennt, und unter der trotzdem die bekannnten heiligsten Güter der Nation nicht dem Scheitern überliefert werden — das könnte in der That zu bedenklichen Analogien reizen. Die Angst unserer Staatserhaltenden, die sich jetzt gerade trampfhaft bemühen, die in Hannover versammelten Socialdemokraten als Mäurer und Mörder hinzustellen, die auf den günstigen Moment lauern — die Angst ist sehr begründet. —

**Düsseldorf, 11. Oktober.** (Fig. Ber.) Das Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet gegen den Redacteur der „Nieder-rheinischen Volkszeitung“, Wessel, wegen mehrerer in den letzten Monaten im genannten Blatte veröffentlichter Ministerial-Erlasse betreffend Kriegsveteranen, die Verleisch-Zeit und die Justizhausvorlage. Wessel hat dem Beamten erklärt, daß er es als Ehrensache betrachte, das Redaktionsgeheimnis genau so zu wahren, wie der höchste Staatsbeamte sein Dienstgeheimnis. Als ihm erwidert wurde, ein gewisser Jemand — er wurde unserm Genossen genannt — habe sich selber als den Ueberbringer der Erlasse schon bekant, antwortete W., daß er selbstredend auch jetzt noch Schweigen beobachte. W. erklärte, in der ganzen Angelegenheit überhaupt sumum wie ein Fißch bleiben zu wollen. —

**Die Angsbürger Krawalle** werden nun bald die Gerichte beschäftigen. Wie in bayrischen Blättern mitgeteilt wird, ist hierfür eine außerordentliche Schwurgerichts-Session anberaumt. Die Dauer



und arbeiterfeindlichen Bestrebungen; eine Einrichtung, die nur durch die schwerksten, stets wachsenden und ungerichtet vertriehenen Opfer an Gut und Blut möglich ist, welche die herrschende Gesellschaft besonders den arbeitenden Klassen auferlegt.

Das Bestreben der Partei muß deshalb darauf gerichtet sein, das Heerwesen von Grund aus umzugestalten, so daß die Wehrkraft der Nation aus einem Mittel der Unterdrückung nach innen und fester Beamtung nach außen zu einem Mittel der Sicherung der Volkswirtschaft und Freiheiten und der Verteidigung gegen fremde Angriffe wird.

Zu diesem Zweck verlangt die Partei eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation der Landes- und Volksverteidigung, die Kassenwesen und Gegenstände zwischen Volk und Heer unmöglich macht, jeden wehrfähigen Mann zum Waffendienst verpflichtet und seine Anknüpfung zum brauchbaren Wehrmann durch eine entsprechende Jugendziehung herbeiführt.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, betrachtet es der Parteitag als selbstverständlich, den Punkt 3 des Parteiprogramms unverändert aufrecht zu erhalten, und fordert von den parlamentarischen Vertretern der Partei, auch künftig keinerlei Mittel für das bestehende Militärwesen zu bewilligen und jede Gelegenheit zur Propagierung der in Punkt 3 des Parteiprogramms aufgestellten Forderungen zu benutzen.

## Kommunales.

### Stadtvorordneten-Versammlung.

29. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Oktober, nachmittags 6 Uhr.

Der Stadtv. Baumgarten hat sein Mandat niedergelegt.

Anlässlich des Vorschlags des Magistrats, den in der städtischen Verwaltung beschäftigten Kanzlisten nach 10 bzw. 15 Jahren ununterbrochener Beschäftigung Altersvergütungen zu gewähren, hat in dem niedergelegten Ausschuss die Frage, ob diese Angestellten nach ihrem Antrag als Beamte anzuerkennen seien, eine ausgiebige Erörterung gefunden. Die Bemerkungen der sozialdemokratischen Mitglieder im Sinne dieses Antrages waren unison; die große Mehrheit hielt daran fest, daß die Tätigkeit der Kanzlisten eine rein mechanische sei, daß ihnen jedes Kriterium fehle, welches auf die Beamteneigenschaft schließen lasse, und daß man unter diesen Umständen auch einer Klage der Kanzlisten auf Anstellung im städtischen Dienste ruhig entgegensehen könne. Ueber die Notwendigkeit der Verbesserung der Lage der Kanzlisten war man indes einig und sieht nur den jetzigen Zeitpunkt, wo das neue Kommunalbeamtengesetz noch nicht in Kraft getreten ist, als nicht geeignet an; da sich andererseits die Kanzlisten darauf berufen haben, daß z. B. in Breslau, Frankfurt, Hannover, Magdeburg, Posen die Anstellung der Kanzlisten auf Lebenszeit erfolge, wünscht man die Einholung bezüglicher Informationen. Demnach schlägt der Ausschuss einstimmig folgende Resolution vor:

Die Versammlung ersucht den Magistrat: 1. im Laufe des nächsten Jahres, unter Berücksichtigung des am 1. April 1900 in Kraft tretenden Kommunalbeamtengesetzes, ihr eine Vorlage über die in Frage stehende Materie zu machen;

2. in den genannten Städten Informationen einzuziehen über die dort bei Anstellung von Kanzlisten geltenden Bestimmungen.

Ueber die eigentliche Magistratsvorlage ist dann der Ausschuss erheblich hinausgegangen, indem er schon nach 5 Jahren eine monatliche Zulage von 10 M., nach 10 Jahren 15, nach 15 Jahren 20 M. als weiteren Verdienst gewähren will, und zwar schon vom 1. Oktober d. J. ab (statt vom 1. April 1900).

Stadtv. Spinola hält für angezeigt, daß wenigstens einem Teil der Kanzlisten Beamteneigenschaft beigelegt werde, und weist darauf hin, daß diese keineswegs lediglich mechanische Arbeiten in der Verwaltung zu erledigen haben.

Die Ausschussanträge gelangen darauf sämtlich zur Annahme. Die Vorentwürfe zu den drei Gemeinde-Schulhaus-Bauten, Waldemarstr. 77, Waldenserstr. 25/26 und in der Higaerstraße sowie der spezielle Entwurf für die Doppelschule in der Bielestraße sind von dem niedergelegten Ausschuss einstimmig genehmigt worden.

Stadtv. Vogtherr konstatiert, daß der erstattete Bericht nicht die ganzen Ausschussverhandlungen wiedergibt. Diese wichtige Frage, wie die Befriedigung des Bedürfnisses an Schulen und Schulräumen, sei in dem jetzigen Augenblick, wo die Öffentlichkeit von Klagen über die ungenügende Befriedigung dieses Bedürfnisses wimmelt, der eingehenden Erörterung im Ausschuss ganz besonders würdig gewesen. Der Stadtbaurat habe auf das Vorwortwendende und in durchaus befriedigender Weise über den Stand der Bauten Auskunft gegeben; es habe sich daraus eine Diskussion entwickelt, aber auf Initiative des Vorsitzenden Reichnow sei nicht allein dem Baurat das fernere Eingehen auf diese Frage durch Wortverweigerung benommen worden, sondern auch der Beschluß gefaßt worden, von diesem Teil der Beratungen nichts zu berichten. (Hört, hört!) Ein solches Vorgehen sei doch höchst merkwürdig. Man müsse sehr bedauern, daß von diesen wichtigen Erörterungen und von den Erklärungen des Stadtbaurats auf solche Weise nichts in die Öffentlichkeit gelangte.

Die Versammlung beschließt ohne jede weitere Bemerkung nach dem Antrage des Ausschusses.

Im Thiergarten soll, nachdem das Projekt für die elektrische Beleuchtung der Sieges-Allee ausgearbeitet ist, einem Antrage der Versammlung entsprechend auch für die elektrische Beleuchtung der übrigen Hauptwege Sorge getragen werden. Die Bellevue-Allee, die Große Quer-Allee, die Zelt-Allee und der Alhornplatz sollen insgesamt 62 Wogenlampen erhalten. Die jährlichen Betriebskosten sind auf 38 000 M. berechnet (wogegen 4717 M. für die 99 vorhandenen Petroleumlampen in Wegfall kommen), die Anlagekosten auf 43 340 M. 50 der Lampen sollen die ganze Nacht brennen.

Hierzu liegt ein Antrag Dinsje vor, mit der Ausföhrung der Anlagen erst zu beginnen, wenn die Erlaubnis zur Verlegung einer Straßenbahn mit Accumulatorenbetrieb durch die Bellevue-Allee erteilt ist. Der Antragsteller bemerkt, daß die Vorlage nicht bloß wegen dieser schon lange schwebenden Frage, sondern auch wegen des Kostenpunktes und wegen des Mitbestimmungsrechtes des Finanzministers in einem Ausschuss gründlich vorterraten werden müsse.

Stadtv. Jacobi und Stadtrat Ramsau protestieren gegen diesen Versuch einer Verquickung der Beleuchtungs- mit der Straßenbahnfrage.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Die Versammlung hat bekanntlich in den letzten Jahren wiederholt namentlich auf Betreiben des Stadtv. Dr. Schwabe den Magistrat um eine Vorlage wegen Errichtung öffentlicher Uhren und gleichzeitige Regelung der Verhältnisse der Urania-Uhren ersucht. Da die Aufhebung des Vertrages mit Herrn Cronbach an dessen hohen Abfindungsforderungen gescheitert sei, so beabsichtigt der Magistrat, durch die Gesellschaft „Normal-Zeit“ 17 Kandelaber-Uhren im Laufe der nächsten drei Jahre aufzustellen zu lassen. Eine Vorlage wurde gemacht werden, sobald die eingeleiteten Verhandlungen abgeschlossen sind.

Stadtv. Rosenow beantragt Ausschussberatung. Stadtv. Schwabe und Hugo Sachs bemängeln die Nützlichkeit der magnetischen Mittelteil in dieser leidigen Sache und das Dunkel, das über dem Cronbachschen Vertrage liegt.

Stadtrat Voigt: Der Magistrat will das Verhältnismiß mit Cronbach nicht ändern, bis 1911 der Vertrag abläuft. Der Magistrat hat ferner beschlossen, 17 Kandelaber-Uhren aufzustellen, es ist aber über das Nobel noch keine Entscheidung getroffen. Das sind doch positive Mitteilungen.

Auf Antrag des Stadtv. Rosenow, der ebenfalls die unglaubliche Verschleppung der Angelegenheit rügt, wird mit großer Mehrheit beschlossen, die Zuschrift des Magistrats zur Kenntnis zu nehmen und den Magistrat abermals um eine schleunige Vorlage zu ersuchen. Vor der Beschlußfassung giebt noch auf Ersuchen des Stadtv. Rosenow Bürgermeister Kirchner die Erklärung ab, daß mit der Kenntnisnahme eine Zustimmung zu dem vom Magistrat in

Aussicht genommenen Plänen für die Aufstellung der Kandelaber-Uhren seitens der Versammlung nicht ausgesprochen ist.

Die vorhandenen 10 Schulkreise sollen zum 1. Oktober 1900 anderweitig abgegrenzt und um zwei vermehrt werden. Dazu ist die Schaffung von zwei weiteren Schulinpektorenstellen erforderlich.

Die Versammlung giebt ohne Debatte ihre Zustimmung.

Die Stadtv. Vogtherr und Genossen beantragen:

Den Magistrat zu ersuchen, mit ihr über die Uebernahme des öffentlichen Anschlagwesens in städtische Regie nach Ablauf des mit der Firma Raud und Hartmann geschlossenen Pachtvertrages in gemischter Deputation zu beraten.

Stadtv. Vogtherr: Binnen Jahresfrist wird der Magistrat um eine Vorlage wegen der weiteren Handhabung des öffentlichen Anschlagwesens bringen müssen. Wir kommen mit unserm Antrage deswegen schon jetzt, weil auch vor neun Jahren die Angelegenheit eine sehr eingehende und zeitraubende Verhandlung erfordert hat. Damals wurde die Pachtsumme auf 255 000 M. festgesetzt, während sie vorher nur 50 000 M. betrug und nach dem Magistratsantrag auch nur auf 100 000 M. erhöht werden sollte. Aber damals hatte der Magistrat die Vorlage nur 2 1/2 Monate vor dem Ablauf des Vertrages gemacht, und es wurde eine wiederholte provisorische Verlängerung desselben nötig, weil sich die Verhandlungen mit der Firma Raud u. Hartmann wohl ein Jahr lang hinzogen. Aus diesem Grunde regen wir die Angelegenheit schon jetzt an, damit vollauf Zeit vorhanden ist. Der Verkauf der Sache hat ja damals zu einem Beschlusse geführt, den Magistrat aufzufordern, derartige Vorlagen wenigstens sechs Monate vor Ablauf der betreffenden Verträge zu machen. Unser Antrag selbst stützt sich in erster Linie auf eine Reihe von Klagen, welche gegen den Betrieb der Anschlagstulen erhoben werden. Es sind wiederholt Plakate zurückgewiesen worden, es ist eine engherzige Censur an deren Inhalt geübt worden, welche wir der Firma nicht zugestehen können und die in der Bevölkerung großen Unwillen erregt hat. Im Vertrage ist vorgelesen, daß Plakate, deren Inhalt gegen die Gesehe verstößt, zurückgewiesen werden müssen. Das ist selbstverständlich, aber die Firma leitet daraus die Berechtigung her, Plakate auszuwählen, in welchen z. B. Firmen genannt werden im Zusammenhang mit dem Worte „Streik“, Plakate, welche einen Vortrag über Eugen Richters Spar-Kasse anläßlich der Weipredigt der Verhältnisse in den Verhältnissen des Offiziersvereins anläßlich, Einladungen zu Versammlungen, in welchen die Sünden der liberalen Stadtvorordneten besprochen werden sollten (Große Heiterkeit), Plakate, welche ein Anschreiben von Emile Zola auf einem Theatervettel enthielten, Plakate, ausgehend von einem Komitee zur Bekämpfung der Hochbahn, weil in dem Wortlaut von Verunsicherung des Straßenschildes die Rede war. Noch anderer Natur ist die Firma nicht so zimperlich, den Liberalen und Antisemiten wird eine viel geringere Aufmerksamkeit geschenkt. Es fällt mir natürlich nicht ein, diesen ihr Recht irgendwie zu beschränken, aber das Anschlagwesen muß für alle Teile der Bevölkerung, für die Wahrnehmung aller Interessen gleichmäßig dienstbar sein. Trotz des lex Felzege-Bindes, der heute weht, stand da an den Säulen zu lesen: „Herrn brauchen keine Dosen mehr zu tragen“ und darunter in kleiner Schrift: „zum Preise von über 8 M.“ (Heiterkeit.) Diese Ausschreitungen sind keineswegs zu übersehen. Schon 1893 hat Stadtrat Voigt versprochen, daß der Magistrat Schritte thun werde, diesem Unfug zu steuern; aber das scheint nicht geschehen oder wenigstens geschehen zu sein. Gewiß ist die Viertel Million ein jährliches Stück Geld, aber diese Summe und die Steigerung dieser Pachtsumme überhaupt zeigt auch, welche Bedeutung dieses Anschlagwesens für unser geschäftliches Leben gewonnen hat. Die Ueberläufe rühren nicht her aus dem geschäftlichen Gewinn der Unternehmer, sondern aus den Taschen derer, die auf die Säulen angewiesen sind. Liegt die Sache aber so, so gehört der Betrieb entweder in städtische Hände oder er ist freizugeben, nicht aber darf er auf einem unzuverlässigen Ueberläufer für die Stadt liegen. Dieses Institut hat hervorragende öffentliche und allgemeine Interessen zu vertreten; da diesen Ueberläufer nicht gemacht werden. Hier bedarf es auch keiner Expropriation. Die städtische Regie würde auch eine bessere Verteilung der Säulen über die einzelnen Stadtbezirke herbeiführen. Durch Annahme unseres Antrages bindet sich die Versammlung übrigens noch in keiner Weise.

Stadtv. Spinola ist unbedingt gegen die Uebernahme in städtische Regie, man dürfe nicht der Parole: „Alles für den Staat, alles durch den Staat“ Folge geben. Das Reklamewesen habe einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Stadt könne nicht die Verantwortung für den Inhalt jedes Plakats übernehmen, damit würde sie sich unter polizeiliche Aufsicht stellen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Cassel: Wir sind auch für Ablehnung. Das städtische Anschlagwesen ist jedenfalls nicht geeignet, von der Stadt übernommen zu werden. Die Censur, welche die Wächter üben, haben auch wir mißfällig empfunden, aber dagegen giebt der Vertrag dem Magistrat das Recht der Konventionalstrafen bis zu tausend Mark; man sollte nur eifriger gegen solche unbedingten Censuren Einspruch und Beschwerden beim Magistrat erheben. Kollege Vogtherr will nicht etwa deshalb die städtische Regie, um der Stadt größeren Nutzen zuzuführen, denn es sollen ja keine Ueberläufer herausgewirtschaftet werden; wir würden also den jetzigen Ueberläufer auch noch verlieren. Auf Kosten der Steuerzahler den Demutieren der Lischfäulen Erleichterungen zu gewähren, dazu haben wir doch nicht die geringste Veranlassung. Auf diesem Wege können wir also dem Antragsteller nicht folgen. Aber allerdings soll man die Säule nicht liegen lassen; er erwarte, daß der Magistrat uns sehr bald mit einer Vorlage über die zukünftige Gestaltung des Anschlagwesens kommt, wir würden sonst uninteressiert die Initiative zu ergreifen haben.

Stadtv. Friedemann findet, daß die Annahme des Antrages noch keine präjudizielle Stellungnahme bedeutet, und empfiehlt die Entsendung der beantragten gemischten Deputation. Dem absolut negierenden Standpunkt Spinolas könne er sich nicht anschließen; am wenigsten aber die das Anschlagwesen der städtischen Regie irgend welche Schwierigkeiten.

Nach einem kurzen Schlusswort des Antragstellers, der sich besonders gegen die Ausführungen des Stadtvorordneten Cassel wendet, wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag wird abgelehnt.

Von den Stadtvorordneten Vorgmann und Genossen ist folgender Antrag eingebracht:

Den Magistrat zu ersuchen, die diesjährigen Ergänzungswahlen zur Stadtvorordneten-Versammlung in der III. Abteilung am Sonntag, 5. November, vornehmen zu lassen oder eventuell die Wahlzeit am Montag, 6. November, bis 10 Uhr abends auszuzeichnen. Der Vortrager macht darauf aufmerksam, daß seit der Beschlußfassung über den analogen Antrag sich die Verhältnisse für die Wahl in der dritten Abteilung durch das bekannte Ober-Verwaltungsgerichts-Erkenntnis total verändert haben. Darum habe er sofort den neuen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt.

Stadtv. Bruns nimmt für die Antragsteller das Wort. Die Entscheidung des Gerichts mag dem Wortlaut des Gesetzes entsprechen, aber sie paßt sich nicht dem praktischen Leben an. Jetzt soll also in jedem Wahlbezirk nur in einem Lokale gewählt werden. Das giebt uns zu den größten Verächtungen Anlaß. Bei der vorigen Wahl war in einer Turnhalle in der Forsterstraße der Andrang so groß, daß die ordnungsmäßige Befüllung der Wahl in Gefahr war, und da handelte es sich bloß um 2 Stadtbezirke. Auf jenes Lokal kamen 5000 Wähler; jetzt würden in den meisten 7000 Wähler vorhanden sein. Der Magistrat soll ja beabsichtigen, in den einzelnen Wahllokalen verschiedene Tische aufzustellen; aber damit würde die Schwierigkeit nicht behoben. Das Wählen in der Mittagsstunde wird zudem noch dadurch erschwert, daß die zurückzuliegenden Wege für die zur Verfügung stehende Zeit viel zu weit sind. Der Sonntag wäre jedenfalls der beste Ausweg; wenn der Magistrat beabsichtigen sollte, daß nicht genügend Wahlvorfeser aufzutreiben sind, so bieten wir uns dafür an und werden pünktlich zur Stelle sein. Geht dies nicht, dann sollte doch am Montag die Wahlzeit bis 10 Uhr abends ausgedehnt werden. Man

könnte ja ruhig eine Stunde später anfangen. Wenn man sie in Charlottenburg bis 8 Uhr ausgedehnt hat, so mag das für dort genügen, aber die Berliner Verhältnisse liegen viel böser, wie ja schon bei der Beratung unseres früheren Antrages Vogtherr ausgeführt hat. Im Interesse der ruhigen Abwicklung des Wahlabes ist diese Verlängerung notwendig.

Stadtrat Voigt: Der Magistrat hat tatsächlich die Anordnungen, die schon getroffen waren, einer Änderung unterziehen müssen. Es ist beabsichtigt, die Wahlen nicht in Abstimmungsbezirken, sondern in jedem Wahlbezirk vor einem Wahlvorstand und in einem Wahllokal stattfinden zu lassen. Man hat sich nach anderen, größeren Lokalen umsehen müssen. Jeder in Aussicht genommene Saal faßt mehrere Hundert Personen. Es werden verschiedene Wahllokale aufgestellt, zur Unterführung des Wahlvorstandes gewandte Beamte bestellt werden. Dadurch wird eine schnelle Abfertigung der Wähler ermöglicht. Besondere Beamte sollen angewiesen sein für diejenigen Wähler, welche ihre Legitimation etwa vergessen oder verlegt haben, um sie zurecht zu weisen. Die Vorschläge des Antrages hat der Magistrat noch nicht in Erwägung gezogen. Die praktischen Schwierigkeiten, welche das Wahlgeschäft für den Sonntag vielfach unmöglich machen, liegen in der Lokal- und in der Personalfrage. Unbeforderte Kommunalbeamte werden sich nicht genügend finden, die sich den ganzen Sonntag darum verschlagen würden, und diese werden nach dem bisherigen Prinzip vorzugsweise an diese Ehrenstellen zu setzen sein. Was die Lokalfrage betrifft, so sind die Verhältnisse bei den Wahlvorfesern sehr unbeliebt. Heute verfahren wir ja so, daß in jedem einzelnen Falle mit dem Wahlvorfeser das Lokal vereinbart wird. Die großen Vergnügungslöale, die wir für Montag gemietet haben, würden wir Sonntag nicht bekommen. Die Vorbereitungen zur Wahl, die 6 Wochen erfordern, haben wir schon einmal vor acht Tagen über den Haufen werfen müssen; soll das noch einmal geschehen, so bringen wir die Sache in ordentlicher Weise überhaupt nicht mehr zu Stande. Eine längere Hinausschiebung des Wahltermins ist unstatthaft. Die Verlängerung der Wahlzeit bis 10 Uhr halte ich nicht für praktisch, die Zeit von 9 bis 7 genügt; wenn die Arbeiter bis 7 Uhr im Lokal erschienen sind, kommen sie auch noch zur Wahl. Der Wahlvorstand besteht doch auch nur aus Menschen.

Es geht ein Antrag ein, die Wahlzeit von 10 bis 8 Uhr festzusetzen.

Stadtv. Hugo Sachs: Die Ausdehnung der Wahlzeit bis 10 Uhr bedingt eine 18stündige Arbeitszeit für die Wahlvorfeser. Wo bleibt da der Normalarbeitstag? Ist die alte freisinnige Forderung der Wahl am Sonntag werden wir nicht stimmen, an diesem Tage haben tatsächlich die Anhänger aller Parteien die bessere Gelegenheit, ihr Interesse an der Wahl mit ihren sonstigen Geschäften in Einklang zu bringen. Die Gegenüberstellungen des Stadtrats Voigt haben mich nicht überzeugt. Es werden ja allerdings erst Erfahrungen abzuwarten sein sowohl nach der persönlichen Seite hin, wie hinsichtlich der Lokalfrage. Unter der alleinigen Regie der sozialdemokratischen Genossen werden wir freilich die Wahl nicht vor sich geben lassen.

Stadtv. Friedemann: Nach der Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts ist überhaupt für die Wähler die physische Möglichkeit, ihr Wahlrecht auszuüben, nicht mehr vorhanden. Da muß doch also in erster Linie der Sonntag als Wahltag ins Auge gefaßt werden. Geht das aus zureichenden Gründen nicht, so muß die Wahlzeit verlängert werden, sonst erfolgt tatsächlich eine Verandung vieler Wähler um ihr Wahlrecht.

Stadtv. Spinola beantragt das Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts und ist für eine Wahlzeit von 10—8 Uhr.

Stadtv. Buchow befürwortet den entsprechenden von ihm gestellten Antrag, der ein genügendes Entgegenkommen gegen die Arbeiter bedeute.

Stadtv. Rosenow: Wir haben ja schon vorigesmal für den Sonntag gestimmt und thun das auch heute. Eventuell sind wir für Ausdehnung der Wahlzeit bis 8 Uhr; bis 10 Uhr sie auszuzeichnen, liegt kein hinreichender Grund vor.

Damit schließt die Debatte.

Im Schlusswort bemerkt

Stadtv. Bruns: In der Praxis sieht sich die Sache doch anders an, als es hier dargestellt wurde. Die Wahlvorfeser machen ganz ruhig eine 2—3stündige Mittagspause. Das Zweckmäßigste ist und bleibt die Wahl am Sonntag. Wenn Herr Sachs heute davon spricht, daß man prinzipiell auf unserm Antrag stehe, so habe ich doch vor 8 Tagen sehr vermisst, daß er für diese „prinzipielle liberale Forderung“ eintrat. (Sehr gut!) Dem Normalarbeitstag ist doch hier bei einem solchen Ausnahmefall nicht gut zu reden. Wenn sich keine anderen Herren zu Wahlvorfesern finden, sind meine Parteigenossen allerdings bereit, die Leitung des Wahlgeschäftes zu übernehmen. Mit der Ausdehnung der Wahlzeit bis 8 Uhr ist nicht geholfen. In einer Reihe von Bezirken haben wir derartige Lokale gar nicht, welche so große Wählermassen fassen können; wir werden da zweifellos zu Ungünstigkeits-Erklärungen kommen. Man könnte ja morgens die Wahl ruhig erst um 11 Uhr beginnen lassen, vermittags ist die Beteiligung sehr gering. Wenn wir den ganzen Sonntag zur Verfügung hätten, würden die Vergnügungslöale, die ohnehin dem ersten Charakter der Wahl laun Rechnung tragen, überhaupt nicht.

Persönlich bemerkt Stadtv. Hugo Sachs, er habe schon 1891 für den Sonntag als Wahltag gestimmt.

Ueber den ersten Teil des Antrages, die Wahl am Sonntag stattfinden zu lassen, erfolgt namentliche Abstimmung, welche die Annahme mit 49 gegen 26 Stimmen ergiebt. Der zweite Teil wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte zurückgezogen.

Die Anfrage der Stadtv. Wallach und Genossen:

Was ist der Grund, daß die Mieterin Fel. Horn, Neue Köhlerstr. 13, im Widerspruch mit den Angaben des Magistratsvertreter in der Ausschussführung vom 28. März d. J. nicht rechtzeitig am 1. April a. c. gekündigt worden ist?

führt schließlich noch zu einer erregten Debatte, in welcher der Stadtv. Dr. Langerhans dem Magistratsvertreter Stadtrat Voigt direkt den Vorwurf macht, daß im Ausschuss Erklärungen abgegeben seien, die sich nachher als nicht wahr erweisen hätten, wodurch dann der Stadt durch die Verzögerung des Abrisses des Grundstückes Nachteile erwachsen seien. Der Bürgermeister Kirchner sucht das Verfahren des Magistrats zu rechtfertigen und nimmt seinen Kollegen gegen die erfolgten Angriffe in Schutz. Stadtv. Dr. Langerhans bleibt dabei, daß er es unerhört finden müsse, daß ein Magistratskommissar etwas ausgesprochen habe in einem Ausschuss, was nicht wahr war.

Schluss 1/210 Uhr.

Dem Berichte über den Entwurf zu einer Polizeiverordnung betreffend die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder, ist noch hinzuzufügen, daß die städtische Schul-Deputation dem Abänderungsvorschlage des löngl. Polizeipräsidenten, daß die Beschäftigung der Kinder über 7 Uhr abends nicht ausgedehnt werden darf, zugestimmt hat.

In der gestrigen unter Vorsitz des Stadtrats Friedel stattgehabten Sitzung der Gewerbe-Deputation wurde das Statut der neuen städtischen allgemeinen Betriebs-Ordnungskasse mit unwesentlichen Veränderungen angenommen. Ein Antrag zum Besuch der Weltausstellung in Paris für Handwerker und Arbeiter aus städtischen Mitteln einen Betrag von 50—100 000 M. zu bewilligen, wurde abgelehnt. Vielleicht aus Mangel, daß auch dies ein Sprung in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat gewesen wäre.

## Tokales.

Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises veranstalten am Sonntag einen Ausflug nach Treptow, wo durch das Rieserndeb der Rand beobachtet werden soll. Der Vortrag beginnt präcise 6 Uhr; Treffpunkt 8 Uhr im Restaurant Karpentisch. Nach dem Vortrage gemächliches Beisammensein im selben Lokal. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

### Der Stadtverordneten-Versammlung

lagen gestern zwei Anträge unserer Genossen vor. Der eine betraf die Frage, ob das öffentliche Aufschlagswesen Berlin nach dem zum 1. April 1901 bevorstehenden Ablauf des von der Stadt mit der Firma Raud u. Hartmann abgeschlossenen Vertrages in städtische Regie zu übernehmen sei, der andere forderte, wie der vor 8 Tagen abgelehnte Antrag, die Verlegung der Stadtverordneten-Wahlen dritter Abteilung auf den Sonntag mit dem Zusatz, daß falls der Montag als Wahltag beibehalten werden sollte, die Wahlzeit bis 10 Uhr abends auszuweiten sei. Für die Uebernahme des Aufschlagswesens kann sich die freisinnige Mehrheit der Versammlung immer noch so wenig erwärmen, daß sie nicht einmal, wie es der Antrag unserer Genossen zunächst nur forderte, mit dem Magistrat in einer gemischten Deputation über diese Frage beraten will. Was gegen die von unserem Genossen Vogtherr nachgewiesene Notwendigkeit und Möglichkeit der Uebernahme vorgebracht wurde, das waren die alten abgebrauchten Redensarten, die man von jener Seite allemal dann zu hören bekommt, wenn in irgend einem Antrage unserer Genossen auch nur das geringste vom „kommunal-socialistischen“ gewittert wird. Der Antrag wurde mit einer beträchtlichen Mehrheit abgelehnt.

Die Debatte über den anderen, die Stadtverordneten-Wahlen betreffenden Antrag, der durch die bekannte Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts von neuem notwendig wurde, nahm einen eigentümlichen Ausgang. Wenn man die Einwendungen der Gegner in einen Satz zusammenfassen will, so wäre dies „der Wähler leitet Schluss“, daß die Wahlen nicht für die Mehrheit, sondern für die Wahlvorgesetzten da sind, daß also zu allererst auf die letzteren Rücksicht genommen werden muß. Diese armen Leute soll der Sonntag nicht genommen werden, sie sollen auch nicht über den achtstündigen Normalarbeitstag (von dem die Stadtverordneten-Versammlung, sobald es sich um städtische Arbeiter handelt, bekanntlich nichts wissen will) belastet werden. Sie würden ferner, falls am Sonntag kein Wahl sein, das für die Wahlen hergeben wolle, vielleicht gar in den ihnen so unympathischen städtischen Turnhallen sitzen müssen, wo es so entsetzlich zieht, und am Ende würden sie dann überhaupt nicht mitmachen wollen.

Auch von Seiten der Neuen Linken wurde kaum für die Wahlvorgesetzten eingetreten. Auf die Bemerkung des den Antrag begründenden Genossen Bruns, daß dann die Arbeiterschaft sich zur Verfügung stellen würde, erwiderte Herr Hugo Sachs entsetzt, ob man denn der Stadt zumuten wolle, die Wahlen „unter der Regide der socialdemokratischen Genossen“ vorzunehmen. Daß die Wahlen unter der Regide erprobter freisinniger Spiegbürger vorgenommen werden, scheint ihm eine weniger empörende Zumutung zu sein. Der Antrag, die Wahlen am Sonntag vorzunehmen zu lassen, wurde schließlich mit einer erwarteten großen Mehrheit angenommen, nachdem sich ein Teil der Freisinnigen plötzlich darauf besonnen hatte, daß die Vornahme der Wahlen an einem Sonntag „eine alte freisinnige Forderung“ sei, und trotz allen dagegen gemachten Einwendungen dafür gestimmt hatte. Der Beschluß bedarf nun freilich erst der Zustimmung des Magistrats — er bedeutet ja nur ein an den Magistrat gerichtetes Ersuchen — von diesem ist aber nach den Erklärungen, die er durch seinen Vertreter in der Versammlung abgegeben ließ, kaum zu erwarten, daß auch er den Sonntag bewilligt. Die Freunde einer gegen die Wähler der dritten Abteilung zu verübenden Wahlrechtschmälerung dürfen also noch hoffen. Möchten sie aber die Rechnung ohne die — Wähler gemacht haben!

### Im Harmlosen-Prozess

Am Samstagmorgen wieder zu einem heftigen Zusammenstoß mit dem Kriminalkommissar von Mantuffel. Der Kammerdiener des Herrn von Kröcher erzählte, daß Mantuffel ein erstes Protokoll mit ihm aufgenommen und daß er, der Kammerdiener, es bei der Vorlesung für nicht richtig erklärt habe, worauf es beiseite gelegt oder zerrissen worden sei. Hier sprang der Kriminalkommissar hervor und schrie mit Stentorstimme: „Das ist eine komplette Unwahrheit!“ Der Herr Kriminalkommissar wurde wegen dieses Angriffs auf einen vereidigten Zeugen jedoch nicht rektifiziert und der Kammerdiener Raßer bekam keine rechte Gelegenheit mehr, die Angelegenheit im Zusammenhange darzustellen. Er erklärte aber noch, er habe bestimmt nicht gesagt, im Koffer des Herrn v. Kröcher habe sich ein Mouleto befunden, während Herr v. Mantuffel eine solche Behauptung ins Protokoll aufgenommen hat. Der Widerspruch wurde nicht aufgeklärt.

Und noch einmal kam die „Erforschungsmethode“ des Herrn Kriminalkommissars zur Sprache, als ein Brief verlesen wurde, den er an einen abwesenden Herrn gerichtet hat, um von diesem Mitteilungen zu erhalten. Er wünscht in diesem Briefe die Namen solcher Herren zu erfahren, die Zeugen auffälligen Spielerglücks der Angeklagten gewesen sind, und motiviert diesen Wunsch mit einer zarten Rücksicht gegen die betreffenden Herren. Er wolle nach Möglichkeit verhindern, daß dieselben in die Affäre hineingezogen würden. Natürlich verärgert Herr v. Mantuffel auch nicht, sich dem Herren Kameraden schriftlich als gewesener aktiver Offizier vorzustellen, und als solcher um Unterstützung zu bitten.

Ein den Angeklagten weniger günstiger Zeuge trat vormittags in der Person eines Herrn stud. med. v. Janta auf, der allerdings dem Angeklagten v. Kaiser nicht ganz grün sein soll. Er behauptet, daß sich Kaiser einmal am Morgen nach einer Feu-Nacht in auffälliger Weise beim Zusammenzählen der Punkte geirrt und infolgedessen gewonnen habe. Es entstand dabei eine im Gerichtssaal gewiß seltene Scene. Um nämlich festzustellen, ob der Zeuge in die Karten habe hinein sehen können, wie er behauptet, nehmen die Angeklagten v. Kaiser, v. Kröcher, sowie Graf Neventlow und der Zeuge Janta am Zeugentische Platz, und mit den auf dem Tische des Kollegiums reichlich vorhandenen Karten wird die Situation von damals vorgeführt. Es gewinnt dabei zur großen Heiterkeit aller Anwesenden den Anschein, als solle coram publico und collegio ein regelrechtes Jeu von staten gehen.

Ungetrübte Freude auf allen Seiten erregte auch die Vernehmung eines von irgend einer westindischen Insel stammenden dunkelgelben und sehr drohigen Jünglings mit krausen Haaren, der hier die technische Hochschule besucht und im Jagdgebiet der Harmlosen hart „angeschossen“ worden ist. Dabei will es der günstige Zufall, daß der Sohn der heißen Zone mit zweien der Angeklagten überhaupt nicht gespielt, von Herrn v. Kaiser jedoch etwas gewonnen hat.

Die weitwichtigen Verhandlungen des Harmlosen-Prozesses neigen sich nun endlich dem Schluß entgegen. Der Präsident teilte mit, daß er am Sonnabend mit den Zeugenvernehmungen fertig zu werden hoffe. Am Montag werden die Verhandlungen angefaßt. Man kann danach annehmen, daß am Dienstag die Plaidoyers beginnen werden.

### Liberalismus und Wohnungsfrage

Mangel an Verständnis für die Aufgaben der kommunalen Socialpolitik wird das „Verl. Tagebl.“ im Hinblick auf die Stadtverordnetenwahlen der städtischen Verwaltung vor. Das liberale Blatt meint: Eine städtische Selbstverwaltung im modernen Sinne kann aber eines Kropsens socialpolitischen Leides nicht entbehren. Weniger als manche deutschen oder preussischen Städte hat Berlin zur Lösung der täglich dringlicher werdenden Wohnungsfrage beigetragen. Hier sind nicht einmal die allerersten vor-

bereitenden Versuche, wie beispielsweise in Frankfurt a. M. oder in Stuttgart, gemacht worden.

Dies Urteil ist leider nur zu richtig. Ueberaus spasshaft macht es sich da trotz des ernsten Themas, daß ein ebenfalls liberales Blatt, nämlich die „Voss. Ztg.“ zur selben Morgenstunde, wo das „Verl. Tagebl.“ erschienen, gerade in Bezug auf die Arbeiter-Wohnungsfrage alles in rosenroter Beleuchtung erstrahlen läßt: Da heißt es unentwegt in einem Artikel, der sich gegen die „socialdemokratische Behauptung“ von der Verelendung der Massen richtet: „Man sagt, ein großer Teil der Erhöhungen der Löhne und Gehälter werde dadurch vorweggenommen, daß die Wohnungen erheblich teurer geworden sind. Das ist richtig. Aber die Wohnungen sind heute auch erheblich besser. Dem Arbeiter wird in dem erhöhten Lohne die Möglichkeit geboten, die bessere Wohnung, die ihm heute zugänglich ist, zu bezahlen. Freilich rauben ihm die Verhältnisse die Möglichkeit, sich mit der schlechteren Wohnung, die er früher inne hatte, zu begnügen, denn diese schlechtere Wohnung existiert heute nicht mehr.“

Die „Voss. Ztg.“ hat von den grauerregenden Verichten der Arbeiter-Sanitätskommission aufeinander nie etwas vernommen. Sie hat auch gewiß nichts von den traurigen Verhältnissen der social noch gar nicht einmal auf niedrigster Stufe stehenden Hausindustrie gehört, sie weiß offenbar nichts davon, daß nach dem „Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin“ 1895 von den 20 732 von Hausindustriellen resp. Heimarbeitern bewohnten Wohnungen 1840 aus nur einem Raum bestanden und 6012 aus nur zwei Räumen. Ferner wird ihr unbekannt sein, daß nach derselben amtlichen Quelle 1895 fast die Hälfte aller bewohnten Wohnungen Berlins, nämlich 202 943 nur ein heizbares Zimmer aufweisen konnten.

Man mag auch auf liberaler Seite über die „Verelendungs-theorie“ und das, was von unseren Gegnern dafür gehalten wird, denken wie man will, aber gerade die Wohnungsverhältnisse als Beweis gegen diese Theorie ins Feld zu führen, das ist vor allem in einem Berliner Blatt eine Gefährdungsaktion!

Wie kann auch ein anderes, als ein jeder Wohnungsreform feindliches Verhalten in einer Körperschaft Platz greifen, die zum überwiegenden Teil aus Hausbesitzern, also aus den natürlichen Gegnern solcher Reform besteht? Gerade in Bezug auf die Wohnungsfrage würde die Arbeiterschaft höchst thöricht handeln, wenn sie vom Wohlwollen und der Einsicht der herrschenden Klassen irgend etwas erwarten wollte. Hier läßt sich die liberale Mehrheit nur wider Willen vorwärts drängen, wenn möglich stützende Vertreter der Arbeiterschaft ihr im Rücken sitzen!

„Falsche Sechser“ sind in den letzten Tagen hier wiederholt im Verkehr angehalten worden. Ein schläuer Kopf hat herausgefunden, daß man kupfernen Pfennigstücken durch Polieren mit einem Feinpulver den niederartigen Glanz von Zinnpfennigstücken geben kann, und hat derartige falsche Sechser anscheinend massenhaft in den Verkehr gebracht.

Zeit längerer Zeit wurden auf dem Bahnhof Moabit die in dem Bahnhof haltenden Güterzüge bestohlen. Die Diebe rissen die Stückgutwagen auf und stuhlen die dem Anschein nach wertvollsten Stücke heraus. Fast allnächtlich wurden Koffer gestohlen, die entweder zu schwer zum Verschleppen gewesen waren, oder die nicht weggeschafft werden konnten, weil die Stigbuben bei der Arbeit gestört wurden, das ganze Stationspersonal war bereits in Verdacht gekommen, da man mit Recht annahm, daß der Dieb eine mit den Verhältnissen des Betriebes genau vertraute Person sein müsse. Wiederholt war der Dieb in der Nacht gesehen und verfolgt worden, ohne daß es gelingen wäre, ihn zu ergreifen. Gestern nacht nun versuchte er wiederum den Wagen 3000 des Hamburger Güterzuges zu berauben, wurde aber dabei vom Fahrpersonal übertrajet und festgenommen. Es stellte sich heraus, daß der Räuber ein früher auf dem Bahnhof Moabit beschäftigter Rangierer Namens Hans ist, der bereits wegen Eisenbahnräub mit Gefängnis verurteilt ist. Bei seiner Festnahme legte er den Beamten verzweifeltsten Widerstand entgegen.

Nach Unterschlagung von 1400 Mark ist der 28 Jahre alte Buchhalter Richard Birner flüchtig geworden. Birner war bei einem Verlagsbuchhändler in der Hahndorfer Straße zu Wilmersdorf angestellt und besaß seit Jahren ein volles Vertrauen seines Chefs. Der junge Mann ist durch ein „Verhältnis“ auf Abwege geraten. Er verließ seine Eltern und bezog mit einer Tinseltangefängerin in der Elshäuserstr. 15 eine gemeinsame Wohnung. Das Liebesverhältnis kostete ihn mehr, als er einnahm, und so unterschlug er seinem Prinzipal die vorhin angegebene Summe und machte sich unbekannt wohin auf die Strümpfe.

Ein „schwerer Junge“ wurde gestern morgen bei der Arbeit abgesetzt. Um 3 1/2 Uhr hörte die Schneiderin L. in der Hohenzollerstr. 18 ein verdächtiges Geräusch an der Thür ihrer Wohnung. Sie rief um Hilfe, und die Hausgenossen, die herbeieilten, nahmen einen fremden Menschen fest, der toben verjücht hatte, mit Diebeswerkzeug die Thür zu öffnen. Auf die Revolverwache gebracht, weigerte sich der Eindringler hartnäckig, seinen Namen zu nennen. Dazu hatte er auch allen Grund, aber es half ihm doch nichts. Die Kriminalpolizei, der er zugeführt wurde, erkannte in ihm nach einer Photographie des Verbrechens und nach Angaben nach Vertilgen einen 32 Jahre alten Verbrecher Namens Beckerle, der wiederholt verurteilt ist, zuletzt am 11. September 1893 wegen schweren Diebstahls und Körperverletzung mit sechs Jahren Zuchthaus. Der Mann hat sich demnach nicht lange der Freiheit erfreut.

Ein Einbrecherbande hat in der Nacht zum Donnerstag das Warenhaus von Goldstein an der Ecke der Brunnen- und Straßburgerstraße heimgesucht. Die Diebe stahlen 300 M. an Geld sowie verschiedene Waren.

Fenerbericht. Vormittags 7 Uhr erfolgte eine Alarmierung nach Ritterstraße 63, wo mehrere auf dem Hofe lagende Farbensässer in Flammen aufgingen. Längere Arbeit verursachte der Wehr ein Brand, der erst 2 Uhr Rigackerstraße 118 zum Ausbruch kam und die Schaldecke, sowie das Zwischengehäll ergriffen hatte. Letzteres mußte größtenteils freigelegt werden, um das glimmende Feuer vollständig abzuwehren zu können. Mittwochabend 9 Uhr entstand Oranienburgerstraße 26 ein Zimmerbrand, bei dessen Ablösung sich der Wohnungsinhaber Brandwunden zuzog, die von den Samaritern der Feuerwehr verbunden wurden. Zur selben Zeit war Deuffelstraße 63 ebenfalls ein Zimmerbrand und Chausseestraße 9 ein Küchenbrand zu beseitigen.

### Aus den Nachbarorten.

Der Arbeiterbildungsverein in Friedrichshagen hält am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr im Restaurant Max Verhe (Humboldt) eine Versammlung ab. Schriftlicher Witz. Wolke spricht über das Thema: Armenisch und Eiszeit. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Ernter. Am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr findet im Kurhaus Wartenberg eine Versammlung des Arbeiterbildungsvereins statt. Tagesordnung: Vortrag zc.

Die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins von Ober-Schöne weide und Umgegend findet Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Hoyerland statt. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes.

In der Nacht zu gestern ist in Charlottenburg eine größere Ruhestörung vorgekommen, worüber die „Neue Zeit“ berichtet: Gegen 1/2 12 Uhr nachts verursachten etwa zwanzig halb-würdige Vurschen in der Spandauerstraße durch lautes Toben und Herumbalgen auf dem Straßenrandem Herrn. Ein Schuttmann forderte die Vurschen zur Ruhe auf, wurde aber verhöhnt. Ein zweiter Schuttmann kam ihm zu Hilfe und nun schritten beide Beamte zur Festnahme der Rädelstührer. Diese setzten ihrer Abführung zur Polizeiwache thätlichen Widerstand entgegen und mußten

von den Schuttmännern gefesselt werden. Jetzt traten die übrigen Vurschen und auch ein Teil der Passanten, die gegen die Beamten Partei nahmen, den Schuttmännern entgegen und versuchten die Gefangenen zu befreien. Von allen Seiten bedrängt und auch von den Knoddes mit Messern bedroht, mußten die Beamten von ihren Waffen Gebrauch machen. Dann bahnten sie sich einen Weg nach dem Straßenbahnhof, wo einige Beamte und auch ein Unteroffizier vom Elisabeth-Regiment ihnen zu Hilfe kamen. Von der Polizeiwache wurde Verstärkung herbeigerufen, die auch bald eintraf. Dann wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, der größte Teil der Ruhestörer ist jedoch entkommen. Der Schaffner Schöneberg erhielt von einem der Vurschen einen Messerstich in den Arm und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Mehrere Knoddes haben erhebliche Verletzungen davongetragen, die zu ihrer Ermittlung führen dürften.

### Geriichts-Beilage.

Wegen Verleumdung des früheren Kommerzienrats Nathan Herzberg zu Köthen ist gestern der Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“ Johannes Wilberg vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Wilberg hatte den Privatkläger aus Anlaß des Urtheils, daß diesem der Kommerzienratsitel vom Herzog von Anhalt wieder entzogen worden ist, mit verschiedenen antihemischen Kosentamen belegt.

Der Staatsanwalt gegen Jola. Der Jolafche Roman „Rana“ unterlag gestern einer eingehenden Prüfung seitens der neunten Strafkammer des Landgerichts I. Die Anlagebehörde hat dies Werk des berühmten Romanziers als unsittlich befunden und deshalb die Beschlagnahme desselben beantragt. Staatsanwalt Eger hatte eine ganze Anzahl Stellen aus dem Roman herausgeholt, die als unsittlich zu erachten seien. Im Interesse der Ordnung und der guten Sitte beantragte er die Verhandlung unter Ausschlag der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen, der Gerichtshof war aber nicht der Ansicht, daß eine Gefährdung der guten Sitte zu befürchten sei, und verhandelte deshalb bei offenen Thüren. Nach Verlesung der betreffenden Kapitel hielt der Staatsanwalt seinen Antrag auf Beschlagnahme anrecht. Der Gerichtshof folgte diesem Antrage nicht, sondern verurteilte die Freigabe der bereits beschlagnahmten Exemplare. Die der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hoppe ansahnte, konnte man wohl die beanstandeten Stellen für unsittlich halten. Es sei aber anzuerkennen, daß der Verfasser nicht die Absicht gehabt habe, auf die Lesenden einen finstlichen Reiz auszuüben, sondern daß er durch seine Erzählung abstrahierend habe wirken wollen. Dadurch werde dem Roman der Charakter des Unsittlichen genommen.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Metallarbeiter. Die Formier und Berufsgenossen, die gestern eine gut besuchte Versammlung im „Näusenstädtischen Konzerthaus“ abhielten, beschloßen, daß in den Werkstellen, in denen die aufgestellten Forderungen bewilligt sind oder werden, die sogenannte Streitarbeit angefertigt werden kann. Ausgenommen davon ist die Fabrikarbeit. In allen Fällen, in welchen eine Arbeitseinstellung bevorsteht, ist vorher die Zustimmung der Organisation einzuholen.

Mit diesem Beschluß soll dem Plan der Unternehmer, die Formier und Gießereiarbeiter zum allgemeinen Ausstand zu zwingen, entgegengetreten werden und denjenigen Gießereibesitzern, welche die Forderungen bewilligt, soll damit Gelegenheit zu einer Verständigung mit den Arbeitern gegeben werden.

Der Ausstand der Posamentierer Berlins dauert unverändert fort. Nicht bewilligt haben folgende Firmen: Reich u. Burmeister, Köstermann u. Jaruzanski, Przhgode, Wagler, Giesner u. Haußig, Emsel, Binger, Hoffmann u. Weiland, Wendel u. Co. Gubrecht, Kehler, Hoppe, Grünerweg, Bollmer, Ebel Nachf. Schmidt — Obige Firmen sind streng zu meiden.

Tapezierer! Die Werkstatt der Firma Köpke, Charlottenstr. 13, bleibt nach wie vor gesperrt. Zutritt ist fernzuhalten. Die Agitationskommission.

#### Deutsches Reich.

Der Streik der Lüneburger Bau-Arbeiter ist nach 10 wöchentlicher Dauer beendet. Ihre Forderung, 30 Pfennig Stundenlohn, haben sie durchgedrückt, nur konnten sie nicht erreichen, daß die Meister eine schriftliche Erklärung abgaben.

Die Bäckergehilfen von Wiesbaden und Dieblich sind in eine Bewegung eingetreten. Ihre Forderungen sind sehr beschneidend und hat ein Teil der Meister und die Großfabriken bereits bewilligt; viele Meister fürchten sich vor der Zunahme, den Gesellen entgegenzukommen.

Schutz den Arbeitswilligen. Die Strafkammer zu Frankfurt a. M. verurteilte einen Zimmerer zu 6 Monaten Gefängnis, weil er einen Arbeitswilligen öffentlich beleidigt und bedroht hatte. Der Verurteilte hatte allerdings scharfe Ausdrücke gebraucht und sogar von Totschlägen gesprochen, es ist aber zweifellos, daß weder der Verurteilte die Drohung ernst gemeint, noch, daß der Bedrohte sie ernst aufgefaßt habe. In den Kreisen der Bauarbeiter wird bemitleidet nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt.

Der Streik der Schuhmacher bei der Firma Hehmann in Pasing-München dauert seit drei Wochen unverändert fort. Die Agitationskommission hat es bereits versucht, mit dem Unternehmer in Unterhandlung zu treten; dieser lehnt es jedoch ab, Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden, die Fabrik steht still. Zutritt ist streng fernzuhalten. Briefe und Geldsendungen sind zu richten an das Streikkomitee Pasing-München, Gasthaus zur Storchenburg.

Zum Leipziger Formierstreik. In Penzig wurde am letzten Sonnabend der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von der Direktion der dortigen Maschinenfabrik ohne jede Angabe von Gründen, plötzlich entlassen. Der Mann war seit fünf Jahren im Betriebe beschäftigt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese plötzliche Entlassung als Maßregelung ansieht, die in Verbindung mit dem Formierstreik bei dieser Firma zu bringen ist. Die Formier allerorts werden gebeten, darauf acht zu geben, wenn Penziger Modelle ankommen, da die Firma beabsichtigt, auswärts Geh aufzutragen zu lassen. Wie mitgeteilt wird, sollen schon Penziger Modelle nach Magdeburg gegangen sein. Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck gebeten.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 12. Oktober. (W. S.) Am 17. d. M. soll die Aufhebung der Sprachenverordnung amtlich veröffentlicht werden. Der ehemalige Minister Dr. v. Bilinski hat ein Reichs-Sprachengesetz ausgearbeitet. Die Bestimmungen dieses Gesetzes sollen in allen Ländern, die im Reichrat vertreten sind, Geltung haben.

Paris, 12. Oktober. (W. S. V.) Das Justizpolizeigericht verurteilte Sebastian Fure zu zwei Monaten Gefängnis wegen Verurteilung der Ausdeutung auf der „Place de la Republique“ am 20. August. Ferner wurden zwei Personen, Namens Turmar und Du Jardin, welche in der „Rue des Boulets“ den Polizeikommissar verurteilt hatten, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Amsterdam, 12. Oktober. (W. S. V.) Nach einem Telegramm des „Haudesblad“ aus Batavia ist die Stadt Amboi an der Südküste der Insel Ceram durch ein Erdbeben völlig zerstört worden. 4000 Menschen sollen umgekommen, 500 verletzt sein.

Risch, 12. Oktober. (W. S. V.) Die Schiffsfirma nahm die Handelskonvention mit der Türkei an.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Hannover, den 11. Oktober.

Dritter Verhandlungstag.

(Schluß der Nachmittags-Sitzung.)

Kautsky:

Genossen! Ich hoffe, daß ich keine halbe Stunde brauchen werde, um Ihnen das zu sagen, was ich Ihnen sagen will. Ich habe nicht die Absicht, hier noch einmal gegen Bernstein vorzugehen. Was ich gegen Bernstein zu sagen hatte, das habe ich bereits ausreichend gesagt und ich hoffe, daß ich nicht noch einmal Gelegenheit haben werde, darauf zurückzukommen. Stollen hat zwar eben den freundlichen Wunsch ausgesprochen, die Diskussion möge noch ein paar Jahre lang fortgehen, und wenn ich mich dabei auch nicht auf die faule Haut legen könnte, so sei das ja kein Unglück. Nun, auf die faule Haut kann sich keiner von uns legen, und so sehr ich ein Anhänger des Rechts auf Freiheit bin (Heiterkeit), so wenig habe ich oder ein anderer von uns bisher Gelegenheit gehabt, davon Gebrauch zu machen. Wenn ich wünsche, daß die Diskussion ein Ende nimmt, so ist es deshalb, weil dabei nichts Neues für uns herauskommt, und weil uns dadurch die Zeit genommen wird, Neues zu studieren. Eine solche Diskussion mag für denjenigen, der zuseht, ganz interessant sein, aber demjenigen, der an ihre Teil zu nehmen hat, hängt sie schon zum Halse heraus. Ich habe aber auch deshalb nicht mehr die Absicht, gegen Bernstein zu sprechen, weil das, was Bebel gesagt hat, vollkommen ausreichend ist. Ohne Not möchte ich aber gegen Bernstein nicht vorbegehen, denn ich glaube, daß ich da einem allgemeinen Empfinden Ausdruck gebe, wenn ich sage, daß wir alle Bernstein noch als Kameraden anerkennen, der jahrzehntelang den Kampf an unserer Seite geführt hat (Lebhafte Zustimmung), gegen den man vorgehen muß, wo er Ansichten äußert, die die Partei in die Irre führen können, dem man aber nicht wehe thut, wo es nicht nötig ist. (Beifall.) Wenn ich im Laufe meiner Ausführungen doch auf Bernstein zu sprechen komme, so nicht, um ihn anzugreifen, sondern um ihn zu verteidigen gegen die Verteilung, mit der ihn David und Woltmann bedacht haben. (Heiterkeit.)

Vorerst noch eine Berichtigung. Stollen hat gesagt, ich hätte in Stuttgart einen Irrtum begangen, indem ich ausgeführt hätte, eine Zunahme der Kapitalisten finde nicht statt und wenn sie stattfände, so würde das gegen unsere Anschauungen sprechen und unseren Sieg unmöglich machen. Nun das, was ich dort gesagt habe, halte ich vollständig aufrecht. Aber ich gebe zu, die Aenderung kommt zu Mißverständnissen Anlaß geben, sie war unvollständig. Die Zahlen in meiner Broschüre sprechen durchaus nicht dagegen, es fragt sich nur, was man unter Kapitalisten versteht. Die Zahl der großen Kapitalisten ist in der That abgenommen, das ist nicht zu leugnen, aber die Zahl der kleinen Kapitalisten, oder besser gesagt der kleinen Unternehmer, ist entschieden in der That abgenommen. Das lehrt uns die letzte Betriebsstatistik. Wäre dem nicht so, dann wäre ja unser Kampf hoffnungslos. Denn was bedeutet denn eine relativ schnellere Zunahme der kleinen Unternehmer als der Besitzlosen? Doch nichts anderes, als daß die Besitzlosen abnehmen. Wenn aber die Besitzlosen abnehmen, woher sollte dann die Kraft kommen, die Besitzenden zu expropriieren? Die Aufgabe des Socialismus ist doch die, alle Welt in Besitzende zu verwandeln, und weil wir das auf der Grundlage des Privateigentums nicht können, wollen wir es auf Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums. Wenn aber die Zahl der Besitzenden heute schon immer mehr wächst, wenn wir einem Zustand entgegengehen, wo alle Welt zu Besitzenden wird, ja, welchen Zweck hätte dann der Socialismus? Dann wäre die Aussicht des Socialismus hoffnungslos. (Sehr richtig.)

Ich habe das Wort ergriffen, um etwas über unser Programm zu sagen. David scheint ganz besondere Vorstellungen von einem Programm zu haben, denn er hat uns erzählt, daß er bei den Schächtern in Frankfurt mit dem Erfurter Programm sehr schlechte Geschäfte gemacht hat. Das gebe ich gern zu, daß, wenn man bloß mit dem Erfurter Programm bewaffnet zu den Schächtern geht, diese einen nicht verstehen. Ein Programm ist kein Ränberger Richter. Wenn ich zu den Schächtern rede und sie in den allgemeinen Klassenkampf des Proletariats hineinziehen will, so muß ich einerseits die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung, andererseits die besondere Entwicklung des Schächtergewerbes kennen. Das Programm kann natürlich nur die allgemeine Entwicklung schildern, und wenn es das thut, so hat es seinen Zweck erfüllt. Geht unser Programm den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsgang wieder, so ist es gerechtfertigt. Dagegen, daß wir in der Resolution statt des Wortes „Programm“ sagen „Grundanschauungen“, habe ich nichts einzuwenden, denn das Programm ist kein Noli me tangere (Rühmichnichtan), wir treiben keine Unachtsamkeitspolitik, wir verpflichten niemanden auf den Buchstaben des Programms, sondern nur auf die allgemeinen Grundsätze. Wer die anerkennt, ist Parteigenosse. Kommt ein Antrag, das Programm in diesem oder jenem Punkte zu ändern, so werden wir uns zunächst fragen, ob dies unseren Grundanschauungen entspricht, und dann, ob es eine reaktionäre Verbesserung ist, aber wir werden nicht von vornherein sagen, unser Programm ist unantastbar.

Nun ist unser Programm angegriffen vor allem in Bezug auf die Krisentheorie, die Verelendungstheorie und die Theorie vom Niedergang des Kleinbetriebes. In Bezug auf die Krisentheorie sagt das Programm: „Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Stoff gewachsen sind.“ Nun, was ist denn eigentlich gegen diesen Satz eingewendet worden? Das einzige, was man sagte, war, daß man ihn mit einer legendären Zusammenbruchstheorie in Verbindung gebracht und erklärt hat, dieser Satz ist die Zusammenbruchstheorie, diese Theorie ist falsch, also ist auch der Satz falsch. Aber auf die Frage, wo denn diese Zusammenbruchstheorie zu finden ist, bleibt man uns die Antwort schuldig oder man greift zu Kommentaren, zu Auslegungen, zu einzelnen Ausdrücken, die ganz anders gemeint sind. Man darf sich nicht wundern, daß der verstorbene Marx und der verstorbene Engels in dieser Weise als Zeugen dienen müssen für die Zusammenbruchstheorie. Ich bin noch lebendig, und Woltmann hat mir auseinandergesetzt, daß ich Anhänger dieser Theorie bin. Also, Woltmann weiß besser, wie ich über die Zusammenbruchstheorie denke als ich selbst. (Heiterkeit.) Er hat das beweisen wollen mit einigen Citaten aus meiner letzten Broschüre, aber der von ihm verlesene Satz sagt nichts anderes, als daß ich erkläre, daß die kapitalistische Produktionsweise von dem historischen Moment an unmöglich wird, wo die Ueberproduktion chronisch wird. Will man daraus eine Zusammenbruchstheorie herleiten, eine Theorie in dem Sinne, daß durch eine allgemeine Krise das kapitalistische System zusammenbricht, so daß nur der Uebergang in eine sozialistische Gesellschaft übrig bleibt? Ich habe Woltmann bereits vorgelesen und mich ausdrücklich gegen diese Annahme gewendet, indem ich schrieb: „Die Annahme einer derartigen unheilbaren chronischen Ueberproduktion ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der Prophezeiung einer demnächst hereinbrechenden enormen Weltkrise, eines Weltbrandes, aus dem die sozialistische Gesellschaft in voller Schönheit gleich einem Vogel Phönix emporschließt.“ Ich glaube, deutlicher kann man sich nicht dagegen ver-

wahren, daß diese Theorie nicht die Zusammenbruchstheorie in dem von Bernstein aufgefaßten Sinne ist.

Nun soll aber auch Marx die Zusammenbruchstheorie so aufgefaßt haben. David hat ein Citat aus dem dritten Bande des „Kapital“ vorgelesen. Ich bin gezwungen, es Ihnen noch einmal vorzulesen; es ist zwar etwas lang, aber ich kann nicht von Ihnen verlangen, daß Sie mir sonst aufs Wort glauben, daß von alledem, was David gesagt hat, in diesem Citat nichts zu finden ist. Es lautet: „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies, daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion, daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel Mittel für die stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalvermögens, die auf der Entzweiung und Bekämpfung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion des Selbstzwecks, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit losstrennen. Das Mittel — unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte — gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materiellen Produktionskräfte zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen.“ Mehr über dies Thema steht an dieser Stelle nicht. Nun frage ich, wo haben Sie in diesem Satz etwas von Zusammenbruch gelesen? Ich glaube, deutlicher kann man wohl nicht zeigen, wie diejenigen Leute auslegen, welche der Ansicht sind, aus Marx könne man alles beweisen. (Sehe gut!) Ja, wer nicht sieht, was darin ist, wer das hineinlegt, was man hineinlegen will, der kann daraus alles beweisen, andere aber nicht. (Sehr wahr!)

Noch kurz eine persönliche Bemerkung über Engels. Ich glaube, es war David, der sich darauf beriefen hat, daß Engels für 1898 den großen Kladderadatsch prophezeit habe. Ich habe nicht geglaubt, daß es einmal notwendig sein würde, diese Anschauung auf einem Parteitag zu widerlegen. Hätte Engels das gesagt, so wäre er nicht der große Denker gewesen, der er war, er wäre ein solcher Idiot gewesen, daß kein einziger Wahlkreis ihn zu seinem Delegierten auf dem Parteitag gewählt hätte. (Große Heiterkeit.) Soweit ich mich erinnern kann, war die Aenderung so: In dem Freundeskreis, den die Wahlen von 1890 erzeugt hatten, jagte Engels: Wenn die Entwicklung in diesem Tempo vorwärts geht, dann ist es nicht unmöglich, daß wir zu der Zeit, wo wir das 50jährige Jubiläum der Revolution von 1848 feiern, vielleicht bereits den Zusammenbruch des heutigen politischen Systems in Preußen erleben. Konnte man das nicht sagen? Aber wenn jemand sagt, daß dieser „Kladderadatsch“ als sociale Revolution gemeint war, und daß Engels den Ausdruck dieser Revolution auf Jahr und Tag prophezeit hat, so wäre er wohl als allgemeines Hohnschlachter gestochen. (Zustimmung.)

Nun hat man auch die Verelendungstheorie herangezogen. Darauf hat namentlich Frau Juch schon eingehend geantwortet und das vorgebracht, was ich selbst David entgegen hätte. Ich will nur noch auf einen Punkt hinweisen. David hat ausgeführt, daß das kommunistische Manifest den Begriff des Elends anders aufstellt, als ich, nicht als relatives, sondern als absolutes Elend. Daß der Arbeiter zum Pauper herabsinkt, unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse, daß er entmenscht wird, das sieht allerdings da. Aber es steht auch etwas anderes da, und man muß eben nicht dialektisch denken, wenn man dies andere nicht sieht und sich auf das eine festlegt. Es steht auch im „Kommunistischen Manifest“ — und schon früher haben Marx und Engels das ausgesprochen — daß das Proletariat sich erhebt und organisiert gerade in diesem Kampf gegen das Elend. Ja, wenn der Kapitalismus aus sich selbst bereits die Tendenz erzeugen würde, das Elend abzuschießen, die Arbeiterklasse auf eine höhere Stufe zu stellen, so wäre unser Kampf ein nutzloser, dann würde es uns wie gelingen, die Arbeiterklasse zu organisieren. Aber gerade weil wir dem Proletariat zeigen, daß das Elend in der Natur des Kapitalismus begründet ist, daß wir daher gegen das Kapital kämpfen müssen, gerade deshalb gelingt es uns, das Proletariat zu organisieren und zu erheben. (Beifall.) Das gebe ich zu: im kommunistischen Manifest sind die niederdrückenden Momente der kapitalistischen Produktionsweise mehr hervorgehoben, als im „Kapital“, aber das ist kein prinzipieller Unterschied, sondern bloß ein Beweis dafür, daß Marx ebenso wie Engels den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen hat. Es liegt kein Widerspruch zwischen dem „Kapital“ und dem „Kommunistischen Manifest“ vor, oder wenn er vorliegt, so ist er in den Thatfachen selbst vorhanden, denn in den Thatfachen selbst sind auch Widersprüche. 1847, als das „Kommunistische Manifest“ geschrieben wurde, da war tatsächlich der Arbeiter ein Pauper, da wurde das Proletariat vielfach entmenscht, damals gab es noch keinen Verfassungsentwurf, damals war die Arbeiterbewegung erst in ihren Anfängen, und deshalb war es berechtigt, so zu schreiben. Ich möchte da eine andere Bemerkung anknüpfen. Woltmann sagt, Marx und Engels haben ihre Tendenzen früher entwickelt, bevor sie die kapitalistische Produktionsweise studiert hätten, Marx hätte bereits in der „Heiligen Familie“ das Kapital angegriffen, ohne es studiert zu haben. Nun, das erste Wort war doch: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“. Wenn dies Wort nicht dem Studium der kapitalistischen Oekonomie entsprungen ist, dann ist überhaupt kein Wort dem Studium der kapitalistischen Oekonomie entsprungen. (Sehr richtig!) Wenn Woltmann glaubt, Marx und Engels hätten abwarten sollen, bis die kapitalistische Produktionsweise abgewirtschaftet hat und dann erst schreiben sollen, so weiß ich eigentlich garnicht, was Woltmann bei uns will, denn noch hat der Kapitalismus nicht abgewirtschaftet, und Woltmann ist so unvorsichtig, sich uns jetzt schon anzuflehen.

Nun zum dritten Punkt, dem Niedergang des Kleinbetriebes. Ich habe dem zahlreichen von Bebel vorgebrachten Material nichts mehr hinzuzufügen. David sagt, es handelt sich hier um eine betriebsökonomische Frage, aber die wir nicht entscheiden können. Aber wir sind doch nicht ein Ingenieurgongrel, sondern eine politische Partei. Es handelt sich für uns nur um den Kleinbetrieb vom Standpunkt des Besitzers aus, nicht aber vom betriebsökonomischen. Im übrigen steht ausdrücklich in unserem Programm: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet.“ Hier ist ausdrücklich gesagt, von welchem Standpunkt aus wir den Untergang des Kleinbetriebes betrachten. Ich glaube also, daß wir diesen Passus des Programms nicht zu ändern brauchen.

Allerdings gebe ich zu, daß die Agrarverhältnisse sich nicht nach derselben Schablone entwickeln, wie die Verhältnisse in der Industrie. Ich gebe auch zu, daß wir zur Zeit, wo wir das Erfurter Programm entwarfen, in Agrarfragen vielfach anders dachten als heute. Es ist seitdem eine Menge statistisches Material zu Tage gefördert, es haben sich auch die Verhältnisse so geändert, daß wir vielfach anders denken müssen als früher. Das ist keine Schande für uns, im Gegenteil, es ehrt uns, daß wir den Veränderungen der Verhältnisse Rechnung tragen, und ich sage ganz offen: wenn wir heute das Erfurter Programm noch einmal abzufassen hätten, so hätte ich vielleicht in Bezug auf die Agrarfrage eine andere Form gewählt. Aber können wir heute das Programm ändern, sind wir heute bereits

einig über die agrarischen Entwicklungstendenzen? Nein, das hat sich bereits in Breslau gezeigt, und ich glaube, es wird heute wenige unter uns geben, die es bedauern, daß damals das Agrarprogramm abgelehnt wurde. Wir sind wohl alle einig, daß es voreilig war, ein Programm zu entwerfen, bevor wir uns über die Entwicklung klar sind. Wir sind heute noch nicht einig darüber und werden es so leicht nicht, denn das agrarische Leben ist heute in einer Revolution begriffen, die weit größer ist als die in der Industrie. Würden wir uns heute festlegen in Bezug auf das Agrarprogramm, so wäre das eine Voreiligkeit, die sich bitter rächen würde. Wenn wir aber die gesamte Entwicklung und nicht die Agrarverhältnisse allein in Betracht ziehen, so können wir mit vollem Recht sagen, daß die Entwicklung zum Untergang des Kleinbetriebes führt.

Nun noch ein Wort über eine Theorie, die David und Woltmann entwickelt haben, und die, wenn sie wirklich durchbringen sollte, was ich allerdings nicht glaube, eine Revolutionierung unserer bisherigen Taktik zur Folge haben müßte. Es bezieht sich auf die Worte des Programms: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf.“ Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Mit diesem Passus sind die beiden Genossen nicht einverstanden, und sie berufen sich dabei auf die materialistische Geschichtsauffassung, welche diesen Passus angeblich ad absurdum geführt hat. Ich frage mich, daß die beiden Genossen so eifrige Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung sind, und zwar in einem Sinne, der keineswegs der Sinn von Bernstein ist, denn nach ihm treten ja die ethischen Motive immer mehr in den Vordergrund, auch solche ethischen Motive, die nicht in letzter Linie ökonomisch begründet sind. Das ist jedenfalls nicht die Ansicht von David und Woltmann, denn sie stehen auf dem Standpunkt, daß man erst die ökonomische und dann die politische Macht erobern muß. Nun ist bereits darauf hingewiesen, daß durch die Entwicklung der heutigen Produktion der Proletarier immer unentbehrlicher wird für den Produktionsprozeß, daß er durch sie mit der Intelligenz der Städte in Verbindung kommt und auf diese Weise geknüpft wird und reift. David meint, wenn aus dieser Unentbehrlichkeit der Proletarier bereits ihre politische Macht folgen würde, so hätten die Leibeigenen des Mittelsalters schon die politische Macht erobern müssen, denn sie wären unentbehrlich. Ja, haben denn die Leibeigenen nicht schließlich die politische Macht erobert? Existiert heute noch der Feudalismus? Und wodurch ist denn der Feudalismus sonst gekürzt als durch die Erhebung der Bürger, aber auch der Leibeigenen? Allerdings diese Erhebung erfolgte erst, als die Feudalherren ökonomisch überflüssig wurden. So lange sie notwendig waren, bildeten sie eine ökonomische Macht, und darauf beruhte auch ihre politische Macht. Die Leibeigenen konnten ihr Joch nicht abschütteln, so lange die Feudalherren unentbehrlich waren. Ebenso geht es mit den Kapitalisten. Erst wenn diese unentbehrlich sind, kann das Proletariat die politische Macht erobern. Daß dies geschehen wird, daran zweifelt wohl niemand.

Bernstein hat auch auf die Alliengegesellschaften hingewiesen und gemeint, daß dadurch die Entscheidung hinausgezögert wird. In unseren Augen beweisen die Alliengegesellschaften, daß der Kapitalismus überflüssig ist. Was wäre dann die Konsequenz des Davidischen Standpunktes, daß die ökonomische Expropriation der Eroberung der politischen Macht vorhergehen muß? Er hat auf die Sklaven hingewiesen. Nach seiner Anschauung müßten sich die Sklaven erst freikaufen und wenn sie alle frei wären, dann würde erst ein Geleis eisen, daß die Sklaverei abgeschafft wird. Auf unsere Verhältnisse übertragen heißt das: Zuerst werden die Kapitalisten expropriert, und wenn es keine Kapitalisten mehr giebt, dann schaffen wir das Kapital ab. In Konsequenz davon kämen wir schließlich zum Anarchismus. Denn dieselbe Begründung, die David vorgebracht hat, haben auch die Kleinrentiers und andere Anarchisten gehabt. Auch sie sagten, der politische Kampf ist überflüssig, führen wir den ökonomischen Kampf; wenn man besonders gewaltthätig war, proklamirte man den Generalstreik, oder wenn man zähm war, strebte man die Umwälzung des Kapitalismus durch die Genossenschaften an. Nein, wir wollen den politischen Kampf hochhalten.

Das ist auch das Mittel, das uns die Intelligenzen zuführt, die wir so notwendig brauchen; die Akademiker können nicht den gewerkschaftlichen Kampf führen, sie können nur am politischen Kampf teilnehmen. Er allein ist das Mittel, um das Proletariat mit der modernen Wissenschaft bekannt zu machen und es geistig zu heben. Darum werden wir die Fajne hochhalten, die Marx und Engels hochgehalten haben, und uns zunächst als politische Partei organisieren. (Bravo!) Auf diese Weise werden wir siegen und nicht dadurch, daß wir die Palliativmittel in den Vordergrund stellen, die zwar notwendig und nützlich sind aber doch nur dann, wenn der politische Kampf im Vordergrund steht. (Lebhafte Beifall.)

Singer

teilt mit, daß zu der Resolution Bebel von Rottenbuh und Stadlhofer ein Amendement beantragt ist, das verlangt, daß im Absatz 4 die Worte: „sie erachtet — bis zu dem Worte aber...“ gestrichen und als neuer Absatz zugefügt wird: „Es ist notwendig, bei der Agitation das Endziel in den Vordergrund zu stellen, um das sozialistische Bewußtsein der Massen zu wecken und zu stärken.“

Weiter teilt Singer mit, daß die Schlußabstimmung über die Resolution Bebel infolge eines genügend unterstützten Antrages einnamentliche sein wird.

Josef Luxemburg:

Parteigenossen, es hieße Wasser ins Meer tragen, wollte ich nach dem vortrefflichen Vortrage des Genossen Bebel mich noch über die theoretische Seite der Frage verbreiten. Bebel hat diese Fragen so gründlich behandelt und so viel neues Tatsachenmaterial gegen Bernstein angeführt, daß es sich erübrigt, darüber mehr zu sagen. Einige Bemerkungen Davids, die zum Teil gegen mich gerichtet waren, veranlassen mich aber doch zur Antwort. Mit seinen Ausführungen, die die Landwirtschaft betreffen, werde ich mich nicht befassen. Die Frage des Düngrers spielte darin eine so große Rolle, daß ich unwillkürlich an jene Rede eines pommerischen Oekonomierates im landwirtschaftlichen Verein dachte, die da lautete: „Ich glaube, Sie werden mir alle zustimmen, wenn ich meine Ausführungen mit den Worten schlicke: Mit ist die Seele der Landwirtschaft!“ (Große Heiterkeit und Oh!) Auf den Mist (Oh!) will ich nicht länger eingehen.

Die schwächste Seite in der theoretischen Auffassung Bernsteins und seiner Anhänger ist ihre Auffassung von der sogenannten wirtschaftlichen Macht, die sich die Arbeiterklasse erst im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung erwerben muß, bevor sie eine politische Revolution glücklich durchführen könne. Von seiten Davids und anderer Anhänger Bernsteins ist mir öfter Phrasen und Vorliebe für die Schablone vorgeworfen worden. Gerade in der Frage der Eroberung der ökonomischen Macht ist auf jener Seite die Schablone, wie ich nachweisen werde.

Marx hat beinahe bewiesen, daß jeder politischen Klassenbewegung bestimmte wirtschaftliche Verhältnisse zu Grunde gelegen haben. Marx hat dargelegt, daß alle bisherigen geschichtlichen Klassen, bevor sie zur politischen Macht gelangten, sich zur ökonomischen Macht aufgeschwungen haben. Diese Schablone wenden nun die David, Woltmann und Bernstein in slavischer Weise auf die heutigen Verhältnisse an. Das beweist, daß sie weder das Wesen der früheren Kämpfe, noch das Wesen der heutigen Kämpfe verstehen.



erzählte befinden — glauben Sie denn, daß sie sich diese ungefun-  
desten Gewerbe anzueignen würden, wenn nicht das Geld in den  
proletarischen Familien sie dazu zwingen würde? (Sehr gut!)

Von Stimmungsstimmern sprach David. Wenn Vernstein seine  
Meinung durch Zahlenmaterial zu stützen sucht, so wird es ihm als  
große wissenschaftliche That angerechnet; wenn aber Bebel seinen  
entgegengesetzten Standpunkt durch zahlenmäßiges Material zu  
stützen sucht, das sich wahrlich nicht an die Stimmung wendet,  
sondern an den nüchternen Verstand (Sehr wahr!), dann ist es  
Stimmungsstimmerei! Ich überlasse es dem Parteitag, zu beurteilen,  
welche Methode David befolgt hat, als er diese tüchtige Behauptung  
aufstellte.

Der Unterschied der David-Vernsteinschen Auffassung von unserm  
Partei-standpunkt ist der, daß sie der Socialreform eine ganz  
andere Rolle für den Befreiungskampf des Proletariats zu-  
schreibt. (Lebhafte Zustimmung.) Darin liegt das Ent-  
scheidende, nicht, daß wir die Reform niedriger schätzen,  
sondern sie überhaupt anders bewerten. Für uns sind  
alle Reformer, die wir überhaupt erreichen können — und wir haben  
auch die kleinste genommen — nicht ein Anknüpfen zur Verwirklichung  
der Socialisierung der Gesellschaft, sondern nur Mittel, das Proletariat  
kampffähiger zu machen. (Beifall.)

David hat freilich auf Grund der berühmten Ausschüttungstheorie  
nachgewiesen, daß die Fabrikgesetzgebung bereits der Anfang der  
Socialisierung der Produktionsmittel sei, weil das Recht des Unternehmers,  
nach eigenem Ermessen seine Mittel zu gebrauchen, eingeschränkt wurde.  
Genosse David, wenn das richtig wäre, dann stecke auch in einem  
guten Teil der Polizeiverordnungen ein Stück Socialismus (Heiter-  
keit, Beifall); dann wäre die Vorschrift, daß wir unsere Hunde nicht  
ohne Maulkorb herumlaufen lassen dürfen, auch ein Stück Socialis-  
mus, denn dadurch wird das Recht an unserem Eigentum beschränkt.  
(Große Heiterkeit. Lebhaftes Aufse: Das ist sehr richtig! Große  
Umrufe. Ulrich ruft: Das ist sehr faul!) Ich glaube, ich habe  
das Recht, mich auf der gleichen Höhe der Diskussion zu bewegen,  
wie David (Sehr gut! Umrufe.)

Genosse David hat zum Beweis für seine Ausschüttungstheorie  
auch darauf hingewiesen, daß Marx erklärt hatte, der Normalarbeits-  
tag bedeute die Verwirklichung eines Princips. David wird im  
ganzen „Kapital“ umsonst suchen, wenn er den Nachweis dafür er-  
bringen wollte, daß Marx in der Verwirklichung eines Princips die  
Verwirklichung des socialistischen Princips sucht. Im Zusammen-  
hang handelt es sich nur um die Anerkennung des Princips, daß die Ware  
„Arbeitskraft“ eine Ware eigener Art ist, an der lebendiges Menschentum  
hängt und das dies lebendige Menschentum nach der hygienischen Seite  
hin im Interesse der Gesellschaft geschützt werden muß. Wenn David  
der Meinung ist, daß unsere Kapitalistenklasse sich allmählich ihre  
Freunde am Eigentum gewissermaßen vereiteln läßt und schließlich,  
wenn nur noch die wenigen Millionen übrig sind, sagt: „Ach, Kinder,  
leid doch so gut, befreit uns von diesen Dornen und schafft uns  
Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln ab!“ — so meine ich,  
daß gerade die ganze Entwicklung der Fabrikgesetzgebung ein Beweis  
dafür ist, daß in der kapitalistischen Gesellschaft das Unternehmertum  
sich jeder weitgehenden Einschränkung seiner Machtbefugnisse aufs  
schärfste widersetzt. Der Kampf um den gesetzlichen Arbeitertag  
dauert wirklich nicht von heute und gestern, und wie weit sind wir  
noch im Rückstand! Ich erinnere nur daran, daß in England, dem  
Vorstufenland des Arbeiterschutzes, der erwachsene Arbeiter mit Aus-  
nahme des Wäders und des Eisenbahners noch gar nicht gesetzlich  
geschützt ist. Ich erinnere ferner an die Thatsache, daß dort die  
Kinderarbeit nicht mal vor 18. Jahre ab verboten ist. Wenn nach  
dieser Richtung hin nennenswerte Vorteile zu erhoffen sind, so müßten  
wir von Seiten einer bürgerlichen Gesellschaft, deren Vertreter immer  
wieder die Notwendigkeit des Schutzes der Heiligkeit der Familie be-  
tonen, doch erst einmal — ich will bescheiden sein — den Wirtstuentag für  
die Arbeiterinnen haben oder den Schlußenttag für die verheirateten  
Arbeiterinnen. Gewiß, durch die Fabrikgesetzgebung kann der Arbeiter  
in etwas geschützt werden, aber der springende Punkt, die Ab-  
hängigkeit, wird nicht beseitigt, seine Arbeitskraft bleibt nach  
wie vor eine Ware und untersteht den Gesetzen der kapitalistischen  
Warenproduktion.

Dies ist auch die Auffassung, daß die Gewerkschaften schon  
Bedeutendes zur Socialisierung beitragen können. Der Kampf der  
Gewerkschaften zielt vielmehr darauf hin, zu verhindern, daß der  
Profithunger die Arbeitsbedingungen sogar unter die jeweiligen Lebens-  
bedingungen herabdrückt. Vernstein ist auch der Ansicht, daß es sich  
beim gewerkschaftlichen Kampf um eine Herabsetzung der Profitrate  
zu Gunsten der Lohnrate handelt. Gewiß begrüßen wir jede Er-  
höhung der Lohnrate mit Freuden, aber für uns handelt es sich doch  
nicht nur darum, die Profitrate herabzusetzen, sondern sie  
zu beseitigen, die ganze kapitalistische Wirtschaftsordnung zu  
beseitigen; nicht nur besser gestellte Lohnslaven zu haben, sondern  
die Lohnslaverei vollständig abzuschaffen. Für die von David  
so schön geschilderte allmähliche Socialisierung der Produktions-  
bedingungen durch die Gesellschaft kommen doch auch die Schranken  
in Betracht, welche der Wirksamkeit der Gewerkschaften durch die  
kapitalistische Produktion selbst gezogen werden, dadurch daß die  
Produktivität der Arbeit fort und fort steigt und deshalb  
mehr und mehr Arbeitskräfte überflüssig gemacht werden. Die-  
selben Momente bedingen, daß in immer höherem Maße ungeculte  
Arbeiter, Frauen und Kinder, verwendet werden. Schließlich kommt  
in Betracht, daß durch die Vermehrung des Mittelstandes und der  
selbständigen Existenzen immer mehr rüstständige, ungeschulte, un-  
organisierte Massen auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Aber mindestens  
ebenso groß wie die Bedeutung der Gewerkschaften als eine Bewegung  
für die Herbeiführung von Arbeitsbedingungen, welche der Arbeiter-  
klasse eine einigermaßen kulturelle Lebenshaltung ermöglichen, ebenso  
groß, wenn nicht noch größer ist die Wirksamkeit, welche die Ge-  
werkschaften dadurch entfalten, daß sie die Proletarier organi-  
sieren, aufklären und dem Klassenkampf zuführen. Da-  
durch arbeiten allerdings die Gewerkschaften sehr wesentlich  
der Socialisierung der Gesellschaft vor, aber nicht in dem Sinne,  
daß sie schon innerhalb der heutigen Gesellschaft socialistische Ein-  
richtungen erzeugen, sondern in dem Sinne, daß sie uns Kampfer  
erzeugen, welche die socialistische Gesellschaft einführen können.  
(Sehr richtig!)

Auch das Genossenschaftswesen hat David als Beweis  
dafür angeführt, daß die Arbeiterklasse nicht in erster Linie  
die politische Macht zu erobern habe, sondern vielmehr  
schon innerhalb der heutigen Gesellschaft auf wirtschaftlichem Gebiete  
mit der allmählichen Socialisierung vorgehen solle. David hat sich  
ganz wesentlich auf die Genossenschaften in Belgien berufen, die  
nach Vandervelde bereits ein kollektivistisches Embryo darstellen. Ja,  
in gewissem Sinne sind auch die Aktiengesellschaften Embryonen des  
kollektivistischen Princips, aber man muß doch festhalten,  
daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft alle diese Ein-  
richtungen nur Ansätze darstellen und die materiellen Vor-  
bedingungen erzeugen, welche eine Socialisierung ermöglichen, daß  
aber die kapitalistische Gesellschaft selbst die wichtigsten Bedingungen  
vorenthält, welche die Socialisierung dieser Einrichtungen zur Wirk-  
lichkeit machen. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unterliegen  
auch die Genossenschaften den Gesetzen der kapitalistischen Produktion;  
die in ihnen angestellten Arbeiter müssen die Bedingungen der kapita-  
listischen Produktion respektieren, sie unterstehen der kapitalistischen  
Ausbeutung, wenn auch in geringerem Grade, oder abhängig sind sie  
doch. Und die Genossen in Belgien lassen ja ihre Genossenschaften auch  
nicht von dem Gesichtspunkt aus, daß sie bereits Ansätze zur  
Socialisierung sind. Die belgischen Genossenschaften unterscheiden  
sich durch ein ganz wesentliches Merkmal von denen in allen anderen  
Ländern, es sind in erster Linie Kampfbereitschaften der belgischen  
Arbeiterpartei. So heißt es zum Beispiel im Artikel 8  
des Statuts der belgischen Genossenschaft „Volkshaus“:  
„Brüder! Die Genossenschaft ist der Arbeiterpartei angegliedert.“  
Und Artikel 10 heißt: „Im Mitglied der Genossenschaft zu  
werden, muß man . . . das Programm der Arbeiterpartei  
anerkennen.“ Und auf dem Titel jedes Mitgliedsbuches steht aus-  
drücklich: „Das Volkshaus ist eine socialistische Genossenschaft, die  
Genossenschaftler anerkennen durch ihre Entroftung in die Bücher  
der Genossenschaft das Programm der Arbeiterpartei.“ Ueber diese

Auffassung kann auch insofern kein Zweifel sein, als Vandervelde  
in dem von David citierten Artikel in der „Neuen Zeit“  
weiter erklärt: „Mit einem Worte: alles, was er verdient,  
kommt von der Partei; alles, was er ausgiebt — ausgenommen  
Wette, Steuern und kleine Einkünfte unter der Hand — geht zur  
Partei; alles was er thut, von der täglichen Arbeit bis zur Brotpa-  
ganda am Sonntag, geschieht für die Partei. Auf diese Weise bildet  
sich in jedem unserer industriellen Centren ein Milieu, das dem Ein-  
fluß der kapitalistischen Umgebung fast vollständig entzogen ist, und  
innerhalb desselben eine Gruppe von Vorkämpfern bis auf Marx  
vom Socialismus durchdrängt.“ Ja, wenn wir in Deutsch-  
land die materiellen, die geistlichen, die politischen Vor-  
bedingungen haben könnten für Genossenschaften wie in  
Belgien, die das materielle Rückgrat des gesamten poli-  
tischen und gewerkschaftlichen Arbeiterkampfes bilden, dann wäre  
ich die erste, die dafür wäre, daß wir solche Genossenschaften von  
Partei aus als Organe des kämpfenden Proletariats gründen. Es  
wäre mir viel lieber, wenn die Mittel unserer Partei durch solche  
Genossenschaften aufgebracht würden, als daß sie zum großen Teil  
dadurch aufgebracht werden, daß man bei unserer Presse in erster  
Linie den berühmten Miquel'schen socialistischen Standpunkt in den  
Vordergrund stellt. Ich beziehe das nicht nur auf unsere Tages-  
literatur, sondern auch auf unsere Broschüren und Unterhaltungs-  
literatur. Es wäre sonst ganz unmöglich, daß solche niederrückigen  
Erzeugnisse wie die „Töchter des Südens“ in einem Parteiverlag  
erscheinen können. (Zustimmung.)

Ich erinnere mich. Im Gegensatz zu Vernstein und David be-  
trachten wir alle jene Reformer, die wir durch Gewerkschaften, durch  
die Gesetzgebung und Genossenschaften erreichen können, wohl  
als wertvoll, aber sie können nicht unser Haupt-  
ziel darstellen. Wir erstreben diese Reformen als Mittel, die  
Kampffähigkeit des Proletariats zu erhöhen. Es kommt auch nicht  
nur darauf an, wie wir diese Reformen bewerten, sondern auch wie  
wir sie erreichen sollen. Sollen wir für diese Reformen kämpfen  
als selbständige Klassenpartei oder als eine Partei der demokratischen  
Zusammensetzung? Vernstein hat das nicht klar ausgesprochen, aber aus  
seinen Ausführungen und aus den Bestimmungen, die ihm hin und  
wieder zu teil wurden, kann man sehr wohl schließen, daß  
es innerhalb der Socialdemokratie Elemente giebt, denen  
es angenehm wäre, wenn eine Politik der demokrati-  
schen Sammlung von Seiten der Socialdemokratie angegriffen  
würde. Ich brauche nicht erst zu sagen, daß schon das Fehlen  
einer wirklich starken bürgerlichen Demokratie in Deutschland dies  
unmöglich macht, mit nichts können wir uns nicht koalieren. Aber  
selbst wenn es möglich wäre, so würden wir durch eine solche  
Politik zu einer Abschwächung unseres Klassenstandpunktes ge-  
zwungen, zu einer Abschwächung aller derjenigen Momente, die uns  
von den bürgerlichen Reformatoren und Demokraten trennen. Und  
dies Moment ist gerade die Betonung unseres Endziels, die Betonung  
der Eroberung der politischen Macht zur Socialisierung der Gesell-  
schaft. Wenn wir die Anschauungen Vernsteins zurückweisen, so ge-  
schieht es wahrhaftig nicht, weil uns ein Dogma heilig ist, weil wir  
jede Kritik als ein Attentat ansehen, sondern weil seine Kritik vor den  
Thatsachen nicht besteht. Gätte Vernstein gesagt, auf dem Gebiet der  
Reformarbeit thut ihr nicht genug, ihr müßt mehr thun, so hätte  
niemand diese Kritik zurückgewiesen. Wohl aber weisen wir die  
Anforderung zurück, diese Reformen schon zu betreiben als einen  
Uebergang zur Socialisierung der Gesellschaft und das Schwer-  
gewicht unserer Thätigkeit zu verschieben von dem Kampfe um die  
Eroberung der politischen Macht auf das Gebiet der heutigen Tages-  
arbeit. Gewiß, die Reformarbeit ist nötig, sie drängt sich uns auf  
Schritt und Tritt von selbst auf. Würden wir uns unter die Massen be-  
geben, lediglich um sie zu uns heranzuziehen, wir wären nicht viel besser  
als Bauernsänger. Rein, wir treten für diese Reformen ein, nicht  
nur um die Massen zu gewinnen, sondern vor allem, um sie zu  
heben. Mit Sklaven, die ihre Ketten brechen, kann wohl ein  
augenblicklicher Putz gemacht, aber nicht eine neue Gesellschaft  
aufgebaut werden. Unser ganzes Reformwerk ist darauf ge-  
richtet, die Arbeiterklasse in wirtschaftlicher, geistiger und sittlicher  
Beziehung auf eine höhere Stufe zu heben. Alles Reformwerk  
genügt uns nicht, und wenn Genosse Adler sagt, wir müssen jeden  
Augenblick mit aller Energie für die Gegenwartsforderungen wirken,  
als ob es sich um die Erreichung des Endziels handelte, so unter-  
schreibe ich diesen Satz mit beiden Händen. (Heiterkeit.) Aber ich  
füge noch hinzu: Berühren wir über diese Abschlagszahlungen nicht  
unser Hauptziel aus den Augen, lären wir das Proletariat auf,  
organisieren wir es mit einer Ueberzeugungstreue, mit einer Be-  
geisterung, als ob die Verwirklichung unseres Endziels schon morgen  
möglich wäre. (Stürmischer Beifall.)

#### Lesche-Klona.

Es ist schwierig, nach der zweitägigen Debatte noch neue  
Gesichtspunkte aufzuführen. Ich könnte also aufs Wort verzichten,  
wenn ich nicht glaube, daß diese Verhandlungen ein Spiegel-  
bild der Stimmung der Delegierten geben solle. Deshalb einige  
Bemerkungen.

Genosse David hat nach meiner Ansicht Vernstein sehr glücklich  
interpretiert. Ich muß mich daher mit ihm abfinden. David begann  
damit, uns einen bestimmten Begriff über den Socialismus beizubringen.  
Er versteht darunter eine Produktionsweise, die jede  
Aneignung von Mehrwert ausschließt. Diese Definition ist nicht  
richtig, aber sie ist nicht so präcis, wie die unseres Programms.  
Dort ist nämlich nicht nur von der Vergeßlichkeit der Pro-  
duktionsmittel, sondern auch von der Ausschöpfung der Waren-  
produktion die Rede. Ueber diesen Punkt sagt auch Vernstein  
nichts! Auch seine Definition des Socialismus ist nicht unrichtig,  
aber unzulänglich. Aus dieser Auffassung des Socialismus resultiert  
dann der Gedanke, die Expropriation des Eigentums durch all-  
mähliche Ausschöpfung zu vollziehen, die Profitrate des Kapitalisten  
so zu bekämpfen, daß nichts mehr übrig bleibt. Ich halte das für  
ganz unmöglich. Gätten wir dazu die Macht, dann haben wir auch  
die Macht, die Produktionsmittel sofort in gesellschaftliches Eigentum zu  
verwandeln. Angenommen, die langsame Ausbeutung der Profitrate wäre  
möglich, dann würde damit den Kapitalisten die Lust an der Pro-  
duktion verborben, und eine Stagnation der Produktion würde ein-  
treten, wenn nicht inzwischen die Konsumvereine auf den Markt  
treten und die Produktion übernehmen.

David erweist meines Erachtens den Konsumvereinen keinen  
Dienst, wenn er ihnen die Aufgabe stellt, die Ablösung der gegen-  
wärtigen Produktionsweise durchzuführen. Ich schätze den Wert der  
Konsumvereine als Mittel zur Hebung der gegenwärtigen Lage  
der Arbeiterklasse nicht gering ein. Aber durch derartige  
Kampferungen, wie sie David gethan hat, wird die Antipathie gegen  
die Konsumvereine, die in manchen Kreisen herrscht, noch mehr  
herbeigeführt. Außerdem wird dadurch Material zu gesetz-  
geberischem Vorgehen gegen die Konsumvereine geliefert. Der Wert  
der Konsumvereine besteht zweifellos in der Stärkung der  
Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Kampfe, natürlich nur bei guter  
Organisation und Leitung. Deshalb bin ich gegen den Antrag  
Wollenbuhr-Stadthagen. Der vierte Absatz der Wevelschen Resolution  
ist ganz glücklich. Nach dem Amendement Wollenbuhr aber sollen  
wir die Neutralität so weit treiben, daß man nicht einmal ein Urteil  
über Konsumvereine abgeben soll. So neutral waren wir doch auf  
dem Berliner Parteitag nicht! (Sehr gut!) David hat Bebel ganz  
faßlich verstanden, wenn er sagt, Bebel hätte den Gewerkschaften  
keinen Dienst erwiesen, als er darauf aufmerksam machte, welcher  
Widerstand den Gewerkschaften in den Unternehmer-Veränden er-  
wächst. Erstens wissen das die Gewerkschaften selber. Dann aber  
wird durch die Behauptung, die Gewerkschaften könnten den Kapita-  
lismus ablösen, die Gegenüberung hervorgerufen, die die organi-  
sierten Arbeiter warnen soll, und sie vor Illusionen bewahren will.  
(Sehr richtig!)

Die Verelendungstheorie ist von den Arbeitern niemals in dem  
Sinne der physischen und absoluten Verelendung verstanden worden,  
den ihr einzelne Theoretiker beigelegt haben. Der Satz  
im Marx'schen „Kapital“ darüber hat nur relative Bedeutung.  
Auch ist nicht zu vergessen, daß die Anforderungen des Staates  
der Gesellschaft, der Kultur beständig wachsen, so daß der einzelne

Arbeiter, selbst wenn er einen höheren Lohn erhält, knapper haus-  
halten muß als früher. Daß Wollmann behauptet, Marx hätte  
unter den Klassenkämpfen wirtschaftliche Kämpfe verstanden, ist mir  
etwas Neues; ich bitte um Angabe der Stelle. Die Eroberung der  
politischen Macht ist mir nach wie vor die Hauptaufgabe unserer  
Partei. Wenn es uns nicht gelingt, die Machtmittel des Staates  
zu benutzen, dann wird es uns überhaupt nicht gelingen, unser Ziel  
zu verwirklichen.

Nun noch einige allgemeine Bemerkungen. Es wird so viel mit  
Widersprüchen in Marx und Engels operiert. Derartige Widersprüche  
sind nur dann zu entdecken, wenn man jedes dialektische Denken ver-  
kennt oder nicht gekannt hat. Nur einseitige Denkleisterei verfehlt nicht  
diese Widersprüche aufzulösen. Man muß Marx und Engels richtig zu  
lesen verstehen, sich in ihren Gedankengang versetzen. Das ist eine  
mühselige, aber eine lohnende Aufgabe. Vernstein hat offenbar  
einen theoretischen Rückschritt von einem Anhänger der materialisti-  
schen Geschichtsauffassung zum Ideologen gemacht. Durch sein  
ganzes Buch ziehen sich ethische Gedanken. Von der geschichtlichen  
Notwendigkeit steht kein Wort im Buche. Wenn zum erstenmale in  
der Geschichte das Princip der Gerechtigkeit mit der geschichtlichen  
Notwendigkeit zusammenfällt, um so besser! Ich bitte um Annahme  
der Wevelschen Resolution. (Bravo!)

#### Stolle-Gesau:

Nach meiner Ansicht ist es Vernstein nicht gelungen, den Beweis  
zu erbringen, daß die Auffassung von Marx nicht richtig ist. Wenn  
der alte Genosse in London sagt, es sei ihm ein Bedürfnis, mit  
Jerrum nachzuweisen, Vernstein hat sich auf die sächsischen Einkommen-  
steuer-Statistik berufen. Bebel hat darüber das Richtige bereits ge-  
sagt. Ich will mir hinzufügen, daß das Ergebnis der sächsischen  
Einkommensteuer zwar nach unten hin sehr treffend ist, nach oben aber  
unzutreffend. Die reichen Einkommen werden nicht richtig getroffen.  
Aus eigener Erfahrung kann ich konstatieren, daß die höheren Cen-  
siten nicht zu treffen sind; trotz aller Gewissenhaftigkeit der Ein-  
schätzungskommissionen ist es nicht möglich, das in auswärtigen  
Papieren angelegte Kapital der sächsischen Censiten zu treffen. Wäre  
das möglich, dann würde das Einkommen nach unten hin sich auf  
einer prozentual weit niedrigeren Stufe bewegen. Bebel hat das  
ja des Näheren bewiesen, und im Gegensatz zu Vernstein ist es  
richtig, daß die großen Vermögen weit stärker zunehmen.

Vernstein sagt weiter, es sei nicht richtig, daß der Großbetrieb  
die Kleinbetriebe auffauge, umgekehrt könne er sich zum Teil nur  
mühsam neben diesen halten. Der große Schulplan, wie mühsam  
der sich neben dem kleinen Bildhauer halten muß! In der  
sächsischen Wirkindustrie gab es noch zu Anfang der 70er Jahre  
33 000 selbständige Besitzer des Arbeitsinstruments, der Hand-  
stühle; Ende der 80er Jahre waren davon bereits 11 000  
enteignet und zehn Jahre später gab es nur noch  
3000 selbständige Besitzer des Arbeitsinstruments, da an Stelle der  
Handstühle 12 000 mechanische Stühle im Besitz von Fabrikanten sich  
befanden. In der im westlichen Sachsen blühenden Tuchmacherei  
befanden sich in den Städten Krimmitschau und Berdau zu Ende  
der sechziger Jahre je eine Tuchmacherei mit 1500 selbständigen  
Meistern. Es bedurfte nur eines Jahrzehnts, und an Stelle dieser  
1500 Meister trat die Großindustrie, und aus ihnen wurden Fabrik-  
proletarier. Heute befindet sich nicht ein einziger Kleinmeister in der  
Tuchmacherei mehr in Krimmitschau und Berdau. Das Kapital hat  
die Arbeitsinstrumente wertlos gemacht.

Diese beiden Beispiele beweisen klar, daß der Satz unseres  
Programms volle Geltung hat: Die ökonomische Entwicklung der  
bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang  
der Kleinbetriebe. Und noch weit zwingender wird die Richtigkeit  
dieses Satzes bewiesen durch die Entwicklung im Bergbaubetriebe.

In einem ganz wunderbaren Jerrum befindet sich Vernstein mit  
seiner Auffassung in der kolonialen Frage. Er nimmt das  
Recht zur Eroberung des Besitzes der Wilden in Anspruch, weil wir  
eine bessere Wirtschaftsweise hätten. Denselben Rechtstitel könnten  
dann die Großagrarier für sich in Anspruch nehmen, wenn sie den  
Grund und Boden den Bauern nehmen, weil sie höhere  
Erträge herauswirtschaften können. Eine solche Auffassung wider-  
spricht unserem ganzen Rechtsstandpunkte, sie streift ans Faustrecht.

Noch mehr erlaube ich über die David'sche Verteilung  
Vernsteins in der Agrarfrage. Es ist richtig, daß in gewissen  
Provinzen unter Umständen der Kleinbetrieb höhere Erträge bringt  
als der Großbetrieb, in Rheinland und Sachsen mit der dichten Be-  
völkerung und leichtem, direktem Absatz der Produkte und bei einer  
Ausbeutung der Arbeitskraft dieser Kleinbesitzer; anders  
im Osten, wo die Produkte meilenweit verladen werden  
müssen und der Großbesitz an den Massenfracht-Tarifen  
profitiert. Als ich die Behauptung Davids hörte, sagte ich mir:  
Er, wie wird den Klein- und Kleinrentnern das Herz im Leibe lachen!  
man wird ihnen ja von uns bestätigt, daß es ihnen schlecht geht!  
Rein, bei richtiger Bewirtschaftung ist der Großbetrieb rentabler als  
die Partikulärvirtschaft; daß das in Wirklichkeit nicht der Fall  
ist, liegt an der Lebens- und Wirtschaftsweise der Großgrundbesitzer.

Der bisherige prinzipielle Standpunkt der Partei hat sie groß  
gemacht, sie den mächtigsten Staatstamm überwinden lassen, von  
Sieg zu Sieg geführt. Will man von dieser bewährten Taktik ab-  
weichen — ich mache dies Experiment nicht mit, behalten Sie  
unser Programm, es wird uns weiter zum Sieg führen. (Beifall.)

#### Rosenow-Dornum:

Gestatten Sie mir, zu den theoretischen Ausführungen in der  
Debatte einige praktische Beispiele vorzuführen. Zunächst noch einige  
Worte an David, der in der Verkürzung der Arbeitszeit eine Ein-  
schränkung des kapitalistischen Eigentums erblickt. Dabei übersieht  
er ganz, wie dieser Anschauung die technische Entwicklung entgegen-  
steht. Was ihm durch Verkürzung der Arbeitszeit verloren geht,  
sucht er durch Vervollständigung der Produktionsmittel  
zu ersetzen, um so denselben Profit wie früher zu erzielen. Wenn  
David mit solchen Scherzen kommt, so fühlt man sich allerdings  
auch versucht, zu scherzen und zu sagen, daß der Soliath Kapitalismus  
sich nicht zu fürchten braucht, so lange unser David mit einer solchen  
Schleuder antritt. (Heiterkeit.) Man sagt, die Lage der Arbeiter  
habe sich verbessert. Wie unrichtig das ist, dafür nur ein Beispiel:  
Im Kohlenrevier sind infolge des guten Geschäftsjahres die Löhne  
der Arbeiter, wenn auch nicht erheblich, gestiegen, aber der ganze  
Vorteil des Proletariats ist hängen geblieben an den Warräften des  
Proletariats, an den Händen des Kleinbürgertums. Die Erhöhung der  
Wohnungsmiete und der Nahrungsmittelpreise im ganzen Gebiet steht  
in gar keinem Verhältnis zu den Lohnbesserungen. Es giebt in Dorn-  
mund sogar große Geschäfte, die an den Zahltagen der „Union“ und der  
großen Werte, also an den Tagen, wo die Arbeiterfrauen ihre Ein-  
käufe besorgen, weit höhere Preise haben als sonst. (Hört! hört!)

Man dieser Thatsache gegenüber noch in der Lage, von einer  
Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter infolge der Lohn-  
erhöhungen zu sprechen?

Was die Konzentration der Betriebe betrifft, so  
ist hier thatsächlich ein viel rapideres Fortschreiten zu verzeichnen, als  
es nach der Statistik scheint. Es gewinnt fast den Anschein,  
als ob die Veranlasser der Statistik unter dem Einfluß unserer lang-  
jährigen Behauptungen gestanden haben und als ob sie fürchten,  
durch die Veruns- und Gewerbebehörden könne die Thatsache der  
Aussaugung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb zu Tage  
treten und insoweit zu einem besonders feinen Mittel ge-  
griffen hätten, um diese Behauptung der socialistischen Behauptungen  
nicht klar in die Erscheinung treten zu lassen. In der Statistik  
sind Betriebe als selbständig aufgeführt, die es thatsächlich nicht sind.  
So giebt es z. B. in der Nähe von Dornum Bauern, die an-  
scheinend keine selbständige Ackerbauern sind, thatsächlich aber mit  
ihren Pferden für die großen Werke fahren, also nur besser  
gestellte Lohnarbeiter sind, sich in vollständiger Abhängigkeit von  
den Werken befinden und zu Grunde gehen, wenn die großen  
Werke ihre Fuhrn durch andere besorgen lassen, denn von  
den Erträgen der Landwirtschaft können sie nicht leben.  
Dies zeigt klar das rasche Fortschreiten der Konzentration der Pro-  
duktionsmittel. Und wie anders noch ist das in der Industrie und  
besonders in der Kohlenindustrie! Der Kauf der Kohlenzehen

durch die großen Werke geht beständig vor sich; in Wirklichkeit befindet sich schon jetzt der größte Teil der Kräfte in den Händen des Kohlenindustriellen. So geht die ganze Forderung thatsächlich viel rascher vor sich als man gemeinhin annimmt. Die zahlreichen Handwerksmeister in der Spielwarenindustrie des Erzgebirges, die als selbständige Existenzen geführt werden, können sich nur dadurch aufrecht erhalten, daß sie ihre Familienmitglieder bis auf drei- und vierjährige Kinder ausbeuten.

Für viele Genossen sind die Konsumvereine das Ideal, ja Woltmann hat förmlich den Tag herbeigesehnt, an dem sie eine fundamentale Waffe im Klassenkampf werden. Wenn sie das wirklich werden, dann hat der Klassenkampf aufgehört zu sein. (Zustimmung.) Gewiß, die großen Konsumvereine in Sachsen haben sich großartig entwickelt, aber ihnen standen große Kapitalien zur Verfügung, als wir sie in unsere Hände bekamen. Aber wenn wir heute die Konsumvereine zu einer fundamentalen Waffe im Klassenkampf machen wollen, dann würden sie sich so entwickeln wie in den Weberdörfern des Erzgebirges, und wie es auch dem Konsumverein gehen will, den Kagenstein, wie er mir sagte, in Mannheim begründet will, ohne Geld begründen. So wird es auch im Erzgebirge gemacht. Nachdem sich die Leute den Tag über von den Kapitalisten haben ausbeuten lassen, stellen sie sich abends in den Laden und treiben da Selbstausbeutung. Fordern wir zu diesem Zwecke immer die vergrößerte Arbeitszeit? Und bei der Weiterentwicklung, wenn sie sich einen Zogerhalter halten können, dann treten die Konsumvereinsmitglieder als Arbeitgeber auf und finden unerschöpfte Forderungen, die in jeder Arbeiterverammlung ganz selbstverständlich sind, dann kommen die häßlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Konsumvereinsmitgliedern als Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und vor allem die häßlichen Dividendenstreitigkeiten. (Sehr richtig!) Und was wird schließlich in diesen Konsumvereinen erreicht? Wenn wirklich 10 oder 12 Proz. Dividende herauskommen, dann muß eine Arbeiterfrau ihren ganzen Bedarf bis auf den letzten Schuhnagel dem Konsumverein entnehmen, um zu Weihnachten eine Dividende von vielleicht 75 M. zu haben. Benutzt der Klassenkampf die Konsumvereine als „fundamentale Waffe“, so treibt er Selbstmord; denn es würde zu einer Verflachung unserer Bestrebungen führen, und das liegt wahrlich nicht in unserem Interesse. (Beifall.)

**Singer** macht die Redner darauf aufmerksam, daß sie zwar das Recht haben, eine halbe Stunde zu reden, aber nicht die Pflicht. (Heiterkeit.)

#### Peus' Dejan:

**Parteilosen!** Nach der Rede Webels hatte ich den Eindruck, Bernstein müsse nichts als ein Konfusionsrat allerersten Ranges sein. Schon dies Ergebnis ist für mich ein Beweis, daß die Webelsche Kritik Bernstein nicht gerecht wird. Irgend etwas Verständliches muß ein Mann wie Bernstein wollen. Auch Webel ist nicht der Idiot, als welcher ihn Kautsky gestern — indirekt hingestellt hat.

**Singer** weder direkt noch indirekt hat Kautsky Webel einen Idioten genannt.

**Peus** (fortfahrend): Kautsky hat gestern den einen Idioten genannt, der für das Jahr 1898 die Revolution erwartete wollte. Webel aber hat im Jahre 1891 auf dem Parteitage gesagt:

„Ich mache kein Hehl daraus, ich habe mich riesig gefreut, als kürzlich mein Freund Friedrich Engels in seinem bekannten Briefe im „Socialist“, den auch unsere Presse veröffentlichte, einen „Umschwung der Dinge von Grund aus“ gegen das Jahr 1898 in Aussicht stellte. Völlig glaubte darüber spötteln zu können, ich dagegen schrieb Engels: „Alter, Du und ich, wir sind die einzigen Jungen in unserer Partei.“

Und kurz vorher sagte Webel:

„Es giebt heute zahlreiche denkende Konservative, die es ganz offen in ihren Büchern und Reden aussprechen: „Gibt Licht, die Revolution kommt, die Katastrophe steht vor der Thür (Zustimmung).“ Und da will man mir einen Vorwurf daraus machen und es mir verdenken, wenn ich die gleichen Gedanken an ausgespreche, weil das unsere Genossen aufrege, bei ihnen Hoffnungen erwecke und sie ungeduldig mache?“ (Lurche.)

Diese Auffassung ist nicht wunderbar, Webel stand eben damals noch auf einem Standpunkte, den er jetzt selber ablehnt. Wir haben seit 1891 eine große Entwicklung durchgemacht. Völlig lag man 1891 durchschlafen, heute wird thatsächlich seine Taktik in der ganzen Partei geißelt. Heute hat Völlmar eine Situation wie 1891 nicht mehr zu fürchten. Rosa Luxemburg hat monatelang auf Spaltung und Herauskehrung der opportunistischen Elemente gearbeitet. Sie ist allerdings mit dem Eierkorb, aus welchem sie uns die revolutionären Eier ins Nest legen wollte, mehrmals gestolpert! (Heiterkeit und Lurche.) Wie nahm trat sie gestern auf! Das hat seinen Grund. Wir haben uns geändert, wir sind seit 1890 eine Macht, eine verantwortungsbolle Partei geworden. Wir haben dem praktischen Bedürfnis der hinter uns stehenden Millionen Rechnung zu tragen. Neue Anschauungen mußten auftreten, nicht solche, die mit der Vergangenheit brechen, sondern sie noch reifer und konsequenter entwickelten. Bernsteins Absicht ist höhere Bewertung der Gegenwartsarbeit, Erachtung derselben als Mittel zum organischen Aufbau der sozialistischen Zukunft. Die praktische Arbeit wollen wir ja alle, wirft man ein. Redner citiert eine diesbezügliche Äußerung Webels vom Parteitage zu Halle, wonach neun Zehntel unserer ganzen bisherigen Agitation auf die Erbringung augenblicklicher Verbesserungen gerichtet sei und wir gerade dadurch unseren ungeheuren Anhang hätten. Völlmar habe 1891 darüber gesagt, daß gegenüber unserer Auffassung vom allmählichen Hineinwachsen in die neue Gesellschaft, ein Begriff, welchen damals bekanntlich Liebknecht prägte, immer wieder plötzlich Erklärungen kämen, welche die Arbeit für die unmittelbaren Ziele als so gut wie wertlos erscheinen lassen. Webel sagte damals: „Der Staat der herrschenden Klassen wird sich niemals zu mehr als unbedeutenden Konzessionen herbeilassen.“ Nun, Parteigenossen, dann paden wir doch ein, wenn wir ihr dazu niemals zwingen können. „Es sei leicht möglich, daß wir die ganze sozialistische Gesellschaft verwirklicht haben, sagte Webel damals auch, ehe eine von diesen an den heutigen Staat gerichteten Forderungen erfüllt ist.“ Das ist falsch, grundfalsch. Was heißt heutige Gesellschaft, heutiger Staat? Die heutige Gesellschaft bleibt nicht. Der heutige Staat wird nicht derselbe nach einer Reihe von Jahren sein. Zur bestehenden Gesellschaft gehören wir auch und wir werden umfomehr ihren Charakter bestimmen, je mächtiger wir werden. Die richtige Bewertung der Gegenwartsarbeit hängt von ihrem Verhältnis zum Endziel ab. Wie man es falsch auffassen kann, das lehrt uns Genossin Luxemburg. Zunächst ein Wort über ihren Ton. Sie hat sich ja gestern sehr gemäßig. Aber gleichwohl kamen die Worte faheln, Schablonen, Phrasen, Ignoranten und Utopisten vor. Das heißt nicht sachlich widerlegen, sondern beschimpfen. (Große Lurche.) Sodann liebt die Genossin es, ganz oberfaule Wiße zu machen. (Reb. Widerspruch!) (Sehr richtig!)

**Singer**: Ich ersuche den Redner in seiner Kritik der Vorredner nicht so weit zu gehen, daß er Ausdrücke, die von hier aus nicht demängelt sind, weil wir gewöhnt sind, dem Ausdruck der Meinungen den weitesten Spielraum zulassen, nicht in dieser Weise angreift.

**Peus**: Ich halte es für ungerecht, mich in dieser Weise zu beschränken, ich muß sagen können, wie solche Wiße der Würde der sachlichen Diskussion nicht entsprechen. Ob wäre solchen Wißen gegenüber eine ganz andere Reaktion angebracht als Heiterkeit. Eine Umwidmung des Eigentumsbegriffes, welche die Genossin Luxemburg für die Voraussetzung einer revolutionären Entwicklung erklärte, findet thatsächlich statt. Das kapitalistische Privateigentum der völlig freien Verfügung über die Produktionsmittel ist in fortwährender Umwidmung begriffen. Wir wollen Herren im Hause bleiben, scharren die Kapitalisten, sie fühlen, daß sie schon hinausgeworfen werden. Die Fabrikinspektoren, Vorkaufsträger der Arbeiterklasse, dem ohne deren Macht wären sie nicht da, sind den Herren äußerst unbenannt. Und von den Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen, die auch an der Arbeitsstelle wollen zu sagen haben, wollen sie erst recht nichts wissen. Auch das Staats- und

Gemeinde-Eigentum verdrängt das kapitalistische Privateigentum. Nur die Verlegenheit kann die Darlegung Davids von der Anshöhlung des kapitalistischen Privateigentums so mit einem kalten Blig abthun wollen wie die Genossin Luxemburg. Den Satz aufstellen, daß die Gewerkschaften das kapitalistische Privateigentum nicht ausshöhlen können, heißt der Gewerkschaft den Hals brechen, was glücklicherweise nicht mehr möglich ist. Sie ist kein Palliativmittel, sondern ein Stück organischer Aufbaues der sozialistischen Zukunft. Die Tarifgemeinschaft gehört auch dazu. Der „Vorwärts“ erklärte es auch für einen großen Fortschritt, daß die Berliner Maurer ähnliches wie die Buchdrucker erreichten, trotzdem einzelne Maurer dadurch von 65 auf 60 Pf. Stundenlohn sanken. Es ist aber ein ungeheurer Fortschritt, wenn der Arbeitsvertrag statt zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Unternehmer zwischen den beiderseitigen Organisationen abgeschlossen wird. Sehr bedauerlich sei es, daß Genossin Jettin die Arbeiterbeschäftigung und Fabrikinspektion bezüglich ihres inneren Charakters mit irgend welcher Hundepolizei-Verordnung verglichen habe, wo doch unsere Fraktion mit solcher ungeheurer Kraft für diese Dinge eintrete.

Auch zu den Konsumgenossenschaften werde eine immer günstigere Stellungnahme sich herausstellen. Vonderwede bezeichne die belgische Partei gerade bezüglich ihrer Genossenschaften als einen sozialistischen Embryo in der kapitalistischen Gesellschaft. Das Kapitel Vernsteins hierüber verdient besondere Beachtung. Die relative Verelendungstheorie ist die Aufgabe der Theorie überhaupt. Denn die relative Verelendung schließt die Möglichkeit der Abschaffung aus dieser in sich ein. Man sprach allerdings diesbezüglich zu uns, als wären wir Nationalliberale. Die Verelendungstheorie gewinnt erst Bedeutung durch ihren Zusammenhang mit der Katastrophentheorie. Wenn der Glaube an die Katastrophe die Voraussetzung für den Glauben an den Sieg des Sozialismus ist, so wird dadurch das Bedürfnis, die Verelendungstheorie als mit den Thatsachen in Uebereinstimmung zu finden, begreiflicher Weise stärker. Denn eine wachsende Verelendung macht eine wachsende Empörung, macht die gewaltsame Revolution oder auch den wirtschaftlichen allgemeinen Zusammenbruch begreiflich. Umgekehrt kann die organische Entwicklung des Sozialismus aus dem Kapitalismus, wie Vernstein sie betont, und Liebknecht durch das Hineinwachsen sich doch auch zu eigen gemacht hat, die Verelendungstheorie nicht gebrauchen, sie bedarf im Gegenteil der Invertheid auf die allmähliche, aber sichere Hebung der Arbeiterklasse. Der Angriff Vernsteins gegen die materialistische Geschichtsauffassung richtet sich nur gegen den Fatalismus, gegen die Anschauung, als ob irgend etwas von selber komme, wie sie vielfach in der Partei noch vertreten sei. Auch die Gedanken, welche Vernstein auf Grund seiner falschen Mittelstandstheorie erhebe, zielen auf eine Stärkung der Gegenwartsarbeit ab. Es werde von ihm darauf hingewiesen, daß eine Anzahl Arbeiter in bessere Lage gerieten und dadurch das revolutionäre, vom Interesse beherrschte Empfinden etwas einbüßten. Auch ein Köstke, der doch solche eigenartige Stellung und gegenüber hat, rechnet darauf, daß die Wahrnehmung der speziellen Berufsinteressen in den entwickelten Gewerkschaften das allgemeine Solidaritätsgefühl zerspre. Ich fürchte das nicht, aber etwas verlangsamt kann die Entwicklung dadurch allerdings werden. Auch der neue Mittelstand fühlt sich verhältnismäßig wohl und wird mehr aus Gerechtigkeitsempfinden zum Sozialismus kommen. (Lurche.) Das Verhältnis der Partei zu den bürgerlichen Parteien soll nicht irgendwie grundsätzlich anders werden. Aber wir brauchen doch nicht immer vor allem aus Hassemppfinden zu appellieren. Die bürgerlichen Parteien bestehen ebenso wenig aus „Hornlosen“, wie das Proletariat nicht aus „Vollkommenen“ (Webel: Wer hat denn das behauptet?) Auch sollen wir die Fähigkeit zu wissenschaftlicher Objektivität zugehen, denn wir beanspruchen sie ebenso für uns. Auch der Spott über die Gistik kann gemäßig werden, denn wir arbeiten selber mit ihr. Vernstein hat Verdienste, er hat bisher nicht allseitig feststehende Dinge zu festgelegten gemacht. Offene Thüren hat er eingelassen? Auch das ist oft nötig, da mancher neben der offenen Thür durch die Wand will. (Lurche.) Die Autoritäten sind erschüttert? Das schadet nichts, das bringt die Genossen zum Selbstdenken. Die ganze positive Gegenwartsarbeit, die wir ja doch alle thun, geschieht mit unendlicher größerer Begeisterung, sachlich begründeter, nicht traumhafter Begeisterung. Genosse Webel, wenn wir den organischen Zusammenhang aller unserer Gegenwartsarbeit mit dem Aufbau der sozialistischen Zukunft betonen. Die Resolution Webel wird ja angenommen werden. Cum grano salis kann sie jeder anerkennen. (Hört! hört!) Ich mache mir die Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen, klar, aber ich bestreite, daß mir dadurch die Begeisterung schwinde. Sehen Sie Bernsteins Bestrebungen von dieser Seite an, so werden Sie ihm trotz seiner zahlreichen Irrthümer, die ich gar nicht bestreiten, gerechter werden. Genossin Jettin betonte die Notwendigkeit des steten Hinweises auf das Endziel, ganz recht so, weisen wir immer und immer wieder den Zusammenhang unserer Gegenwartsarbeit mit dem Endziele auf, so werden wir gerade dadurch um so fester fortzuschreiten. (Zischen und Beifall.)

#### b. Ein:

Ich bin kein großer Theoretiker; als Praktiker habe ich Ihnen so viel zu sagen, daß ich in einer halben Stunde kaum fertig werden kann. Als in der Presse der Streit über den Opportunismus begann, dachte ich, mich geht das nichts an, da ich mich für einen Radikalen hielt; die Augen wurden mir aber geöffnet durch einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, worin diejenigen, deren Streben es ist, der Arbeiterklasse die wirtschaftliche Macht zu erkämpfen, die schlimmsten Opportunisten seien. Dann bin ich auch ein Opportunist, ich bin also mitbeteiligt.

Die historischen Auseinandersetzungen der Genossin Rosa Luxemburg über das Bestreben der aufsteigenden Klassen, die Eigentumsform umzuwidmen und vor allem auch mehr wirtschaftliche Macht zu erlangen, hätten sie, so hatte ich gemeint, logischerweise dazu führen müssen, auch von dem Proletariat das anzunehmen. Peus haben Sie vorhin unterbrochen, aber ich werde Ihnen den Beweis liefern, daß Rosa Luxemburg die gewerkschaftliche Bewegung sehr, sehr gering einschätzt. Mit Sympathie-Rundgebungen ist es nicht gethan; wenn die Gewerkschaften lauter solche gute Freunde hätten wie Rosa Luxemburg, dann könnten sie andrücken: Herr, behüte mich vor meinen Freunden! Sie läßt sie nur als ein vorzügliches Erziehungsmittel für den Klassenkampf gelten, der für sie nur in der politischen Bewegung selbst besteht. Das ist eine ganz veraltete Anschauung in der Partei; wenn die Gewerkschaften weiter nichts wären, könnten Sie es dann einem überzeugten Sozialdemokraten in der politischen Bewegung verdenken, wenn er sagt, ich bin gedrückt, erzo gen genug, ich brauche keine Erziehungsanstalt mehr. (Sehr gut!)

Rosa Luxemburg hat diese ihre Ansichten weiter ausgeführt in einer Broschüre, die den bemerkenswerten Titel führt: „Socialreform oder Revolution.“ Also sie sieht darin Gegenätze (Rosa Luxemburg ruft: Haben Sie das Wortwort gelesen?) In dieser Broschüre, die nichts weiter ist wie eine Zusammenfassung von Leitartikeln der „Leipziger Volkszeitung“, hat sie klar ausgesprochen, wie sie über die Gewerkschaften denkt. Sie erklärt sie nur für eine organisierte Defensive gegen das Bestreben des Kapitals, die Prostituten zu steigern. Sie nennt den gewerkschaftlichen Kampf eine „Sisyphusarbeit“. Wenn in einer derartigen Weise für die Gewerkschaften eingetreten“ wird, dann muß man sich nicht wundern, daß ein großer Teil der Arbeiter in die Gewerkschaften nicht eintritt; denn wenn sie nur in der Defensive sich befinden, so haben sie natürlich für die Erhöhung der Lebenshaltung gar keine Bedeutung. (Sehr wahr!) Nun, ich will Ihnen nicht mit dem gewaltigen Material aufwarten, das mir zur Verfügung steht. Aber weil ich anerkenne, daß der Geldlohn nicht der Reallohn ist, will ich Ihnen nur ganz kurz etwas über die Erhöhung der Lebenshaltung der englischen Arbeiter sagen, wie sie uns die Webbs vorkühren. Das Resultat dieser Hebung zeigt sich in einer außerordentlichen Steigerung des Volkskonsums. Der Konsum an

Weizen, der heute das Brot des englischen Arbeiters bildet, stieg von 1831/30 bis 1881/82, also in ca. 40—50 Jahren von 250 Pfd. per Kopf auf 384 Pfd., also um 37 Proz., der Fleischkonsum von 1868—1890, also in 22 Jahren, von 100,5 Pfd. per Kopf auf 124,5 Pfd., also um 25 Proz. Der Konsum von Zucker, die absolute Menge, verdreifachte, der von Reis vervielfachte sich, die konsumierten Mengen an Wein und Tabak verandert halbfachten sich, der Theekonsum ist mehr als dreimal so groß und so weiter, alles das bei einer um circa 50 Proz. gewachsenen Bevölkerung. Der Verbrauch von Baumwollwaren per Kopf vervierfachte sich von 1820 bis 1885. Die Arbeitszeit ist um 20 pCt. gefallen, der Achtstundentag läreitet in England immer weiter fort. Wahrscheinlich besitzen  $\frac{1}{2}$  Million englischer Arbeiter den Achtstundentag, davon erhielten circa 200 000 denselben in den letzten zehn Jahren, und eine andere große Zahl erhielt eine anderweitige Abklärung der Arbeitszeit.

Ja, Genossen, wenn das keine Erhöhung der Lebenshaltung bedeutet, dann bin ich geschlagen.

An einer anderen Stelle schildert Rosa Luxemburg die Gewerkschaften als reaktionäre Institutionen, sie müßten notwendigerweise technisch reaktionär sein, jede Aenderung an der Maschine grundsätzlich bekämpfen. Das kann wohl der Fall sein in Ausnahmefällen, in einzelnen Gewerkschaften, bei einer zurückgebliebenen Arbeiterchaft; das wird aber niemals der Fall sein, sobald die Arbeiterchaft durchtrankt ist mit modernen Ideen, und nicht nur in Deutschland haben wir damit zu rechnen. In Amerika ist die Seetrasmaschine eingeführt worden und es ist den organisierten Buchdruckern gar nicht eingefallen, sich gegen sie zu wehren, sondern im Gegenteil, sie suchten, wie es selbstverständlich ist, durch ihre starke gewerkschaftliche Organisation für sich Vorteile zu erkämpfen und setzten als Gegenmaß die Verklärung der Arbeitszeit durch. Die Wirkung war eine große Verbilligung der Produktion, Zeitungen und Bücher sind billiger, der Abtag ist gesüßter, und so hat auch eine größere Anzahl von Arbeitern, die anfangs brotlos geworden waren, wieder Beschäftigung bekommen.

Die Frage, ob wirtschaftliche Macht auch politische Macht bedeutet, ist doch wohl sehr leicht zu beantworten. Graf Poldadowsky hat bei der Verhandlung über das Zuchthausgesetz, um die irgerlichen Parteien dafür zu gewinnen, die Aenderung gethan: er habe aus England von einem der bedeutendsten Rationalistenkonomen gehört, daß es dort nicht mehr möglich sei, eine derartige Vorlage zu bringen, weil dort die Arbeiterorganisationen schon einen solchen Einfluß erlangt haben, daß weder Regierung noch Parlament es wagen könnten, sich mit einer solchen Vorlage zu beschäftigen. Was bedeutet denn das? Das bedeutet die Anerkennung der Macht der wirtschaftlichen Organisation, ihres politischen Einflusses.

Eine besondere Sympathie hat in mir erweckt der Wunsch Vernsteins nach einer höheren Wertschätzung der Gegenwartsarbeit. Die Wertschätzung der Gewerkschaften ist in der Partei lange nicht so vorhanden, wie es sein müßte. Gelegentlich sieht man da, wie man seiner Doktrin zu Liebe Behauptungen aufgestellt, die dann nicht zu beweisen sind. So wird in dem angeführten Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ von dem dänischen Kampf erklärt, daß die Arbeiter da mit Naturnotwendigkeit unterliegen müßten, und an demselben Tage siegen die Arbeiter — ein etwas großes Malheur der „Leipziger Volkszeitung“! (Heiterkeit.) Aber es passierte ihr ein noch größeres Ungescheh: sie sprach von der großen Macht der politischen Bewegung im Gegensatz zur gewerkschaftlichen und sagte, wenn die Arbeiter einmal das Wahlrecht haben, ist es ganz unmöglich, es ihnen zu nehmen; — das geschieht in Sachsen, wo die Arbeiter soeben erst entrecht wurden! (Heiterkeit.) Man begreift manchmal nicht, wie solche Artikel zu stande kommen! Auch Webel hat für die gewerkschaftliche Arbeit nicht immer die ihr zukommende Wertschätzung gehabt. In Köln erklärte er, wenn das Kapital gelassen ist, ist es mit der Gewerkschaftsbewegung vorbei; und gerade da gelangte in England der große Bergarbeiterausstand zum Siege!

Webel hat Vernstein zum Wortwurf gemacht, er nehme und die Kampfesschwierigkeit; eine Partei, der man immer die Schwierigkeiten vorhält, kann nicht siegen. Da meine ich denn doch, daß die Gewerkschaften als ein gleichberechtigter Faktor in der Arbeiterbewegung beanspruchen könnten, daß die Politiker ihnen nicht immer Schwierigkeiten machen, die im gegebenen Fall sehr wohl den Sieg der Arbeiter bereiten können. Die Grenze der Leistungsfähigkeit der Gewerkschaftsorganisation bestreiten wir Webel nicht, aber sie könnte weit hinausgerückt werden, wenn sie mehr gefördert und sich mehr entwickeln würden. Die dänischen Gewerkschaften sind uns mit gutem Beispiele vorangegangen, indem sie einen Bund begründet haben; ich bin überzeugt, das wird Nachahmung finden.

Ich habe Vernstein nicht so verstanden als ob er uns aufforderte, an das gute Herz der Kapitalisten zu appellieren. Wie ein roter Faden zieht sich durch sein ganzes Buch der Gedanke, die Arbeiter sollen mehr wirtschaftliche Macht erlangen; nun, damit braucht man nicht an das gute Herz zu appellieren, dann kann man, gestützt auf seine Macht, Forderungen stellen. (Beifall.)

Nun zu der Frage der Wirtschaftsgenossenschaften. Es ist gesagt worden, die Genossenschaften seien nicht Klassenkampf-Institutionen wie die Gewerkschaften. Als Träger des Klassenkampfes unter den heutigen Verhältnissen werde ich sie auch nicht darstellen. Wohl aber können die Wirtschaftsgenossenschaften dazu beitragen, den Klassenkampf zu fördern. (Zustimmung, Widerspruch.) Zahlen beweisen. Im Jahre 1898 zählten die englischen Wirtschaftsgenossenschaften 1 646 078 Mitglieder, und sie hatten einen Jahresumsatz von 62 287 058 Pfund und einen Gewinn von 7 165 758 Pfund. Das ergibt pro Kopf jährlich 4,35 Pfund, das sind 87 M. pro Jahr, also 1,70 M. pro Woche. Adler-Garburg hat gemeint, wo nicht starke Gewerkschaften vorhanden sind, müßten die Konsumvereine nicht. Er versteht leider von der Sache nichts. Gehe er doch nach Sachsen und erkundige sich bei unsern Konsumvereinen. Er wird erfahren, daß der Nutzen, den die Konsumvereine den Arbeitern bringen, durchaus nicht von den Fabrikanten in die Tasche gesteckt wird. (Sehr richtig!) Es ist ja auch gar nicht anders möglich. Alle Arbeiter gehören den Konsumvereinen nicht an, wie können da die Fabrikanten verschiedene Löhne zahlen. Frau Rosa Luxemburg sind die Genossenschaften sehr nebensächlich. Mit 1 M. 70 Pf. wöchentlich mehr ist der Arbeiter aber in der Lage, recht hohe Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, und das ist eine Stärkung der wirtschaftlichen Kampforganisationen. (Sehr richtig.) Auch hier ist das englische Beispiel maßgebend. Ganze Gruppen von Arbeitern haben, nur gestützt auf ihre Konsumvereine, monatelang gestreikt; sie hatten die Dividenden stehen lassen und bezogen im Streik Lebensmittel und Bargeld aus dem Konsumverein. Schon aus diesem Beispiel geht hervor, daß die Genossenschaften nicht so ganz unfruchtbar sind für die wirtschaftlichen Klassenkämpfe. (Sehr richtig!) Nach Rosa Luxemburg freilich sind die Wirtschaftsgenossenschaften nur „keine Produktions- und Austauschgruppen“, die „dem Wesen nach einen Rückgang von großkapitalistischer auf mittelalterliche Waarenwirtschaft voraussetzen“. Rosa Luxemburg hat von einer „Anshöhlung der Köpfe“ gesprochen. Leider ist eine traurige Thatsache, daß in der Partei Leute vorhanden sind, die über Dinge schreiben, die sie nicht kennen. (Sehr gut!) Da sieht man Bücher, macht sich eine Theorie zurecht, und dann werden alle Erscheinungen hineingepreßt. (Sehr richtig!) Auf: So gehts dem Vernstein! (Heiterkeit.) Ich beweise auf die „Englandreise“ der deutschen Konsumvereins-Vertreter und ihre Angaben. Der Großhändlerverein der englischen Konsumvereine hat mehrere Dampfer auf dem Meere, das größte Tschegelschiff der Welt, ein mächtiges Panzerschiff in Manchester mit 900 Millionen Umsatz, er hat die bedeutendsten Seifenfabriken in England und Schottland, er hat Seifenfabriken, Tabak-, Möbel-, Konserven-, Pöden-, Blumen- und Schürzenfabrik, Herren- und Knabenkonfektion zc. Das sind alles Fabriken nicht lokaler Natur. Er hat weiter eigene Bäckereien, Fleischerien, Tischler-, Schlosser- und Schmiedewerkstätten, eigene Storn- und Weizenmühlen.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Hannover, den 11. Oktober.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Auch Mollenhuth hat die Wirtschaftsgenossenschaften sehr einseitig beurteilt. Ich habe den Eindruck, durch seine einseitige Beschäftigung mit parlamentarischen Dingen hat er das Verständnis für die wirtschaftliche Bewegung mehr und mehr verloren...

Rosenow hat eingewendet, ohne Geld lasse sich die Sache nicht anfangen. Aber alle Konsumvereine sind entstanden ohne Kapital. Es ist falsch, wenn behauptet wird, Bernstein betrachte die Wirtschaftsgenossenschaften als Allheilmittel...

Frohme:

Ich habe zu den Ausführungen Bernsteins von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß so vieles darin auch der Kritik zu unterwerfen und nicht ohne weiteres anzuerkennen ist...

Ich habe auch bemerkt, daß einige unserer Genossen sich in recht bedauerlicher Weise haben beeinflussen lassen durch die Kritiken der gegnerischen Presse. Sobald bürgerliche Blätter ihre Weisheit von der inneren Vererbung und von der Umwandlung der Socialdemokratie in eine bürgerliche Reformpartei offenbaren...

Mit dem Verlauf der Debatte kann Bernstein sehr wohl zufrieden sein. Was man voraussetzte, ist nicht eingetreten, und namentlich Bebel, Kautsky und einige andere haben auf rein sachlichem Boden Bernstein zu widerlegen versucht...

Es ist gesagt, daß die Bernsteinische Schrift unter Umständen geeignet ist, die Arbeiter jaghaft und kopyischen zu machen. Ich glaube das nicht, aber ich würde das noch lange nicht für so bedeutend halten, als die von gewissen Leuten geübte Praxis, in der Arbeiterklasse trügerische Hoffnungen auf die nächste Zeit zu erwecken...

Rosenow hat sich nicht enthalten können, von einer Ueberhöhung des politischen Kampfes zu sprechen. Wenn ich auch glaube, daß man durch Gründung von Genossenschaften anerkannterwünschte Erfolge erzielen kann, so liegt doch die Entscheidung in der Hauptsache auf politischem Gebiet...

Frohme: Nun ja, andere haben sie ja auch überschritten. Nur noch eine Verantwortung gegen Frau Zeitlin. Sie sagte, Kautsky habe gemeint, daß wir die Kleinbetriebe nicht sofort expropriieren wollen. Ich erinnere daran, daß Kautsky wegen dieser Aeußerung jetzt von Ledebour in wahrlich nicht glimpflicher Weise angegriffen worden ist...

Ledebour: Frohme hat in die alte Kerbe gehauen, daß er uns der Hege-richterei bejährt. Ich kann beweisen, daß ich, wo ich über die Verfeinerung geschrieben habe, trotz der Schärfe meines Angriffs, mich ausdrücklich verwahrt, ihn persönlich anzugreifen zu wollen. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich es für grundverleher hielte, wollte der Parteitag sich zu einem Hegegericht etablieren und Verstein aus der Partei ausschließen...

gegen die politische Reaktion Vorstoß zu leisten. Ja, ich glaube es ist niemand unter uns, der diese Bemerkung nicht der ernstesten Erwägung für wert erachte, und in der That haben wir ja stets unsere ganze Taktik nach derartigen Erwägungen bemessen. Wo das Bürgerthum für den Kampf gegen die Reaktion in Betracht kam, waren wir dabei, und kein anderer als unser verdienter Genosse Bebel ist es ja, der dafür eingetreten ist...

Ich habe den Eindruck gewonnen — nicht von allen, und besonders nicht von Bebel, aber von anderen — daß der Streit mit Bernstein ihnen lediglich ein Vorwand gewesen ist, einmal mit der angeblichen opportunistischen Richtung in der Partei eine kleine Abrechnung zu halten. Frau Dr. Luxemburg hat es ja ganz offen ausgesprochen, daß es sich darum handelt, einer Richtung in der Partei entgegenzutreten, welche im Sinne Bernsteins wirkt. So sehr ich mich auch bemüht habe, eine opportunistische Richtung in der Partei zu finden, d. h. eine Richtung, die die Reizung hat, unsere Principien preis zu geben, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien abzuschließen...

Ich habe auch bemerkt, daß einige unserer Genossen sich in recht bedauerlicher Weise haben beeinflussen lassen durch die Kritiken der gegnerischen Presse. Sobald bürgerliche Blätter ihre Weisheit von der inneren Vererbung und von der Umwandlung der Socialdemokratie in eine bürgerliche Reformpartei offenbaren, da kamen Genossen, die den Anspruch darauf erheben, als vernünftige Menschen zu gelten und zu sagen: Nun muß eingegriffen werden, sonst ist die Partei verloren. Das ist ein Schauspiel, das für einen, der Jahre lang alle Kämpfe mitgekämpft hat, geradezu deprimierend wirkt...

Mit dem Verlauf der Debatte kann Bernstein sehr wohl zufrieden sein. Was man voraussetzte, ist nicht eingetreten, und namentlich Bebel, Kautsky und einige andere haben auf rein sachlichem Boden Bernstein zu widerlegen versucht. Ich gestehe offen, daß das gewaltige Material, das für und gegen vorliegt, für mich noch nicht ausreicht, um mir ein abschließendes Urtheil zu bilden. Aber wollte deshalb jemand behaupten, daß derjenige, der sich eben im Interesse der Sache noch kein abschließendes Urtheil gebildet hat, weniger wert sei für die Partei, als der, der ohne weiteres mit seinem Urtheil fertig ist...

Es ist gesagt, daß die Bernsteinische Schrift unter Umständen geeignet ist, die Arbeiter jaghaft und kopyischen zu machen. Ich glaube das nicht, aber ich würde das noch lange nicht für so bedeutend halten, als die von gewissen Leuten geübte Praxis, in der Arbeiterklasse trügerische Hoffnungen auf die nächste Zeit zu erwecken. Stellen wir uns doch auf den Boden der Wirklichkeit, seien wir wenigstens ehrlich gegen uns selbst. Die Massen, die uns bei den Wahlen folgen, wollen doch damit nicht für die Marx'sche Theorie demonstrieren. Nein, sie folgen uns aus dem innersten Empfinden heraus, daß sie es hier mit einer Partei zu thun haben, die es mit den Volksinteressen ehrlich meint...

Rosenow hat sich nicht enthalten können, von einer Ueberhöhung des politischen Kampfes zu sprechen. Wenn ich auch glaube, daß man durch Gründung von Genossenschaften anerkannterwünschte Erfolge erzielen kann, so liegt doch die Entscheidung in der Hauptsache auf politischem Gebiet. Die meisten Gedanken gehen wir ja auch in allen unseren Wahlflugblättern Ausdruck. Es liegt eigentlich keine von uns im Reichstage, der nicht auf Grund einer mehr oder minder belangreichen sogenannten Hegelei hineingekommen ist. (Heiterkeit.) Rosenow hat von parlamentarischen Kremlismus gesprochen. Nun, diesen Vorwurf wird die Fraktion leicht ertragen können, er wiegt gar nichts... (Stille des Präsidenten.)

Singer erinnert den Redner daran, daß die Redezeit überschritten ist. Frohme: Nun ja, andere haben sie ja auch überschritten. Nur noch eine Verantwortung gegen Frau Zeitlin. Sie sagte, Kautsky habe gemeint, daß wir die Kleinbetriebe nicht sofort expropriieren wollen. Ich erinnere daran, daß Kautsky wegen dieser Aeußerung jetzt von Ledebour in wahrlich nicht glimpflicher Weise angegriffen worden ist...

Ledebour: Frohme hat in die alte Kerbe gehauen, daß er uns der Hege-richterei bejährt. Ich kann beweisen, daß ich, wo ich über die Verfeinerung geschrieben habe, trotz der Schärfe meines Angriffs, mich ausdrücklich verwahrt, ihn persönlich anzugreifen zu wollen. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich es für grundverleher hielte, wollte der Parteitag sich zu einem Hegegericht etablieren und Verstein aus der Partei ausschließen. Wenn Bernstein mit seinen Anschauungen die Zugehörigkeit zur Partei vereinbaren zu können glaubt, so ist das ein Gewissensfrage, über die der Parteitag eines Urtheils sich zu enthalten hat. Das ist so vorurtheilslos wie nur irgend möglich, trotzdem ich wiederholte es. Bernstein Anschauungen zum Ausdruck gebracht hat, die...

Ledebour: Rosenow hat eine private Bemerkung von mir mitgeteilt; ich wünschte, er hätte sie richtig mitgeteilt. Ich habe nicht gesagt, daß Konsumgenossenschaften ohne jedes Kapital begründet werden können, sondern mit fremdem Kapital, aufgebaut auf die kleinen, langsam eingeführten Ersparnisse ihrer Mitglieder. Liebnicht: Es ist eine Stelle aus dem Anfang meiner Broschüre citirt worden, die durch den Wortlaut, den sie darin hat, im Sinne einstellt ist. Es heißt da: Es sind in der Partei Strömungen vorhanden, die, wenn es auch nicht ihr Zweck, doch die Ueberführung der socialdemokratischen Partei in das Lager der bürgerlichen Parteien zum Zweck haben möchten. Das ist natürlich ein Druckfehler, es muß heißen „zur Wirkung“. Ich habe den Satz in dieser Form auf den Wunsch von Freunden ausdrücklich geschrieben, weil man mir sagte, es als Zweck hinzustellen, sei persönlich beleidigend. Heine: Ledebour hat es für angemessen gehalten, bei Citirung einer Bemerkung in einem Artikel von mir in einem Satz dreimal das Wort „Anfang“ zu gebrauchen. Wenn ich dürfte, würde ich es eine faule Bemerkung nennen; aber das darf ich nicht, weil das früher einem Mitglied der Rosa Luxemburg gegenüber für unparlamentarisch erklärt wurde. (Heiterkeit.) Er hat mich einer...

wenn sie in der Partei Anhang finden, für die Partei verderblich werden müssen. Persönliche Bekämpfung und Bekämpfung der Ansichten sind etwas ganz anderes. Den guten Glauben Bernsteins, im Interesse der Partei zu handeln, habe ich nie bestritten; er irrt sich aber gründlich. Bebel hat seine Ansichten mindestens so scharf gebrandmarkt wie ich. Die Vermutung von der Hege-richterei hat David wahrscheinlich aus einem Artikel Heines in den „Socialistischen Monatsheften“ geschöpft, die auf dem Parteitag verteilt wurden. Darin ist auch von akademischer Ueberhebung die Rede (Heine ruft: Sehr richtig!) und das zielt auf mich, der ich 1894 sogar Karl Kautsky der Hege-richterei beschuldigt haben soll. Zwischen mir und Kautsky bestanden Meinungsverschiedenheiten über die praktische Durchführung der Expropriation; noch heute steht jeder von uns auf seinem Standpunkt, aber mit Hege-richterei hat das absolut nichts zu thun. Das ist absolut Unfug. Ein klassischer Zeuge dafür ist Kautsky selbst, der mir die Richtigkeit meiner Auffassung über diesen Artikel vorher in Wort für Wort bestätigte.

Als „Akademiker“ und „Theoretiker“ sucht man uns herabzusehen. Ich frage Sie, wo waren in dieser Verhandlung die Theoretiker? Ist es nicht David, der in vierstündiger Rede in die dreieckige Weiche sprang, die das schwere Geschütz Bebel's geschossen, David, dessen Mut ich übrigens voll anerkenne, der es nicht so gemacht hat, wie die anderen, die erst vorichtig um sich fühlten, ob sie auch die kompatible Majorität hinter sich haben? (Sehr wahr!) Wer nicht den Mut hat, mit festem Auge einer Niederlage entgegenzusehen, verdient es, niemals einen Sieg zu erringen. Darin unterscheiden sich David und Voltmann von den anderen, die früher Bernstein nicht scharf genug vertheidigen konnten. Und wer war der Praktiker? Hoyer, der das theoretisch geblümte Feld unpflegte, daß die schwarze Erdkrume zu Tage trat. (Beifall.) Hoyer's Rede war für mich die interessanteste auf dem Parteitag. (Zustimmung.) Er war ein helles Schlaglicht auf unsere agrarische Entwicklung. Er wußte keine Erklärung für den Widerspruch, daß der Ertrag wohl stetig zurückgeht, die Marktpreise aber steigen. Dieser Widerspruch erklärt sich darin, daß der Marktpreis der Güter sich nicht nur aus den Produktionskosten zusammensetzt, sondern auch noch der Affektionswert hinzutritt, das ist der Wertzuschlag, den jemand für ein Gut bezahlt, weil dieses ihm gewisse Annehmlichkeiten gewährt, die in Deutschland sehr hoch zu bewerten sind, weil die Regierung den Großgrundbesitz in jeder Weise vortheilhaft macht und der Vorkriegsstand in den Großgrundbesitz hineindrängt. So kommt es, daß, während der Produktionswert sinkt, der Gesamtwert steigt, weil der Affektionswert noch höher steigt. Auch hier zeigt sich die Dialektik: Die Regierung zerstört die Grundlage des Großgrundbesitzers, indem sie durch die Anwendung von Vortheilen die Güterpreise so in die Höhe treibt, daß der Gutsherr darauf kaputt gehen muß. (Zuruf: Das ist ganz neu!) In England ist das eine ganz alte Geschichte. (Zuruf: Es war ja ironisch gemeint!) — Heiterkeit.)

Ich bedauere, daß nicht die Praktiker zuerst das Wort genommen haben; dann hätten wir eine ersprießlichere Diskussion gehabt.

Die Resolution Bebel ist so gefaßt, daß sie sogar Pens unter-schreiben kann. Den Passiv von der Verletzung zu anderen Parteien können Anhänger und Gegner von Wahlbündnissen unterschreiben. Das ist, Genosse Bebel, einer der Differenzpunkte, die mich von Ihnen trennen. Sonst bin ich vollständig mit der Rede Bebel's einverstanden, sie war wirklich herzerfröhlich für mich. Wahlbündnisse mit anderen Parteien, z. B. in der Art wie es in Bayern geübt ist, halte ich für schädlich. (Bebel: Ich fordere ja die Bündnisse nicht!) Vollmar ist konsequenter, er ist sich der Tragweite des bairischen Vorgehens sehr klar bewußt; wir gehen voraus, und die Preußen, wenn sie überhaupt etwas erreichen wollen, müssen es eben so machen wie wir! (Bebel und Heine: Sehr richtig!) Es ist nicht richtig, daß die Bayern in einer Zwangslage waren. Ich wiederhole meinen Vorschlag: sie hätten eine allgemeine Verständigung mit den anderen Parteien über eine freiwillige proportionale Verteilung der Mandate treffen sollen, ähnlich wie es im Reichstage bei der Verlegung der Kommissionen geschieht. Lehnten die anderen Parteien den Vorschlag ab, dann wäre das eine außerordentliche Agitationswaffe gewesen. Diese Art der Wahlbündnisse ist beim Dreiklassenwahlsystem die notwendige Konsequenz der Wahlbeteiligung. (Sehr richtig!) Das sieht Vollmar vollkommen ein. Damit betreten wir einen gefährlichen Boden. Halten Sie es für einen Zufall, daß in den vorgeschrittenen Parteienorten der Widerstand gegen die Wahlbeteiligung ein so allgemeiner ist und sie gerade in den zurückgebliebenen Parteienorten ihre Anhängererschaft hat? Auch das ist in der materialistischen Gesellschaftsauffassung begründet. Hier einen Zwang auszuüben, heißt die Zuspanderbarkeit der Politik mißachten. Wenn Genossen den Wunsch haben, zu wählen, so mögen sie es auf ihre eigene Faust thun, aber der Zwang ist verderblich.

Das allergefährlichste Moment der Bernsteinerei liegt in der Flanerie, daß sie den Klassenkampfstoß in der Partei, den Stolz auf die erfochtenen Siege untergraben muß. Darauf arbeitet die ganze Bernsteinische Auffassung hin, indem sie die Anlehnung an die bürgerliche Gesellschaft empfiehlt mit dem Argument, daß diese mächtiger und gesunder sei als wir glauben, und vor allem das Proletariat reif genug sei. Das Proletariat nicht reif? In der ganzen kapitalistischen Kulturwelt steht es auf einem höheren Niveau als das Bürgerthum, jedenfalls in Bezug auf die politische Reife. (Stille des Präsidenten.) Aber ich muß noch weiter reden (Heiterkeit), die anderen haben auch die Zeit überschritten dürfen.

Singer: Ich bitte nicht anzunehmen, daß ein Redner ungerechter behandelt wird, als ein anderer.

Ledebour: Ich bin auch gleich fertig. Der Proletarier ist politisch reif, weil die gemeinsame Anlehnung in ihm den Gemeinsinn weckt, ihn zum Altruisten (für den Nebenmenschen zu sorgen) macht, der Kapitalismus den Unternehmern dagegen zum egoisten. Den Gemeinsinn würden wir schädigen durch irgend eine Rücksichtlosigkeit gegen die Bernsteinische Taktik, und deshalb bitte ich Sie dringend, alle solche Versuche, die später noch oft gemacht werden werden — denn die heutige Debatte wird im wesentlichen alles beim alten lassen — alle Versuche, die Partei von ihrer revolutionären Klassenkampfpolitik abzubringen, zurückzuweisen. Nur so werden wir den Sieg erringen, der vielleicht erst in ferner Zeit kommt, aber auf den wir mit aller Kraft hinarbeiten haben, als ob er morgen käme. Wirken Sie in diesem Sinne! (Beifall.)

Singer wird die Diskussion auf nachmittag verlagert.

Rosenow (persönlich): Rosenow hat eine private Bemerkung von mir mitgeteilt; ich wünschte, er hätte sie richtig mitgeteilt. Ich habe nicht gesagt, daß Konsumgenossenschaften ohne jedes Kapital begründet werden können, sondern mit fremdem Kapital, aufgebaut auf die kleinen, langsam eingeführten Ersparnisse ihrer Mitglieder.

Liebnicht: Es ist eine Stelle aus dem Anfang meiner Broschüre citirt worden, die durch den Wortlaut, den sie darin hat, im Sinne einstellt ist. Es heißt da: Es sind in der Partei Strömungen vorhanden, die, wenn es auch nicht ihr Zweck, doch die Ueberführung der socialdemokratischen Partei in das Lager der bürgerlichen Parteien zum Zweck haben möchten. Das ist natürlich ein Druckfehler, es muß heißen „zur Wirkung“. Ich habe den Satz in dieser Form auf den Wunsch von Freunden ausdrücklich geschrieben, weil man mir sagte, es als Zweck hinzustellen, sei persönlich beleidigend.

Heine: Ledebour hat es für angemessen gehalten, bei Citirung einer Bemerkung in einem Artikel von mir in einem Satz dreimal das Wort „Anfang“ zu gebrauchen. Wenn ich dürfte, würde ich es eine faule Bemerkung nennen; aber das darf ich nicht, weil das früher einem Mitglied der Rosa Luxemburg gegenüber für unparlamentarisch erklärt wurde. (Heiterkeit.) Er hat mich einer...

falschen Verichterstattung über den Fall Kautsky geziehen; ich habe mir die betreffende Nummer des „Vorwärts“ jetzt nicht beschaffen können und werde darauf zurückkommen. Ich halte aber meine Bemerkung aufrecht. Er hat Kautsky in einer Weise abgelandelt, daß dieser darauf bloß mit einer humoristischen Handbewegung erwiderte und sich auf keinerlei Diskussion einließ.

Jenes Verhalten Ledebours habe ich allerdings als akademische Ueberhebung bezeichnet. Ich bin sehr begierig zu erfahren, ob Ledebour mit seiner Bemerkung über die Leute, die nicht den Mut haben für Bernstein einzutreten, etwa auch mich gemeint hat. Sollte das der Fall sein, so würde ich es mir ganz energisch verbiten.

M o l l e r u b e r: Ein hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte die Konsumvereine fälschlich als Sparvereine bezeichnet. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß der von ihm gegründete und geleitete Konsumverein „Spar“, „Vau“ und „Konsumverein“ heißt. (Große Heiterkeit.)

v. E l m: Das ist unrichtig. Nicht der „Spar“, sondern der „Konsum“ ist in den Vordergrund gestellt. Er heißt „Konsum, Vau“ und „Sparverein.“ (Stürmische Heiterkeit.)

Es werden noch geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Mit großer Mehrheit wird, entsprechend der Auffassung Singers, entschieden, daß ein Tausch in der Rednerliste, um ein zweites Mal zu Worte zu kommen, nicht zulässig ist.

Es ist ein Antrag eingegangen, die Redezeit von nun an auf 15 Minuten zu beschränken.

Singer schlägt dem gegenüber vor, bei Beibehaltung der halbstündigen Redezeit nur noch 2 Stunden zu diskutieren.

Der erste Antrag, den Hoffmann-Berlin begründet, wird abgelehnt.

Dem Singerschen Vorschlage widerspricht Kohnstein.

V a d e r - M a g d e b u r g zieht einen Antrag, nach dem Schlusssprecher Bebel auch David ein Schlusswort zu erteilen, auf den Widerspruch Davids selbst zurück.

Die Abstimmung über den Antrag Singer bleibt dem Bureau anfangs zweifelhaft.

Es wird nochmals durch Erheben von den Sigen abgestimmt.

Singer: Das Bureau ist nunmehr einig, daß die Majorität sich erhoben hat. (Lebhafter Widerspruch.)

Die Mittagspause tritt ein.

Schluss 1 1/2 Uhr.

### Nachmittags-Sitzung.

1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Ich muß auf unsere letzte Abstimmung zurückkommen und konstatieren zunächst, daß das Bureau einmütig der Ansicht war, daß sich die Majorität des Parteitagcs erhoben hatte. Gegenüber den vielfach geäußerten Zweifeln und angesichts der Möglichkeit, daß im Hintergrunde des Saales Personen standen, die nicht zum Parteitag gehörten, hat mich das Bureau beauftragt zu erklären, daß wir keine Veranlassung haben, uns mit dem Willen des Parteitages in Widerspruch zu setzen. Das Bureau hebt daher den herein gefassten Beschluß auf. (Wrao.) Nunmehr liegt es in den Händen des Parteitages, die Sache so zu gestalten, wie er es für gut hält.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

H o f f m a n n - H a m b u r g: Ich will dem Wunsche des Vorsitzenden Rechnung tragen und meine Redezeit nicht voll annehmen. (Wrao!) Ich will nur kurz meinen Standpunkt den Genossenschaften gegenüber feststellen. Ich stehe ganz auf demselben Boden, den das Amendement Rottenbuhre - Stadthagen zum Ausdruck bringt. Ich verstehe nicht recht, wie Bebel, der sich in seiner Rede so scharf gegen die utopistischen Hoffnungen mit den Genossenschaften wandte, zu diesem Teil seiner Resolution gekommen ist. Das ist eine Konzeption, die nur zur Verwirrung führen kann. In Hamburg steht ein großer Teil der Genossen der Konsum-Genossenschaftsbewegung mißig gegenüber. Schon ist es so weit gekommen, daß Angriffe gegen diese Genossen erfolgen, wobei es heißt, es wären keine Sozialdemokraten mehr. Ich frage, mein beibehalten auf die Unangenehmkeiten der belgischen und englischen Genossenschaften hingewiesen wird; haben wir in England und in Belgien geringeres Glück, als bei uns? (Sehr richtig!) Wird das belgische Proletariat nicht ebenso ausgebeutet, wie das deutsche? Wir müssen uns deshalb gegen die Ueberreibungen dieser wenden, die da hoffen, mit den Genossenschaften die Welt zu erobern. Schon hat in Hamburg ein Genosse gesagt, daß im Reichstage die bürgerlichen Parteien bereits geneigt seien, die Versöhnung mit dem Proletariat herbeizuführen. Auch dieser Genosse stützt sich auf Bernstein. Ich bitte also nochmals, den Mittelweg der Bebel'schen Resolution zu streichen. Wir müssen den Genossenschaften ganz neutral gegenüber stehen, sie haben keine entscheidende Bedeutung für die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der Lohnsklaverei. Redner weist zum Schluß auf die Schiffahrt, die Fischerei und das Gastwirts-gewerbe als Beweis für die Konzentration des Kapitals hin. (Sehr richtig!)

### Robert Schmidt-Berlin:

Im Gegensatz zu Ledebour betrachte ich die allgemeine Zustimmung zu der Resolution Bebel als ein sehr gutes Zeichen und ein Zeichen der Einmütigkeit gegenüber den hier aufgerollten Fragen. Sie bezieht sich nicht die theoretischen, sondern die tatsächlichen Fragen, und hierin zeigt sich eben die Einmütigkeit der Partei. Gegen meine Erwartung haben die Fragen der Taktik hier keine ausführliche Erörterung gefunden; nur seitens Ledebours, und mit dessen Stellungnahme bin ich allerdings nicht einverstanden. Ich bin gewiß nicht mit allem, was die Bayern gethan haben, einverstanden; aber ihre Taktik ist doch dem Vorschlage Ledebours weit vorzuziehen, denn die Taktik, die er empfiehlt, durch die unpolitische Proportionsabwägung auch unsere allerhöchsten Gegner ins Parlament bringen zu helfen, haben wir bisher noch nie geübt. (Sehr gut!) Wenn die bayrischen Genossen den Erfolg durch ihre Taktik erzielen, daß sie ein neues Wahlgesetz zu ihren Gunsten bekommen, so würde ich gegen ihre Taktik nichts einzuwenden haben. Wir müssen es der Zukunft überlassen, ob die Taktik richtig war. Die Prinzipienreinheit wird durch eine solche Taktik nicht vernichtet, das hat sich ja an unseren badischen Genossen glänzend bewährt. Die Streitfrage, um die es sich hier für uns handelt, ist, daß einige Genossen meinen, daß Genossenschaften und Gewerkschaften bereits zur Socialisierung der Gesellschaft führen, während die Partei bisher auf dem Standpunkt gefanden hat, diese unsere praktischen Aufgaben nur als eine Stärkung der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien zur Erreichung des Endziels zu betrachten. Ich glaube auch, wenn wir uns der ersten Richtung mehr nähern, wir bittere Enttäuschungen erfahren, manche Einbußen an unserem Opfermut, unserer Begeisterung erleiden werden. Ich bin kein Schwärmer für die Konsumgenossenschaften, aber es ist doch Thatsache, daß die Antipathie gegen sie in der Partei in der letzten Zeit sehr geschwunden ist. Ich betrachte sie gerade nicht sehr als hervorragende Erziehungsanstalten, wohl aber als wichtiges Mittel in der Kräftigung und Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse.

Was nun den Bernsteinstreit anlangt, so bin ich mehr und mehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Meinungsverschiedenheiten in Wirklichkeit gar nicht in der Stärke vorhanden sind, wie es den Anschein hatte. Bernstein wendet sich gegen die Ansicht, daß das absolute Glück im Steigen begriffen ist. Von dem „absoluten“ Glück, sagte Kautsky, hat das ja auch niemand behauptet. Nur gut, dann herrscht ja Einigkeit, warum streitet man sich denn? Ich bin allerdings der Meinung, daß aus dem kommunistischen Manifest deutlich hervorgeht, daß die Verelendungs-theorie damals in dem absoluten Sinne gemeint war, und zwar auf Grund der damaligen Verhältnisse mit vollem Recht; — wie ja überhaupt die Verhältnisse in ihrer Veränderung mehr und mehr uns zu einer Korrektur unserer Auffassung in dem und jenem nötigen werden. Wenn dann dem Marxismus dieselbe Bedeutung wie dem Darwinismus beigegeben wird, so darf ich erinnern, daß ja auch die Schüler des großen Darwin an den Lehren des Meisters Kritik übten. Warum soll das an den Marx'schen Lehren verboten sein? Zu behauern aber ist es, daß die Bernstein'schen Anschauungen vielfach so falsch abgeleitet sind. So sagt Bernstein

z. B., wir sollten mit unseren Angriffen auf den Liberalismus Maß halten, und daraus hat Kautsky gefolgert, wir sollten unser Programm so ändern, daß die bürgerlich demokratischen Parteien zu uns hinüberkommen können. Frau Geiss hat sogar von einer Sammelpolitik aller demokratischen Elemente gesprochen. Diese Auslegung ist nicht richtig; damit bewirkt man nur, daß eine große Masse unserer Genossen, die Bernstein nicht gelesen haben, sich sagen: Wenn Bernstein ein solches Karmiel ist und unser Programm uns so verwaschert will, dann müssen wir allerdings tabula rasa machen, dann wollen wir nichts mehr mit ihm zu thun haben. Ich bin der letzte, der der Ansicht beiträgt, daß wir mit unseren Angriffen auf den Liberalismus Maß halten sollen, aber Bernstein so anzulegen, wie es Kautsky und Frau Geiss thun, ist doch nicht richtig. Und so ist es auch mit einer ganzen Reihe anderer Fragen, die Bernstein sich zu lösen gestellt hat. Auch in bezug auf die Krisentheorie ist es nichts anderes als ein Mißverständnis zwischen dem was Marx gesagt und was Bernstein ausgelegt hat. Ich bin der Meinung, daß Bernstein und manche gute Anregung gegeben hat, und wenn er hier und da die Marx'schen Lehren nicht zureichend auslegt, so gereicht das der Partei noch nicht zum Schaden. Das müßte erst bewiesen werden. Ich trete auch nicht der Bestürzung Ledebours bei, daß durch das Bernstein'sche Buch die Partei vom Boden des Klassenkampfes abgelenkt werden könnte. Nein, wir werden unseren Klassencharakter niemals aufgeben, oder wir würden aufhören, eine Partei des Klassenkampfes zu sein.

Wir werden nicht nach dem Wunsche Bernsteins eine Reformpartei werden. Aber er hat eine Reihe wichtiger praktischer Anregungen gegeben. Wir werden die praktische Thätigkeit in den Vordergrund stellen, und die Thätigkeit der Partei hat ja gezeigt, daß sie bereits auf diesem Wege ist. Das ergibt sich aus ihrer Größe, und es ist ganz zweifellos, daß wir auf diesem Wege fort-dauernd Erfolge und Vorteile für die Arbeiterschaft erringen werden (Beifall.)

### Gebhart-Ludwigshafen:

Nach den vielen, langen Reden über die Theorien kann man seine Verwunderung darüber ausdrücken, daß die Abrechnung, die gehalten werden sollte mit denen, die gegen die Taktik der Partei sich vergangen, auf ein so winziges Minimum zusammengeschrumpft ist. (Sehr richtig!) Es war anzunehmen, daß hier ein ordentliches Schlachtfeld, namentlich mit uns Bayern, veranstaltet werden sollte. (Heiterkeit und Sehr wahr!) Jawohl, es wurde uns, und nicht nur zwischen den Reihen, Parteiverrat zum Vorwurf gemacht. Bis jetzt sind aber diejenigen, die den Vorwurf vor der breiten Öffentlichkeit gegen uns erhoben haben, glatt darüber hinweggeräumt, und das ist nicht hübsch. (Heiterkeit.) Die sächsischen Organe entbeden unseren Verstoß gegen die Taktik erst, als die Wahl vollzogen war. Gegen unsern Wahlkampf hatten sie nichts einzuwenden, darin hatten sie also keinen Parteiverrat gefunden. Sie alle waren ja überascht — mit Ausnahme von Liebknecht. Der war nicht überascht; es ging ihm wie ein Stich durchs Herz, aber er sah, daß wir Parteiverrat begingen. Aber er wollte uns nicht sühnen (Große Heiterkeit), er wollte erst abwarten, bis der Verrat begangen war, um dann auf uns loszubauen (Heiterkeit.) Eine solche Taktikungemein beinahe. Man versucht, unsere Wahlen hineinzuzwingen in den Frankfurt-Kölnener Beschluß, der auf die preussischen Landtagswahlen Bezug hatte. (Sehr wahr!) Man vergißt aber, daß das bayrische Wahlgesetz und die bayrischen Verhältnisse ganz anders liegen als die preussischen. Ledebour ist der einzige, der einen Vorschlag gemacht hat, wie wir es hätten machen sollen. (Heiterkeit.) Zum Centrum und den Liberalen sollten wir gehen und sagen: hört einmal, ihr guten Leute, wir wollen uns verständigen, wir gehen alle in die Wahl und die erste Wahl ist entscheidend; diejenigen, die in der Minorität bleiben, bleiben dann von der Wahl weg. Ja, wenn es irgend einen Kuhhandel giebt (Lebhafte Zustimmung, Zuruf: Demütigend!), dann ist es dies! Dabei ist dieser Weg nicht einmal gangbar, denn das Centrum hatte keinen Zweifel daran gelassen, daß es jeden Kompromiß mit uns ablehne.

Als wir Bayern und an der Landtagswahl beteiligten, haben wir auch die Konsequenzen auf uns genommen. Wir stehen auf dem Standpunkte, wir können nur dann etwas erreichen, nur dann auch das bayrische Wahlrecht zu Fall bringen, wenn wir im bayrischen Landtag positiv arbeiten. Die bürgerlichen Parteien, Centrum ebenso wie die Liberalen, und die letzteren erst recht, haben ja in den letzten Sessionen nicht mehr den Mut gehabt, die Frage des Wahlrechts auf die Tagesordnung zu bringen. Sie wollten dafür sorgen, daß das Grillenbergsche Wort: das die Ende kommt nicht wahr würde, und wir haben dafür gesorgt, daß das die Ende kräftig nachgekommen ist. Unsere Aufgabe war, das Wahlrecht zu karrierieren, wir haben die Gemüthlichkeit gründlich zerbrochen. Wir haben jahrelang mit den größten Opfern, mit unerwähntem Eifer gearbeitet und glaubten Lob von der Partei zu erhalten und statt dessen diene man uns mit Prügelein. (Heiterkeit.) Ich kann es ganz offen und unumwunden sagen: was in Hessen, in Baden, vielleicht auch in der Pfalz vorgegangen, darüber bedachte man, wenn man es auch nicht als ganz loscher anah, den Mantel der christlichen Liebe (Heiterkeit), uns aber hat man zum Vorwurf gemacht, wir hätten das Centrum zum Jünglein an der Wage gemacht. Mit diesem Jünglein war es schon früher schlecht bestellt, und jetzt war es erst recht unmöglich, denn das Centrum hätte auch ohne uns die Mehrheit gehabt. Hätten wir in Ludwigshafen die Vereinbarung nicht geschlossen, dann hätten es die Liberalen gemacht. Wunderbar aber kommt es mir vor, daß diejenigen Genossen, die den Parlamentarismus für einen bürgerlichen Hüthner erklären, auf einmal der liberalen Majorität und damit dem Parlamentarismus solch eine Wichtigkeit beimessen. Sonst thun sie es nicht, aber uns Bayern gegenüber, wie gesagt, ist jedes Mittel gerade gut genug. Ist das Centrum im Reichstag nicht mindestens ebenso gefährlich, wo wir es auf Geheiß von oben bei den Wahlen auf der ganzen Linie unterjügen müssen? Die Liberalen in Bayern sind die Vertreter der komplettesten Reaktion. Unsere pfälzischen Genossen würden es für ganz unethisch halten, einer Partei zu einer Nachtstellung zu verhelfen, die die Zusatzenvorlage für das mindeste erklärt, was gegen die Arbeiter getrieben müßte. Es sind das dieselben Liberalen, die bei uns in der Pfalz verlangen, uns Sozialdemokraten solle das passive Wahlrecht genommen werden. (Hört, hört!) Also für diese Liberalen sollten wir stimmen, oder wegbleiben, wie Schoenlant uns geraten hat, und ihnen das Feld überlassen! Das ist denn doch zuviel verlangt! (Sehr richtig!)

Auf der anderen Seite nun das Centrum. Seit sechsundzwanzig Jahren stehe ich im Kampf. Wenn einer sich viel mit dem Centrum herumgabalgt hat, dann bin ich es. (Große Heiterkeit.) Durch unser Zusammengehen hat das Centrum wirklich nicht auf uns abgefährt. (Heiterkeit.) Wir sind dieselben geblieben, wie vor dem Kuhhandel! (Beifall.) Heute werden dieselben Argumente gegen uns angeführt, die vor 15 und 20 Jahren gegen unsere Stichwahltaktik vorgebracht wurden, wo auch von dem einen reaktionären Urde die Rede war. Wir haben nicht mehr getan, wie bei den Stichwahlen geschieht. Schoenlant, dieser Urdeher (Stürmische Heiterkeit) hat den ersten Schuß gegen uns abgegeben. Vielleicht war ihm diese Wundlung selber zu plötzlich, und so hat er das Fräulein Luxemburg herangezogen. (Heiterkeit.) Wir haben im „Vorwärts“ und in der bayrischen Parteipresse die Gründe auseinandergesetzt; wer sich damals nicht hat überzeugen lassen wollen, den werde ich auch heute nicht überzeugen. Schoenlant aber hat meiner Meinung nach am allerwenigsten Ursache, uns Bayern vorzuwerfen, wir hätten uns taktisch vergangen! (Sehr richtig!) Ich wundere mich, daß es noch nicht ausgesprochen ist, aber es muß ausgesprochen werden: in der ganzen Partei herrscht ein wahrer Entsetzungssturm darüber, daß in Sachsen bei den Landtagswahlen durch Disciplinbruch solche Verheerungen angerichtet worden sind. (Viele Aufse: Sehr richtig!)

Bebel hat mehr Verständnis für unsere Lage. Er hat nichts gegen eine Verständigung mit anderen Parteien, wenn etwas dabei

für uns herauszufolgen ist. (Beifall: Sehr richtig!) Er meint nur, wir hätten die Liberalen auf das gleiche Wahlrecht verpflichtet sollen. (Beifall: Alle Parteien.) Gut, das nehme ich auch an. Wir haben es deshalb nicht gethan, weil wir keinen Kompromiß abschließen wollten. (Heiterkeit.) Wir haben nichts weiter gewollt, als für einen einzigen Moment still zusammen zu sein. (Stürmische Heiterkeit.) Nachher gingen wir wieder still unsere Wege. (Heiterkeit.) Auf unser Vorgehen ist die Bezeichnung „Kompromiß“ nicht anwendbar.

Damit komme ich zum Parteigenossen Liebknecht. Es thut mir ja auch recht leid, wie es Frohme leid gethan hat, daß ich den alten Freund Liebknecht angreifen muß. Aber die Art, wie er, der Vater, seine Söhne behandelt, läßt es gerechtfertigt erscheinen, daß die Söhne sich ihrer Haut wehren. (Heiterkeit.) Ich muß zunächst eine Kennerung Liebknechts in Bezug auf ihre Wahrhaftigkeit einer Probe unterziehen. Als Friedrich seine Reichsener Rede voran, erklärte Liebknecht, er hätte nie gesagt, was da angegeben worden. Ich hab hier die „Sächsische Arbeiterzeitung“ mit dem Bericht über die Reichsener Rede hier und darin steht:

„Die Erzählung von dem Einfluß Bernsteins ist eine Fabel! Als wir den „Socialdemokrat“ nach dem Erlaß des Annahmengesetzes gründeten, war es notwendig, einen ehrlichen Mann an die Spitze zu stellen. Bernstein war der Mann. Aber was im „Socialdemokrat“ an scharfen und guten Artikeln enthalten war, das haben wir in Deutschland geschrieben.“

Wird damit nicht der Vorwurf gegen Bernstein erhoben, er sei ein Strohhalm? (Sehr richtig! Widerspruch.) Hören Sie nur weiter:

Die ganze Redaktion war eigentlich in Deutschland. Bernstein war der Redakteur, der alles, was an ihn kam auch aufnahm. Alle Artikel, die im Gegensatz zu seiner Anschauung stehen, hat Bernstein nicht geschrieben. Er gehört nicht zu den Kampfnaturen; das macht vielleicht seine bürgerliche Abkunft. Auch eine wissenschaftliche Größe ist er nicht und niemand hat ihn dafür gehalten. Was er später an Arbeiten geleistet hat, z. B. die Herausgabe Cassel'scher Schriften, das hat er im Auftrag der Partei gethan, weil er das Beschäftigung haben mußte!“

Also das Gnadenbrot soll er von uns bekommen haben! Wie kann jemand solche Kennerungen in großer Volksversammlung thun und solche Konsequenzen ziehen! (Lebhafte Zustimmung.)

Nach dem Bericht soll dann Liebknecht weiter gesagt haben, wenn Kautsky nicht sein Freund wäre, so hätte er es mit den Bernstein'schen Artikeln gemacht, wie wir mit der Zusatzenvorlage, er hätte sie in den Papierkorb geworfen. Wie stimmt das mit dem überein, was Liebknecht gestern gesagt hat? Es ist ja natürlich auch möglich, das die „Sächsische Arbeiterzeitung“ bei dem Bericht etwas stärker aufgeschritten und seine Rede fortgerichtet hat. (Heiterkeit.) Liebknecht wirft sich in seiner Broschüre als Mundstücker der Berliner auf, ich glaube, er hätte es genug sein lassen können mit seinen Artikeln, er hätte seine Feinden in Ruhe verbringen können. Seine Broschüre zeigt auch in ihrer Fragmentarhaftigkeit, daß er die verschiedenen Stücke derselben in verschiedenen Teilen des Reichs geschrieben hat, denn sie reimen sich nicht zusammen. Er hat uns Kuhhandel vorgeworfen und er fährt aus, die Festung könne nur erobert werden, wenn wir dem Feinde die Thore öffnen. Ich erlaube ja an, daß die dichterische Veranlagung Liebknechts sich in dieser Angelegenheit mächtig entwickelt hat. Was sühnet er zum Beweis für seine Behauptung an? Ein Flugblatt. Hier ist es, ich lege es auf den Tisch des Hauses nieder. Gewiß, das Flugblatt richtet sich gegen die Liberalen, aber vorher waren schon zwei lange Flugblätter verbreitet, worin wir unsern Standpunkt zum Centrum und zu den Liberalen präcisirt haben; dies Flugblatt war für die Pfalz bestimmt, wo sich unser Kampf ausschließlich gegen die Liberalen richtet. Und Liebknecht macht uns zum Vorwurf, daß wir die Liberalen bekämpft haben! Schreibt Liebknecht für Berlin ein Flugblatt gegen das Centrum? (Sehr gut!) Das Flugblatt, da Liebknecht zugestimmt bekommen hat, stammt aus Speyer. Auch ich habe Zuschriften erhalten, die aus den Kreisen stammen, welche über ihren Durchfall erzürnt waren. (Heiterkeit.) Unwahr aber ist es, daß dem Flugblatt Centriums-Wahlzettel beigefügt. (Hört! hört!) Halten Sie uns denn für so verrückt, daß wir ein Flugblatt mit Centriums-Wahlzetteln herausgeben? Dazu haben Sie doch keine Ursache. Wir sind schon viel andere Dinge geschickt worden, sogar einen Rosenkranz habe ich und meine Fraktionskollegen erhalten. (Heiterkeit.) Unser Kompromiß hat sowohl in der Pfalz als in München fast die einstimmige Zustimmung der Genossen gefunden und selbst Voruus, der doch gewiß eine taktischste und principientreue Natur ist, hat zugegeben, daß unser Weg der richtige war. Wir sind rein und gewissenhaft in den Wahlkampf gegangen und haben Erfolge errungen. Wir haben in der Pfalz bei der vorletzten Wahl 3 Wahlmänner gehabt und bei der letzten Wahl haben wir es auf 180 gebracht. Ist das kein Erfolg? Liebknecht erblickt im Kompromiß eine Demoralisation, er hat in seiner Broschüre auf 50 Jahre zurückgegriffen, ich greife nur 15 bis 16 Jahre zurück, um Ihnen zu beweisen, daß Liebknecht nicht immer so gedacht hat wie heute. Bei der Wahl des Jahres 1880, also zu einer Zeit, wo noch der Beschluß bestand, bei Stichwahlen nicht für den Gegner einzutreten, da war in Mannheim Stichwahl zwischen einem Liberalen und dem bürgerlich demokratischen Klopfer, einem Reaktionsär genau wie der Liberale. Die Mannheimer Genossen hatten Wahlenthaltung beschloffen und siehe da: der Führer der freisinnigen Demokraten walfahrtete nach Offenbach, wo Liebknecht zur Wahl stand, und da hat Liebknecht nicht verfehlt, mit ihm ein ganz schönes sauberes Kompromiß abzuschließen. Er hat den Mannheimer Genossen nicht nur gesagt: Ihr müßt für Klopfer stimmen, er hat sogar ein Flugblatt für ihn geschrieben, das die Genossen aber nicht verteilen wollten. Daraus wurde das Flugblatt angehängen. Ich sage: wenn irgend ein Vorgehen geeignet war, Demoralisation zu verbreiten, so war es jenes Vorgehen von Liebknecht. Er hat dadurch dem Feinde die Thore geöffnet und an ihm lag es nicht, daß der Fehler wieder gut gemacht wurde und die Demoralisation nicht weiter eingerissen ist. (Sehr gut!) In seiner Broschüre sagt er, Hunderte von Mandaten wiegen nicht die durch Kompromisse entstehende Demoralisation auf. Damals war es nur ein einziges Mandat, das die Demoralisation aufzuheben hat, und es thut nichts zur Sache, wenn es Liebknechts eigenes Mandat war. (Heiterkeit.) Geschadet hat uns unser Vorgehen in Bayern nicht. Sie haben sich bei den letzten Reichstagswahlen gewiß gefreut über den Stimmenzuwachs in den Ländern des Kuhhandels, Bayern, Baden und Hessen, und ich möchte den Wählern der Principien antworten, ein sehr scharfes Auge auf diese Länder zu haben, denn dort geht immer so etwas vor. (Heiterkeit.) Nach unserem Siege bei den letzten Wahlen war der erste Auf, den wir erfahren liehen, der: Auf, an die Arbeit mit neuem Mut, damit wir bei der nächsten Wahl, selbst wenn sie sich unter diesem Wahlgesetz vollziehen sollte, rascher Mandate bekommen! (Heiterkeit. Glode des Vorsitzenden.) Ich komme der Klingel nach (Heiterkeit) und schließe mit den Worten: Wenn die Verhältnisse bei der nächsten Wahl ebenso sind, wie bei der letzten, so müßten wir ja ganz gewaltige Viel sein, wollten wir nicht daselbe thun, was wir diesmal gethan haben. (Lebhafte Beifall.)

### Dr. Schoenlant - Leipzig.

Genossen! Daß mein alter Freund Gebhart groß ist, ist eine allbekannte Thatsache. Früher war er groß für die Radikalen, heute ist er groß für die Staatsmänner. (Heiterkeit.) Ja, das ist derselbe Genosse, der in St. Gallen ausdrücklich erklärt hat, die Fraction sei ihm nicht rümpig genug. (Gebhart: Sehr richtig!) Es handelte sich damals um die wichtige Frage der Politik unserer Partei bei den Stichwahlen. In Stuttgart waren wir den Herren zu scharf, heute viel zu milde und hinterhältig. Ja, wir haben durchaus nicht, wie vielleicht einige hoffnungslos gedacht haben, den Holzstoß aufzuheben und diejenigen, die geschäft haben, auf den Scheiterhaufen bringen wollen. Uns kommt es nur darauf an, eine Klärung der Ansichten herbeizuführen. Was ich in der „Leipziger Volkszeitung“ über das Vorgehen der Bayern geschrieben habe, habe ich noch heute aufrecht, denn es steht fest, daß man, um einige Mandate zu gewinnen, gemeinsam vorgegangen ist mit dem

selben Partei, die unsre ärgste Feindin ist, und daß man dieser Partei um der sechs Mandate willen die absolute Mehrheit verschafft hat, das ist ein Verbrechen gegen die bayerische Landtagsfraktion in ihrem Handbuch einen Haufen glühender Kohlen gehäuft hat. Neben einer Reihe, gegen die Politik des Centrums gerichtete Stellen aus dem Handbuch für bayerische Landtagswähler. Ueberall wird in diesem Buch das Centrum als kultur- und arbeiterfeindlich denunziert, und mit dieser Partei geht die Socialdemokratie in München und der Rheinprovinz zusammen, obgleich das Centrum in dem Handbuch als der reaktionäre Centrumsarmee allerreactionäre Kompagnie bezeichnet wird. Solche Fragen der Taktik und Theorie zu erörtern und zu lösen, ist die Aufgabe dieses Parteitages, und die Beschlüsse des Parteitages werden von maßgebender Bedeutung sein für die Tätigkeit der ganzen Partei, auch in Bayern. (Zuruf: auch in Sachsen!) Die Bayern haben am allerwenigsten Ursache, von Disziplin zu sprechen, hat denn die bayerische Socialdemokratie nicht schon auf früheren Parteitagen im schroffen Gegensatz gestanden zu unserer Sozialpartei? Denken Sie nur an die Frage der Budgetverweigerung, die uns in Frankfurt beschäftigt hat! (Zuruf der bayerischen Delegierten: Da war Schoenlank für uns!) Nein, ich habe die Resolution Stadnauer mitschreiben. Die Hoffnung gewisser Kreise, hier eine Kegerriegelei zu vollziehen, können wir nicht erfüllen. Wir haben unsere Zweck erreicht, eine Klärung über die allgemeinen Fragen herbeizuführen, von denen ja die bayerische Frage nur ein Teil ist.

Nun hat Genosse v. Elm die Lugensburgerische Broschüre in die Debatte gezogen, mit der ja die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ sich ausdrücklich einverstanden erklärt hat. Er hat sich über den Titel Socialreform oder Revolution aufgehalten. Da hätte er nur einen Witz auf das Wortwurf werfen sollen, worin es ausdrücklich heißt, daß für die Socialdemokratie zwischen der Socialreform und der socialen Revolution ein unzerstörlicher Zusammenhang besteht, indem ihr der Kampf um die Socialreform das Mittel, die sociale Umwälzung aber der Zweck ist. Was die Stellung v. Elms zu den Konsumvereinen betrifft, so ist Sachsen ja die klassische Heimat der deutschen Konsumvereine, aber wir haben die Konsumvereine niemals für etwas anderes gehalten, als einfache Gewerkschaften, die den Arbeitern kleinere oder größere Vorteile verschaffen, die ihnen den Bezug von Waren in guter Qualität und zu billigen Preisen ermöglichen. Niemand hat uns je geklagt, daß die Konsumvereine ein Instrument des proletarischen Klassenkampfes sein könnten. Daß die Vebelsche Resolution Stellung nimmt zu den uns beschäftigenden Fragen, daß sie sozusagen nur die Fortsetzung, die Ergänzung der alten Resolution ist, die wir schon in Erfurt und Berlin angenommen haben, das versteht sich von selbst. Daß sie aber notwendig ist, das beweist doch, wie nützlich die Erörterung war, die wir in den letzten Jahren gehabt haben. In Stuttgart sprach man die Ansicht aus, daß die kritische Bernsteinsche eine neue Taktik bringen würde, eine Blanquistische Taktik vielleicht, und jetzt, nachdem man über Bernsteins genaue Disziplin hat, nachdem sein Buch in die Arbeiterkreise gedrungen ist, nachdem die Parteipresse sich damit beschäftigt hat, da sehen wir, daß man jetzt in der Vebelschen Resolution — hoffentlich unter einmütiger Zustimmung des Parteitages — feststellt, daß die alten Grundzüge die Richtlinie unserer Partei sind; das beweist, daß die Auseinandersetzung nicht nutzlos war. Die Fragen, die die Genossen aus Bayern hier so gern erörtern haben möchten, lassen sich viel besser erörtern, wenn dem von Liebknecht gestellten Antrage gemäß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen gesetzt wird. Wir können mit dem Ergebnis der Debatten ganz zufrieden sein, denn daß die Verneinung der Auffassung von der Mehrheit des Parteitages nicht geteilt wird, steht jetzt schon fest. Daß endlich für Klarheit gesorgt wird, ist Aufgabe dieses Parteitages, und wir sind mit dem Verlauf der Verhandlungen durchaus zufrieden. (Lebhafte Beifall.)

### Stadthagen:

Die bayerische Frage gehört nicht hierher, denn es handelt sich nicht um einen prinzipiellen Streit gegen die Taktik. Die Frage ist nur, ob sie eine Dummheit begangen haben, ob sie sich verrechnet haben oder nicht. Ich halte ihre Taktik für richtig, und die Sache würde auch gar nicht so viel Staub aufgewirbelt haben, wenn die Bayern nicht eine etwas eigentümliche Sprache führen würden. Aber die Frage an sich muß von Fall zu Fall entschieden werden, und man soll sich hüten, dabei von Kompromiss zu reden. Zum Kompromiss gehört das Aufgeben unserer eigenen Prinzipien. Daß es auf dem Parteitag nicht zu einem Kegergericht, nicht zu einem Wohlstand der Wahrheit kommen würde, war von vornherein selbstverständlich. Aber die um Bernsteins herum haben seit Jahren ein Kegergericht gegen unsere alten bewährten Grundlagen verübt. Es ist ein Kegergericht und daneben noch der Vorwurf der Heuchelei, wenn man sagt: Wagt zu scheitern was ihr seid! Rollenwahr hat ganz recht, wenn er fragt: Ihr, die ihr uns, die wir im Parlament, in den Gewerkschaften, ohne viel Redens zu machen, arbeiten, auf die praktische Arbeit hinweist, was habt Ihr denn eigentlich geleistet, ihr sogenannten Opportunisten? Die Partei hat bereits genügend gearbeitet, vielleicht mehr als genügend, insofern sie die Kräfte des Einzelnen zu sehr in Anspruch genommen hat. Auch das hat keinen Sinn, zu überlegen, ob Schulze oder Müller, Bernstein oder Kunze unrecht gehabt haben. Diese veräppelte Detektivarbeit, dieses Hineinschneidens in den Gedankengang des andern ist wirklich überflüssig. Es kommt doch nur immer heraus: Ich habe damit aber etwas ganz anderes gemeint. Es kommt nur darauf an, ob die Ansichten selbst richtige sind, und da erkläre ich, daß die Angriffe auf die Grundanschauungen der Partei platt zu Boden gefallen sind. Wir sind eine revolutionäre Partei und werden es nach dem Ergebnis dieser Diskussion glücklicherweise auch bleiben. Viel wichtiger ist die Frage der Taktik, und da sind zwei Strömungen: die eine, die sagt, wir müssen die große unangeführte Menge revolutionieren, und die andere, die sich an die paar gebildeten guten Kerle wenden und sie für die Partei haben will. Wir müssen die Köpfe revolutionieren, auch in unserer Taktik. Es ist ein alter Fehler, daß an die Stelle des marxistischen und platonischen Materialismus gesetzt wird. Gewiß ist im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft die Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaft schon vorhanden, aber wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Wir müssen nachhelfen. Wir verfehlen den Weg, wenn wir revolutionierend nicht nur die Möglichkeit sondern auch die Notwendigkeit zeigen, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen, wenn es nicht auf ewig so bleiben soll, ein großes Heer von Sklaven und wenige Herren. Es muß in der Presse viel mehr auf die verbende Kraft der Hauptmasse gelegt, die Rollenwahrheit betont werden, Reserven, neue Socialdemokraten heranzuziehen. Darum nehmen Sie den Zusatz zur Resolution an, daß das Endziel in den Vordergrund bei der Agitation gestellt werden soll. Es ist ein großer Fehler, was David für die Wahlkämpfe empfiehlt, die praktische Arbeit vor allem zu betonen. Wo es gefährlich ist, da haben sie die Mandate verloren. Wir Berliner weisen in jedem Flugblatt auf das Endziel hin, und wenn Sie, Genosse David, das nicht gethan haben, dann ist es nicht zu verwundern, daß Sie Ihren Wahlkreis verloren haben. (Zuruf Davids: Sie haben ja auch in Berlin Wahlkreise verloren!) Ich sagte: bei Berlin. Und in Berlin wurde in den Wahlkreisen, die auf den ersten Dreib erzielt wurden, so agitiert, wie ich es geschildert habe. (Zuruf: Heine! Heiterkeit.) Ich würde eine Kandidatur, bei der mit dem Endziel zurückgehalten würde, ablehnen. Zweifel auch die kleinen Socialreformer! Sie sind mitzunehmen auf dem Wege zur Expropriation, eine notwendige Kleinarbeit, nicht aber die Hauptarbeit. Aber bei jeder Wahl und besonders in der Presse sollen wir das Gefühl der Empörung über den Druck und die Knechtschaft vermehren. Wenn die Debatte hierzu führt, begrüße ich sie. In dem Augenblick, wo wir den Glauben an unser Ziel verlieren, danken wir ab als Socialdemokraten. Die sociale Entwicklung geht uns die Gewähr des Sieges. In Vereinsthätigkeit, ist alles, und in diesem Sinne bitte ich Sie, der Resolution Vebel mit dem von Rollenwahr und mir beantragten Zusatz zuzustimmen. (Lebhafte Beifall.)

### Auer:

Zunächst ein paar Bemerkungen in Bezug auf meinen sehr verehrten Herrn Vordrucker und das von ihm so stark betonten Endziel. Wenn man ihm folgte, dann hängen die Erfolge bei der Wahl davon ab, daß man sich zur rechten Zeit des Endzieles bedient oder nicht. Das Endziel, das Endziel und weiter nichts! Da möchte ich dann doch den Genossen Stadthagen fragen: wie erklärt er sich denn dann die verschiedenen Durchfälle, die wir bei den Wahlen erlebt haben? Da ist Vebel und Liebknecht, ich glaube, Stadthagen wird den beiden nicht verzeihen, daß sie so ungefähr auch vom Endziel etwas verstehen. (Heiterkeit.) 1881 wurde Liebknecht in Mainz gewählt, natürlich mit dem Endziel (Große Heiterkeit) und als er dort nicht annehmen konnte, weil er gleichzeitig in Offenbach gewählt war, da wurde Vebel aufgestellt, der in Berlin eben mit dem Endziel durchgefallen war (Große Heiterkeit), und Vebel ist in Mainz wieder mit dem Endziel durchgefallen. (Erneute Heiterkeit.) Ich kann aber Stadthagen auf ein viel näher liegendes Beispiel verweisen. Ich glaube, ich thue dem Genossen Heine nicht unrecht, wenn ich annehme, daß der Genosse Stadthagen ihm gegenüber so seine leisen Zweifel hat, ob mit seinem Endziel so alles in Ordnung sei. (Stürmische Heiterkeit.) In der Front, der Stadthagen mit der Fokuse und mit dem daran hängenden Endziel (Stürmische Heiterkeit) voranschritt, ist auch Heine mit durchgegangen, während die Genossen Fischer und Schmidt im Hintertreffen geblieben sind. Die Dinge liegen eben nicht so, wie Stadthagen es darstellt. Er ging aber noch weiter. Angesichts des Kongresses hat er die überraschende Behauptung aufgestellt, es gebe zwei Arten Parteigenossen und zwei Arten Agitatoren. Der eine, der revolutionäre die Köpfe und revolutionäre die Masse, das seien die richtigen Genossen. Daneben aber gebe es welche, die schon damit zufrieden seien, wenn die Masse unberührt bleibt und es nur geknagt, ein paar gebildete, gute Kerle zu gewinnen. Diese Ihre Behauptung, Genosse Stadthagen, daß es in der Partei Leute giebt, die auf Namen und Beachtung Anspruch machen, und die darauf verzichten, die Köpfe zu revolutionieren und die Masse zu gewinnen, um dafür einen kleinen Besoldung für gebildete Kerle zu stiften, diese Ihre Behauptung werde ich so lange als eine unbewiesene bezeichnen, als Sie uns nicht einen solchen Schlafmütigen-Kritiker auf den Tisch des Hauses niederlegen. (Große Heiterkeit.)

Sie erwarten von mir wohl nicht, daß ich mich in lange theoretische Erörterungen einlasse; das ist nicht mein Fach, wäre in der mir zugewiesenen Zeit wohl auch nicht möglich. Ich glaube aber auch nicht, daß diese Diskussion zu dem führen werde, was Schoenlank als ihr Ergebnis bestimmte und was in der Presse vielfach vorausgesetzt wurde, zu der sogenannten Klärung. Nein, die Fragen, die unter uns freilich sind, werden nicht durch kurze Verhandlungen, auch nicht durch Pändenaufheben entschieden. Wir werden von hier weggehen genau so wenig geklärt, als wir es früher war, und es wird nach wie vor Meinungsverschiedenheiten geben, die im Temperament, im Urteil und auch in den verschiedenen Sachverhältnissen beruhen. Darauf kommt es aber auch gar nicht an, daß wir alle über einen Kasten geschlagen sind, und wenn der eine ja schreit, alle ja nachschreien. (Heiterkeit.) Vor allem kommt es darauf an, daß wir die auftretenden Thatsachen feststellen und daß wir dann, wenn diese Thatsachen und Erscheinungen, gegenüber der eine zu einer abweichenden Meinung kommt von der des andern, nicht in dem Geist der Unbilligkeit verfallen, sondern unsere gegenseitigen Meinungen erörtern, bekämpfen, scharf bekämpfen meinerwegen, uns aber in unserer Qualität nicht so einteilen, wie es Schoenlank that, in die revolutionären Stürmer und die Pantoffel- und Schlafmütigen; wenn wir das nicht thun, dann werden auch die Meinungsverschiedenheiten uns nicht schaden. Aber das ist ein Uebelstand, daß wir es eben — und das ist auf beiden Seiten vielleicht geschehen — immer noch an der notwendigen Toleranz fehlen lassen. Von mir kritisiert über diese sogenannte Bernsteinsfrage nicht eine einzige in die Debatte getragene geschriebene Zeile. Nicht in einer einzigen Verammlung habe ich während dieser ganzen Zeit auch nur mit einem Satz irgendwie Stellung genommen. Thut aber nichts: wenn die Schlechtesten unter den Bernsteiniern genannt werden, dann steht Auer an der Spitze! (Heiterkeit.) Auer, Volkmar, Schippel, Heine, das sind die ersten vier! Ja, Parteigenossen, wer hat Ihnen schon gesagt, daß ich ein Bernsteiniere bin? Woher wissen Sie denn das besser, als ich selbst es bisher weiß? (Heiterkeit.) Nein, hier habe ich keinen Anlaß, aus meinem Herzen eine Mordgrube zu machen: Ich bin so wenig Bernsteiniere wie Marx. Ich bin nicht Marx in dem Sinne, wie durch die Kirchenblätter des Marxismus sich das Ding so nach und nach herausgebildet hat, die Kirchenblätter, zu denen Bernsteins ja die ganzen Jahre mit gehört hat. (Heiterkeit.) Ich bin nicht Bernsteiniere, weil ich bei aller Hochachtung für Bernsteins, bei aller Freundschaft zwischen uns, die seit den siebziger Jahren datiert, doch seinen praktischen Vorschlägen nicht folgen kann. Bei aller Hochachtung vor den Gewerkschaften glaube ich nicht an die Auffassung, daß wir sie deshalb fördern müssen, weil sie uns die Adressen für die kommende Socialisierung der Gesellschaft geben sollen. Ich bin der Meinung, daß, wenn es heute den Krapp und Stumm usw. gelungen ist, für ihre Betriebe das geeignete Personal zu finden, wir es auch finden werden, wenn wir erst soweit sein werden, die Leitung der Produktion zu übernehmen. Ich glaube an diese Organisierung der Adressen nicht. Aber die Gewerkschaften sind absolut notwendig; auf dem Standpunkte habe ich vor dem Köhner Parteitag gestanden und bin auf dem Köhner Parteitag und später ganz mit Unrecht in den Verdacht gekommen, ein Feind der Gewerkschaften zu sein. Ich bin heute und werde es hoffentlich bleiben, einer ihrer eifrigsten Freunde und Förderer. (Beifall.) Noch viel weniger kann ich der Auffassung der Bedeutung der Genossenschaften für unsere Zukunft beitreten. Diese schlaue Spekulation, so von hinten herum, ohne daß diese verdammten Bourgeois es merken, in kleinem Maßstabe den künftigen sozialistischen Gesellschaftsstaat einzuführen und dann eines Tages die Coullissen fallen zu lassen und zu sagen: Esch! da seht Ihr, jetzt sind wir da! (Heiterkeit.) Diese naive Auffassung kann ich nicht teilen. Ich trete auch dem nicht bei, was Bernsteins sonst an praktischen Vorschlägen und Neues bringt. Hinter allen diesen Dingen steckt ein gewisses Körnchen Wahrheit, es sind Erscheinungen und Thatsachen, die man sehr wohl begreifen kann, und wenn man sie liebevoll auffaßt (sehr gut) und nicht mit der Wucht, dem, der diese Vorschläge macht, einen recht kräftigen Rippentoch zu geben, dann kann man recht gut alle diese Dinge gehen lassen. Aber ich weiß, daß das der eine sagen darf, der andere nicht sagen darf, auch bei uns. Wenn unser allverehrter Genosse Liebknecht einen seiner glänzenden Leitartikel schreibt, in dem er dargelegt hat, daß die einzige Volkspartei die socialdemokratische Partei ist, herrscht einmütiger Jubel und Zustimmung; und wenn Bernsteins jetzt sagt: eigentlich müßten wir doch eine Volkspartei sein, da heißt es: da habt Ihr es, ein Sonnemann will er uns verkaufen! Meine Herren, es ist nicht dasselbe, wenn zwei dasselbe sagen. (Heiterkeit), es kommt darauf an, wie es von dem einen und dem anderen aufgenommen wird. Und wissen Sie, was ich meinem Freunde Bernsteins geschrieben habe, als er mit diesen seinen Vorschlägen heraufkam? Da habe ich ihm geschrieben: „Lieber Ede, Du bist ein Uebel (große Heiterkeit), denn so was sagt man nicht, so was thut man!“ (Stürmische Heiterkeit.) Also der Bernsteiniere bin ich nicht, als der ich hingestellt wurde, und der Marx ist, wie es hier und da verlangt wird, daß man es sein soll, kann ich nicht sein, weil ich mit meinen geistigen Fähigkeiten nicht im Stande bin, in alledem, was mit dem Socialismus Marxismus rubriziert wird, mich zurechtzufinden. (Heiterkeit.) Ich komme mit der dialektischen Methode und wie alle diese Dinge heißen, in all diesen Sachen nicht weiter: da ist schwarz weiß und weiß schwarz, und in der höheren Einheit entwickelt sich da ein graues Gemisch, bei dem einen die Augen übergehen (Heiterkeit); dem vermag ich nicht zu folgen, und weil ich keine philosophische Ader habe, weil mir für diese Dinge die Vorbildung fehlt, darum kann ich nicht sagen, ich sei ein be-

wußter Marxist; das kann ich nicht und das bin ich auch nicht. Aber was ich bin: ich bin ein begeisterter Anhänger der Marx-Engelschen Lehre, soweit ich sie in meinen Verstand aufzunehmen vermöchte habe. Das erkläre ich ganz offen, und ich bin nicht der Meinung, daß wir mit den Lehren, die uns die beiden Alten hinterlassen haben, fertig sind, sondern ich bin der Meinung, daß wir alle und die Marxisten mit eingeschlossen, noch recht viel daraus zu lernen vermögen. (Lebhafte Beifall.)

Ich habe vorher gesagt, wenn der gute Wille bei unserem Bestreben, zur Klärung zu kommen, nur immer vorhanden wäre, dann würde nicht die Meinung austauschen können, jetzt kommt es in der Socialdemokratie zum Streit, zum Haß, zur Spaltung, zum Auseinandergehen. Wer da bloß meint, daß hinter den scharfen Worten auch immer wirklich eine Absicht steckt, der freilich kann sehr leicht zu der Meinung kommen, daß es nun zur Spaltung kommen müsse. Vebel hat sich darüber gewundert, wie man dazu kommen konnte, von Kegerriegelei zu reden, zu solcher Annahme sei nicht der geringste Anlaß da. Vebel war während der Sommermonate nicht bei uns in Deutschland, er hat ja, wie sein ausgezeichnetes Referat zeigt, unendlich viel Mühe mit seiner Abfassung gehabt und vielleicht nicht die Zeit gefunden, alle einzelnen Vorgänge in der Partei und Presse in Deutschland zu verfolgen, denn sonst müßte ihm bekannt sein, daß allerdings von einer Seite aus unsere Reihen heraus gegen Bernsteins und die Bernsteiniere in einer Weise losgewerkelt worden ist, daß man wohl, wer ängstlichen Gemütes ist, zu dem Glauben kommen konnte, in Hannover wird der Schützengarten aufgehört und da werden die Bernsteiniere alle einer hinter dem anderen her gebraten und geröstet. Es ist der Hinweis schon erfolgt, daß eine ganze Reihe von Artikeln eingeleitet wurde mit der Ueberschrift: Bernsteins Apostata (der Abtrünnige vom Glauben). Weiter ist in sehr einflussreichen Blättern vom Ueberläufer in das bürgerliche Lager die Rede. Ist nicht in einem Organ, das für die deutschen socialdemokratischen Kreise erscheint, ganz offen das Verlangen nach einer reinlichen Scheidung gestellt worden? (Frau Zellin ruft: der Grundzüge) und es ist wirklich nicht das einzige Blatt, Genossin Zellin, in der das verlangt wurde. Und in der vielerörterten Broschüre Liebknechts finden sie auf Seite 6 eine Satz, der doch auch so recht charakteristisch ist für die Art und Weise, wie man versucht, Stimmung zu machen. Da wird eine indirekte Verächtlichmachung ausgesprochen, die die weitere Kette draus zu der Annahme bringen muß, jetzt kommt die Geschichte endlich zum Klappen, zum Auseinandergehen. Was sagt da Liebknecht? In gewissen Kreisen der Partei ist die Klärung oder sagen wir das Bestreben vorhanden, den Boden des Klassenkampfes zu verlassen und auf den gemeinsamen Kampfboden der übrigen Parteien zu treten. Wenn gegen die, die wie Vebel und ich und viele andere der Meinung sind, daß unter Umständen der Kompromiß bei der Wahl absolut ein Gebot politischer Klugheit sei, der Vorwurf erhoben wird, daß ihr Bestreben dahin geht, den Boden des Klassenkampfes zu verlassen und auf den gemeinsamen Kampfboden mit Gegnern zu treten, dann frage ich diejenigen, die lesen können und den Worten die Bedeutung lassen wollen, die sie haben, und nicht nachher, wenn sie sehen, daß die Worte Unheil anrichten, ihnen einen anderen Sinn unterlegen wollen, dann frage ich, was soll damit anderes gethan werden, als einen Keil zu treiben in die Partei, uns auseinanderzubringen, Mißtrauen unter uns zu säen, das zu thun, was wir Kegerriegelei nennen. Daß man uns in Pragis und Wierlichkeit nicht bei den großen Felsen aufhängen und rösten wird, das freilich wissen wir, daß das aber nicht geschieht, liegt vielleicht weniger im guten Willen der Betroffenen, als an den Thatsachen, über die sie sich eben auch nicht hinwegsetzen können. (Sehr gut!) Und weiter: der scharfe Streit um Worte! Denn nicht um Bernsteinsche Theorien ist in den vielen Reden geritten worden. Der Bernsteins, den man draus, wurde supponiert. Wie mag der Ede Bernsteins, wenn er alle diese Dinge liest, sich in seine wenigen Haare fassen, die er noch besitzt (Heiterkeit) und sagen: um Gottes willen, alle diese Leute sitzen über mich Gericht, die haben auch nicht eine Seite meines Buches gelesen (Heiterkeit) und wenn sie sie gelesen haben, dann haben sie sie nicht verstanden. Also der Streit ist nicht um den wirklichen Bernsteins, sondern den vorausgesetzten, den man sich so zurechtgemacht hat, daß man sagte: so, nun wart, nun kommt her, jetzt gibt es aber Engel! (Große Heiterkeit.) Was ist mit Bernsteins alles geschehen! Diese meine Ausführungen richten sich nicht gegen Vebel und eine Reihe anderer Genossen; denen zu unterstellen, daß sie nicht mit lokalen Waffen kämpfen, liegt mir fern. Es sind aber eine Reihe Angriffe und Beschuldigungen erfolgt, die ich nicht alle lokal finden und nur damit entschuldigen kann, daß die betreffenden Redner sich sagen: da du nun einmal eine halbe Stunde Redezeit hast, müßt du jetzt unter allen Umständen auch etwas sagen. Aber auch die lokalen Kritiker, auch Vebel, haben meiner Uebersetzung nach nicht immer die Sinne imgehalten, die sie hätten einhalten sollen. Ich erinnere an das Wort, das Vebel aus der Bernsteinsbroschüre herausgerissen hat: daß die Dinge jetzt so liegen, daß man aus Marx und Engels alles beweisen kann. Mit der ihm eigenen Verbe hat er sich darauf berufen und gesagt: Und das sagt ein Bernsteins! Das unterstellt er ihnen, er stellt sie sogar dar als Menschen, die überhaupt nicht gewohnt haben, was sie gewollt! Ja, wenn man den Satz so für sich allein liest, Genosse Vebel, der Satz steht wirklich im Buch auf Seite 19; aber er muß doch im Zusammenhang gelesen werden. Bernsteins hat sich auf einer ganzen Reihe von Seiten damit beschäftigt, daß in dem langen, 40 bis 50 jährigen geistigen Wirken der beiden Vorkämpfer die Dinge sich geändert haben, daß die Anschauungen, die sie vor 40 Jahren hatten, durch die Entwicklung der Thatsachen ungewandelt sind und daß sie in späteren Jahren anders geurteilt haben als früher; und im Anschluß daran kommt er dazu: Engels und Marx sind nicht mehr dazu gekommen, diese in der Theorie schon vorhandene Widersprüche zu ordnen und zu klären, das haben sie ihren Schülern überlassen; und dann sagt er: heute steht es so, das man aus Marx und Engels alles beweisen kann. Das ist für den Apologeten und den literarischen Rabulisten sehr bequem, wer sich aber nur ein wenig theoretischen Sinn bewahrt hat, für wen die Wissenschaftlichkeit des Socialismus nicht auch bloß ein Schamstoff ist, das man bei festlichen Anlässen aus dem Silberkrand nimmt, sonst aber unberücksichtigt läßt, der wird, sobald er sich dieser Widersprüche bewußt wird, auch das Beschämte empfinden, mit ihnen aufzuräumen. Darin und nicht in dem ewigen Wiederholen der Worte der Meister beruht die Aufgabe ihrer Schüler. Wenn man die Sache so im Zusammenhang liest, dann versteht das Wort, daß die Dinge heute so stehen, daß jeder Rabulist die Möglichkeit hat, aus Marx und Engels alles zu beweisen, keinen schroffen Charakter (Vebel: Nicht richtig!) Ja Genosse Vebel, Du rufft mir zu: nicht richtig; Du hast ja nachher das Wort länger als ich und wirst mich widerlegen (Heiterkeit), aber daß die Dinge so sind, dafür ist ja Vebel selber ein lebendes Beispiel. Erinnern Sie sich an Vebels Reden in Volkerversammlungen und im Parlament. Ist denn da das Wort „kladderadatsch“, „Zusammenbruch“ nicht vorgekommen? Gewiß. Hat er denn nicht etwa in Privatunterhaltungen und gegenüber und auch mir ungläubigen Thomas gegenüber den Termin, wann die Geschichte passirt, aufs Jahr genau festgestellt? (Heiterkeit.) Er leugnet es nicht, er kann es nicht leugnen, und hier im Saal und außerhalb sind klafische Zeugen die Menge, wo wir, die ungläubigen Thomase, darüber gesprochen haben und er dann zu mir sagte: auf mich eintredete: ach, Du bist ja ein Philister, Du begreifst es ja nicht. Dir fehlt ja die revolutionäre Energie. (Große Heiterkeit.) Die Szenen sind so und so oft dargeboten: ich habe es nicht geglaubt, daß 1889 alles zu Ende ist (Heiterkeit) und als 1889 prolongiert wurde bis in die Mitte der vier Jahre (Große Heiterkeit), habe ich es auch nicht geglaubt; und als dann Engels und Vebel den Schlusstermin auf 1888 festsetzten (Große Heiterkeit), auch da blieb ich der Zweifler und sagte: Advortan. Wir haben abgemart, und gestern und heute? Ich frug heute in aller Frische: Du, Vebel, hat Dir klautsch seine Zeugen schon geschickt? Es war natürlich ein schlechter Witz, aber in bürgerlichen Kreisen hätte es so kommen müssen. (Heiterkeit.) (Schluß im Hauptblatt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 13. Oktober.  
Opernhaus. Der Prophet. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Auf Strafurlaub. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Gyro von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Festung. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reizner. Baummeister Solnes. Anfang 7 Uhr.  
Schiller. Die Großstadtluft. Anfang 8 Uhr.  
Neues. Colombine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Der Plakmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Residenz. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Luisen. Rolly Carré. Anfang 8 Uhr.  
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Ostend. Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.  
Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Reise nach der Zenselsinsel. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Hund um Berlin. Im Reiche der Seceffion! Anfang 8 Uhr.  
Hollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Sprechstunden. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.  
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

### Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Freitag, abends 8 Uhr: Die Grossstadtluft.  
Schwan in 4 Akten von Blumenthal und Kadelburg.  
Sonabend, abends 8 Uhr: Nora.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Romeo und Julia.  
Sonntag, abends 8 Uhr: Die Haubenerche.

### Central-Theater

Direktion: José Forenzy.  
Die Geisha oder: Eine japanische Theatengeschichte.  
Operette in 3 Akten von Sidney Jones. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Der Vogelwandler. Von Carl Zeller.

### Abend-Carl Weis-Theater.

Or. Erfolg. Novität.  
Der Weltuntergang.  
Großes Ausstattungsspiel mit Gesang in 6 Akten (14 Bildern) vom Dir. Carl Weis u. Jos. Will. Musik von W. Hall.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.  
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

### Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.  
Direktion: Richard Schulz.  
Sensationeller Erfolg!  
Der Schlager der Saison!  
Täglich ausverkauft!  
Jubeln! Lachen! Staunen!  
Um 9 Uhr:

### Rund um Berlin.

Berliner Volkstheater v. Julius Freund.  
Musik von Julius Gindshofer.  
Mit feinsten Ausstattung.  
Um 10 1/2 Uhr:  
Im Reiche der Seceffion.  
Bermer:  
Das brillante Oktober-Programm  
Sonntag, den 15. Oktober, nachm. 3 Uhr, bei halben Kassenpreisen: Berlin lacht!  
Vossrevue in 3 Bildern, und das gesamte Spezialitäten-Programm.

### Palast-Theater

früher Burgstraße 22.  
Ganz Berlin spricht von dem großen Oktober-Programm.  
Ganz Berlin faunt über die trefflichen Meisterturner am sechsfachen Lufttrod  
Vasilescu-Trio.  
In dieser Solleistung noch nie dagewesen!  
Ganz Berlin lacht über Winkler und Fröbel in der urkomischen Original-Ausstattungs-Gesangs-Parodie  
Susanne im Bade.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.  
Rufensführung 1 Stunde vor Anfang.  
Billet-Verkauf vorm. u. 11-1 Uhr.  
Sonabend, den 14. Oktober:  
Gesellschafts-Abend  
Vorstellung u. Tanzkränzchen.

### Maehrs Theater

Oranienstr. 24.  
Rosen aus dem Süden.  
Ausstattungs-Parodie.  
Das großartige Oktober-Programm.  
Elsa Messer, Kollim, Soubrette.  
Mstr. Pauly, Contorsionist. Mstr. Dobbriek, Champion-Handstandkünstler.  
Franziska Held, Soubrette. Gustav Eulenburg, Humorist.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Vorzugsarten an Wochentagen gütlich.

## Urania

Taubenstrasse 48/49.  
- Im Theater abends 8 Uhr: -  
"Der Sieg des Menschen über die Natur".  
Invalidenstr. 57/62:  
Tägl. Sternwarte.  
Nachmittags 5-10 Uhr.

### Passage-Theater.

Beginn des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.  
Passage-Panopticum  
geöffnet von früh bis abends.

### CASTANS PANOPTICUM

165. Friedrichstrasse 165.  
Neu! Die heulenden und tanzenden Neu! Derwische! aus Ober-Aegypten!  
Ohm Krüger \* Dreyfus  
Mercier \* Zola.

### Thalia-Theater.

Tel. Amt IV 6440. Dresdenstr. 72/73.  
Zum 21. Male:  
Der Plakmajor.  
Thomas, Tielscher, Holmerding, Junkermann.  
Zum 2. Mal: Hr. Wustkop - Terzett.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

### Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr:  
Frau Luna  
mit dem sensationellen Luftballast: „Grigolatis“.  
Otto Reuller  
The Barras  
Chavita  
Yumala Tiero  
Blossoms  
Francis Gerard  
etc. etc. etc.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

### Reichshallen.

Täglich:  
Stettiner Sänger  
(Miesel, Pietro, Britton, Steidl, Kronc, Kirchmayer, Schneider und Schrader).  
Zum Schluss:  
Studes Pflingtfahrt.  
Ensemble von Reysel.  
Anfang wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Tageskasse 11-1 Uhr.

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
Täglich außer Sonabend:  
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.  
Anfang wochentags 8 Uhr.  
Entree (Vorverkauf) 30 u. 50 Pf. Sonntags 7 Uhr.  
Donnerstag und Sonntag nach der Soiree:  
Tanz-Kränzchen.

### Alcazar-Theater

Variété I. Ranges  
Dresdenstr. 52-53. Annenstr. 42-43.  
Auftreten von absolut erstklassigen Spezialitäten  
Anfang:  
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Entree:  
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf. 236824  
Die Direktion:  
Richard Winkler.

### Victoria-Theater

C. Alexanderstr. 40. Fernlp. VII 1711.  
Direkt.: V. Bausenwein u. C. Emmersich.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 32. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:  
Novität: Die weiße Henne. Novität! (La poule blanche).  
Soubrette in 3 Akten von Denezquin und Mars. Deutsch v. Volten-Bäckers.  
Musik v. B. Roger. In Paris mit senf. Erfolge über 500 Mal gegeben.  
Destillation, Restauration  
ist sofort billig zu verkaufen. Näheres  
Darschauerstr. 63, Barbierladen.

Sonntag, den 15. Oktober, mittags 12 Uhr:

## Grosse Matinee

in der „Alhambra“, Wallner-Theaterstr. 15, angeführt von den beliebten Norddeutschen Sängern (Führmann, Horst, Walde etc.) zum Besten hilfsbedürftiger Kollegen veranstaltet vom Verband der im Vergolder-Gewerbe beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale Berlin).  
Eröffnung 11 Uhr. Anfang präc. 12 Uhr.  
Billets a 30 Pf.

sind in den mit Plakaten belegten Handlungen, in den Zählstellen, sowie bei den Kassierern Kröger, Auguststr. 38, und Oelertsh, Kopenstr. 94 vorn 2 Tr. zu haben.  
Kaffe findet nicht statt. Programme werden unentgeltlich an der Kontrolle abgegeben. 225/19 Der Vorstand.

### Schnegelsbergs Festsäle (Inh. Max Schindler)

Sachsenheide 21. - Jahnstraße 8.  
Sonabend, den 14. Oktober er.:  
Gr. Stiftungs-Fest  
des  
Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsangehörigen Berlins und Umgegend unter Mitwirkung des Gesangs-„Sängerkreis“ der Musikinstrumenten-Arbeiter und der Zitherschule Franzlein Hirsching.  
Komische Vorträge. Anfang des Konzerts 8 Uhr.  
Nach dem Konzert: Grosser Ball.  
Herren 50 Pf. Damen 25 Pf. inkl. Tanz.  
Billets sind zu haben im Arbeitsnachweis Rannunstr. 78 bei Grundmann und bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern. 142/18 Um zahlreichem Besuch ersucht  
Der Vorstand.

### Arbeiter-Radfahrer-Verein Rixdorf.

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.  
Sonabend, den 14. Oktober, im Apollo-Theater, Rixdorf, Hermannstraße 48/49:  
2. Stiftungs-Fest  
unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Rixdorfer Männerchor“ (Mitgl. des Arbeiter-Sängerbundes), verbunden mit Kunst- und Reigenführern, komischen Vorträgen, sowie sonstigen Ueberraschungen.  
Anfang 1/9 Uhr. Kaffeepause 1 Uhr.  
Das Komitee.

### Friedrich-Wilhelm-Theater

Chausseestr. 25/26.  
Unwiderstehlich letzte Aufführung!  
Abends 8 Uhr:  
Die Reise nach der Zenselsinsel  
Varietée Abenteuer-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten.  
Morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Der Rattenfänger von Hameln.  
Zauberer in 7 Bildern.  
Preise d. Plätze zur Kinder-Vorstellung:  
Galerie 10 Pf. 2. Rang u. 2. Rang Sperrig 20 Pf. II. Parterre 30 Pf. I. Rang Balkon 30 Pf. I. Parterre 40 Pf. Parterre u. Tribüne 50 Pf. I. Rang-Vloge 60 Pf. Parterre-Vloge 75 Pf. Orchester u. Fremden-Vloge 1 R.  
Morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Zum erhemale:  
Der Klub der Harmlosen.  
Großes Berliner Sensationspiel in 5 Akten von Verben.  
Sonntag, den 15. Oktober, nachm. 4 Uhr: Auf allgemeines Verlangen:  
Der Trompeter von Säckingen.  
Abends 8 Uhr: Der Klub der Harmlosen.

### Charlottenburg.

M. Schmerberg 229024  
Wilmersdorferstrasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.  
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu anch. bill. Preisen.  
Optische Artikel. Ohrhörer werb. schmerzlos gekochen.  
Achtung! Vereine!  
Sonabend, den 18. und 25. November freigegeben.  
Fest-Säle, Kommandantenstr. 72 („Klubhaus“). 46

### Sopha Stoffe

Sauch - Refle  
in Alise, Damast, Erdbe, Phantase, Gobelin und Blausch sportlich!  
Proben franco!  
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
Berlin S., Länzerstraße  
Emil Lefèvre, Oranienstr. Nr. 158.

### Bräuerei

zum 257324  
Berliner Bären  
35 Weihenburgerstr. 35.  
Täglich von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends  
Jungbier-Verkauf  
(Bräuerei-Abzug).  
Vorzugspreise an Kantinen und Fabrikten ohne Zwischenhändler.

### W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.  
Täglich:  
Die schöne Ungarin.  
Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Keller und Rammstadt. Musik von Steffens.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:  
Tanzkränzchen.

### Die weltbekannte Bettfedern-fabrik

Gustav Laßig, Berlin, Brünnelstraße 46, verleiht gegen Rücknahme gratis von Bettfedern 5 Pf. 25 Pf. einseitig gelbdruckten 5 Pf. 25 Pf. doppelseitig gelbdruckten 5 Pf. 25 Pf. 1.76 verjährliche Duvetten 5 Pf. 25 Pf. 2.58  
- Das diesen Duvetten gegenüber 5 bis 4 Pfennig nur gegen Arbeit. Verpackung frei. Preis u. Proben gratis. Viele Anerkennungsbriefe.

### Wohl fühlt sich

bei jeder Witterung, wer Brunnenstrasse 110 (neben dem Pferdebad-Depot) bei Ignatz Sello besichtigt anerkannt guten Rum 1/2 Pi. inkl. 90 Pf. von vorzüglich. Glühwein-Extrakt 1/2 Pi. inkl. 1.10 Pi. an Stenoborfer inkl. Orig.-Flasche (2, 4) a 80 Pf. Halb u. Halb, Mischung, 90 Pf. per 1/2 Champagner-Flasche inkl. alten Nordhäuser per Liter 50 Pf. fäher Ungarwein, Orig.-Fl. (1/2, 1/4) inkl. von 90 Pf. an, sowie sämtl. Sorten Weine, Cognacs u. l. w. Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen. Billigste Bezugsquelle.  
Bitte genau auf Nr. 110, Brunnenstraße Nr. 110 zu achten.  
Kohlengeschäft, 1226 8 Jahre mit gutem Erfolg betrieben, verk. krankheitsf. Rige, Vintenstr. 204.

### Wohl fühlt sich

bei jeder Witterung, wer Brunnenstrasse 110 (neben dem Pferdebad-Depot) bei Ignatz Sello besichtigt anerkannt guten Rum 1/2 Pi. inkl. 90 Pf. von vorzüglich. Glühwein-Extrakt 1/2 Pi. inkl. 1.10 Pi. an Stenoborfer inkl. Orig.-Flasche (2, 4) a 80 Pf. Halb u. Halb, Mischung, 90 Pf. per 1/2 Champagner-Flasche inkl. alten Nordhäuser per Liter 50 Pf. fäher Ungarwein, Orig.-Fl. (1/2, 1/4) inkl. von 90 Pf. an, sowie sämtl. Sorten Weine, Cognacs u. l. w. Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen. Billigste Bezugsquelle.  
Bitte genau auf Nr. 110, Brunnenstraße Nr. 110 zu achten.  
Kohlengeschäft, 1226 8 Jahre mit gutem Erfolg betrieben, verk. krankheitsf. Rige, Vintenstr. 204.

### Wohl fühlt sich

bei jeder Witterung, wer Brunnenstrasse 110 (neben dem Pferdebad-Depot) bei Ignatz Sello besichtigt anerkannt guten Rum 1/2 Pi. inkl. 90 Pf. von vorzüglich. Glühwein-Extrakt 1/2 Pi. inkl. 1.10 Pi. an Stenoborfer inkl. Orig.-Flasche (2, 4) a 80 Pf. Halb u. Halb, Mischung, 90 Pf. per 1/2 Champagner-Flasche inkl. alten Nordhäuser per Liter 50 Pf. fäher Ungarwein, Orig.-Fl. (1/2, 1/4) inkl. von 90 Pf. an, sowie sämtl. Sorten Weine, Cognacs u. l. w. Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen. Billigste Bezugsquelle.  
Bitte genau auf Nr. 110, Brunnenstraße Nr. 110 zu achten.  
Kohlengeschäft, 1226 8 Jahre mit gutem Erfolg betrieben, verk. krankheitsf. Rige, Vintenstr. 204.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstr. 20-21.  
Sitzung der Orts-Verwaltung.

## Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins u. Umgegend.  
Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Wernau, Schwedterstraße 23-24:  
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Johannes Rein über: „Die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal 1899. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.  
Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
31/19 Der Vorstand.

## Central-Verband

der Zimmerer Deutschlands.  
(Zählstellen Berlin und der Vororte.)  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die regelmäßige Versammlung am 15. Oktober ansfällt. Dieselbe findet erst am 22. Sonntag, den 22. Oktober, in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20, statt.  
Der Vorstand.

## Textilarbeiter, Filiale IV.

Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstr. 21:  
Versammlung der Färber u. Berufsgenossen  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wie können wir am zweckmäßigsten unsere Organisation ausbauen? 3. Wie stellen sich die Kollegen zu einem Wastendahl? 4. Verschiedenes.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

## Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands

(Zählstelle V. Gruppe Rabinshpanner und Träger).  
Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Feuersteins Gesellschaft, Alie Jakobstraße Nr. 75:  
Mitglieder-Versammlung  
Tages-Ordnung:  
1. Verbandsangelegenheiten. 2. Abrechnung. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.  
1245 Der Vorstand.

## Achtung, Vergolder!

Montag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:  
Monats-Versammlung  
der Vergolder (Filiale Berlin).  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Wahl zweier Mitglieder zum Hauptvorstand. 3. Bericht über die Rahmenvergolder-Bewegung. 4. Vortrag. 5. Diskussion. 6. Verschiedenes und Fragekasten.  
Der Vorstand.

## Mitglieder-Versammlung

der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgeg.  
am Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Gwald, Schönleinstrasse 6.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1899. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

## Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Am Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c:  
Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung  
des Fachvereins der Fliesenleger Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Vorstandswahl. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.  
Die regelmäßigen Vereinsversammlungen finden von jetzt ab jeden ersten Dienstag im Monat statt.  
Das Erscheinen aller ist unbedingt erforderlich.  
56/10  
S. A.: A. Raake.

## Steinarbeiter.

Am Sonntag, den 15. Oktober, mittags 12 Uhr, im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstraße 27c:  
Öffentl. Versammlung  
Tages-Ordnung:  
1. Die letzten Verhandlungen mit den Unternehmern. 2. Verschiedenes. Umstände halber findet die Versammlung nicht Freitag statt.  
274/20 Die Lohnkommission.

## Achtung, Vereine!

Auf verchiedene Anfragen giebt unterzeichneter Verein einzelne Lokale bekannt, in welchen Tanz-Roiture, die dort beschäftigt sind, Nichtmitglieder des Vereins sind:  
Breuer (Königsbank), Große Frankfurterstr. 117.  
Nest, Weberstr. 17.  
Ressource, Kommandantenstr. 57.  
Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.  
Ludwig (früher Jakob), Treptow, Rippiner Landstraße.  
Bestellungen sind zu richten nach dem Vereinslokal „Englischer Garten“, Neue Köhlerstr. 3.  
Der Vorstand des Tanzlehrer-Vereins „Solidarität“.

## Feste Preise!

Oscar Arnold  
Hut-Engros-geschäft.  
Dresdenerstr. 116, am Oranienplatz (Kein Laden)  
Einzelverkauf fehlerfreier Waare in grosser Auswahl:  
Herrenhüte, weich von Mk. 1.25-4.-  
do. steif von Mk. 2.00-4.-  
do. 2 Haarlitz von Mk. 5.00-7.-  
Cylinderhüte von Mk. 4.00-11.-  
Chapeaux claires von Mk. 8.00-12.-  
Kinderhüte von Mk. 1.50-3.-  
Cylinderhüte von Mk. 1.25-3.-  
do. sehr vortheilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!  
Bitte obige Firma zu beachten, da ich keine Zwigggeschäfte habe.

## Charlottenburg.

Gmpfehle allen Freunden und Partei-genossen mein neues Lokal Bismarckstraße 31. Vereinszimmer, 120 Personen fassend. Jeden Sonntag musikalische Unterhaltung.  
H. Wernicke, früher „Bismarckshöhe“.  
26772\*

## Charlottenburg.

Gmpfehle allen Freunden und Partei-genossen mein neues Lokal Bismarckstraße 31. Vereinszimmer, 120 Personen fassend. Jeden Sonntag musikalische Unterhaltung.  
H. Wernicke, früher „Bismarckshöhe“.  
26772\*

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Dichter in Groß-Dickersfelde. Für den Anzeigentheil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Die „Harmlosen“ vor Gericht.

Reumter Tag.

Vom Generalkommando des Gardecorps ist ein Schreiben eingegangen, in welchem General v. Bod mitteilt, daß er Anstand nehmen müsse, aus den Personalakten des Gardecorps Mitteilungen zu machen. Es bezieht sich dies auf die Frage, aus welchem Grunde der Angell. v. Kröcher aus dem aktiven Dienst geschieden ist.

Herr v. Mantuffel wird wütend.

Der Zeuge Mayer wird über das Zustandekommen eines Protokolls vernommen, welches Kommissar v. Mantuffel mit ihm aufgenommen hat. Das Protokoll zeigt nachträgliche Einschreibungen mit blauer Tinte. Wie diese veranlaßt und gemacht worden sind, ist Gegenstand des Streites zwischen dem Zeugen Mayer und dem Zeugen v. Mantuffel.

Noch ein Zusammenstoß.

Bei der Vernehmung des Zeugen Mayer kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Rechtsanwalt Dr. Schachtel. Als nämlich der Oberstaatsanwalt Zwischenfragen an den Zeugen richtet, verlangt Rechtsanwalt Dr. Schachtel, daß der Zeuge zunächst im Zusammenhange sich auszusprechen solle.

Ein Belastungszeuge.

Cand. med. v. Janta wird von dem Angell. v. Kahler als ein Herr bezeichnet, der ihm feindselig gesinnt sei. Der Zeuge bestritt dies, gibt aber zu, daß ihm v. Kahler nicht sympathisch sei, weil er rigoros bei der Einziehung von Spielschulden gewesen sei.

Unchristliches Spiel?

Lebhaftes Eingreifen der Verteidiger und der Angeklagten rufte die Darstellung des Zeugen v. Janta über einen Vorfall hervor, bei dem der Angeklagte v. Kahler beim Spiel mit dem Rittgutsbesitzer v. Brede angeblich nicht ehrlich vorgegangen sein soll.

Ein egotischer Vechvogel.

Der nächste Zeuge, Ingenieur James Murray, aus Barbados in Bestindien stammend und britischer Unterthan, ist seit 4 Jahren dauernd in Berlin und in die Spielkreise hineingeraten.

Veranstaltungen.

Die Arbeiter der Vorsichtigen Werke waren seitens des Metallarbeiter-Verbandes am Mittwochabend zu einer Versammlung nach Zimmermanns Lokal in der Badstraße eingeladen und auch zahlreich erschienen.

Witterungsüberblick vom 12. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Wetter. Lists weather conditions for various stations like Eutin, Gumburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien.

Witterungsprognose für Freitag, den 13. Oktober 1899.

Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regen und ziemlich häufigen südwestlichen Winden; nachher aufstrebend und etwas kühler.

Angellagter v. Kahler berichtet eine in der Presse falsch aufgeführte Aussage des gestern vernommenen Zeugen v. Dögel. Derselbe habe nur seine Gesamt-Spielverluste auf 30 000 M. angegeben, nicht aber behauptet, daß er diese Summe an einem Abend und speziell nur an ihn und v. Schachtmeyer verloren habe.

Nach Wiederannahme der Sitzung wird durch die Verteidiger an den Zeugen v. Janta noch eine ganze Reihe von Fragen gerichtet, die sich auf den Vorfall mit Herrn v. Brede, auf die Spielweise des Zeugen und dessen Vermögensverhältnisse beziehen.

Das Conto bei der Deutschen Bank.

Der als Vertreter der Deutschen Bank vorgeladene Zeuge Krüger giebt an der Hand des Conto-Auszuges Auskunft über die für das Conto der Frau Frida Voigt im Laufe der Jahre stattgehabten Einzahlungen und Auszahlungen.

Ein Brief an Mantuffel.

Lieutenant a. D. Graf Schwerin hat in einem Briefe, in welchem er eine Reihe von Fragen des Herrn v. Mantuffel beantwortet, auch andagelegt, mit Ausnahme von Wolff, v. Schachtmeyer und v. Kahler habe niemand einen Pfennig gewinnen können.

Mantuffels Privatbriefe.

Auf Anregung Dr. Sello's gelangt ein Brief zur Verlesung, den Herr v. Mantuffel an den Grafen Münster richtete und der nach der Erklärung des Herrn v. Mantuffel denselben Wortlaut hat wie das an den Zeugen gerichtete Schreiben.

Zeuge v. Mantuffel: Damit nicht wieder der Vorwurf gegen mich erhoben wird, als ob ich unter Bezugnahme auf meine militärische Stellung Kameraden angefordert hätte, erkläre ich folgendes: Im Einverständnis mit der Militärbehörde, mit dem Landgerichtsrat Herr und dem Oberstaatsanwalt Dreißer ist mir erlaubt worden, Privatbriefe an die Herren zu schreiben und sie zu bitten, hierher zu kommen, da sich sonst die Voruntersuchung ins Unendliche ausdehnen würde.

Ein egotischer Vechvogel.

Der nächste Zeuge, Ingenieur James Murray, aus Barbados in Bestindien stammend und britischer Unterthan, ist seit 4 Jahren dauernd in Berlin und in die Spielkreise hineingeraten. Er hat erst vom Baccarat gar nichts verstanden, ist aber dann in das Spiel nach und nach eingeweiht worden.

Veranstaltungen.

Die Arbeiter der Vorsichtigen Werke waren seitens des Metallarbeiter-Verbandes am Mittwochabend zu einer Versammlung nach Zimmermanns Lokal in der Badstraße eingeladen und auch zahlreich erschienen.

Wohrer, Hobler mit einem Wochenlohn von 18 bis 21 M. für die nehmen müßten und Schloffer mit Stundenlöhnen von 25-30 Pf. abgeholt würden. In einem Falle hätten einige Schloffer, die vor Beendigung ihres Kolonnenaccordes aufhörten, für eine Arbeitszeit von 58 1/2 Stunden 14,70 M. Lohn erhalten.

Solgarbeiter-Verband. In der am 9. Oktober abgehaltenen Bezirksversammlung sprach Dr. Baron über Wunden, Wundheilung und Wundbehandlung. Der äußerst lehrreiche Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Tagesfeier beider Klassen hielten am 10. d. M. ihre kombinierte Versammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Antrag der Ortsverwaltung auf Ausschluß von 6 Mitgliedern, erhält Sander das Wort.

Die Glaser hielten eine öffentliche Versammlung am 1. Oktober in den „Arminhallen“ ab, in welcher die Abrechnung über den Streit gegeben wurde. Danach sind 942,78 M. vereinnahmt, 318,71 M. verausgabt worden.

Sozialwissenschaftlicher Verein. Dritte 3/4 Uhr, im „Bahrenhof“, Friedrich- und Lauenburger-Gäßchen. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Bradebusch: „Das Recht auf Arbeit“.

Marktpreise von Berlin am 11. Oktober 1899

Table with 4 columns: D. Gr., Preis, and two columns for Schweinefleisch. Lists prices for various goods like Weizen, Roggen, Butter, Eier, etc.

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Notierungsscheite - und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.

Produktenmarkt vom 12. Oktober. Wänsche Getreidebrüche aus russischen Polen und reichliche Vorräte von allen Seiten geben dem Verkehr sogar ein schwaches Aussehen; doch war auch wiederum das Angebot nicht so dringlich, daß eine englische Preisabwägung Platz greifen konnte.

Witterungsüberblick vom 12. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Wetter. Lists weather conditions for various stations like Eutin, Gumburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien.

Witterungsprognose für Freitag, den 13. Oktober 1899. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regen und ziemlich häufigen südwestlichen Winden; nachher aufstrebend und etwas kühler.

**Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Bau- u. gew. Hilfsarbeiter Berlins.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied  
**Carl Dietrich**  
am 10. Oktober verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Petrifriedhofes in der Friedenstraße statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Organisation der Steinarbeiter.**  
Berlin I.  
Am 11. d. M. verschied unser treuer Kollege, Steinweg 274/19  
**Herm. Edler**  
im Alter von 29 Jahren an der Lungenschwindsucht.  
Seine Hinterbliebenen:  
Seine Frau, Johanna, geb. Schmidt, 46 Jahre alt, wohnend in der Friedenstraße 40b, sowie seine Kinder: Marie, 14 Jahre alt, wohnend in der Friedenstraße 40b, sowie seine Kinder: Marie, 14 Jahre alt, wohnend in der Friedenstraße 40b, sowie seine Kinder: Marie, 14 Jahre alt, wohnend in der Friedenstraße 40b.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vertrauensmann:  
Franz Fischer.

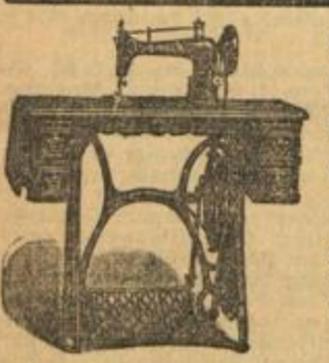
**Verichtigung.**  
In dem Anzeiger der Gewerkschaftsbücherei am Dienstag nach unter Gesundheitsdrücken die Nummer bei Bienenhalsstraße nicht 59 sondern 17 heißen. Unter Norden soll es statt Reinickendorfer 40b, Freier, 46c heißen. Ferner ist nachzutragen unter Norden: Schwedestr. 243, Sieben, und unter Südosten: Plagwitzstr. 29, Schulz.  
Die Beerdigung findet Sonnabend, 14. Oktober, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Johannis-Friedhofes Wilmersdorf aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vertrauensmann:  
Franz Fischer.

**Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.** Teilzahlung wöchentl. 1 Mark, Plomben 1,50 Mk.  
Vollkomm. schmerzlos. Zahnarzt **Woir**, jetzt Leipzigerstr. 130.  
Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. [b]

**Wilhelmsbad, Charlottenburg,**  
109 Berlinerstr. 109,  
empfiehlt speziell heiße Sand-, Trodenluft-, Voh-, Lamin-, Dampf-, täglich für Damen und Herren von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, Sonntags bis 1 Uhr. Bäderlieferung für sämtliche Krankentafeln. [25862]

**Unterrichten Sie sich!**  
über das Mietrecht nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Erschöpfende Auskunft hierüber gibt die Broschüre:  
**Die Rechte und Pflichten des Mieters**  
von Rich. Lipinski. Preis einschließlich Porto 23 Pfennige. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Reudnitzstraße 11.

**Singer Nähmaschinen** sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie.  
**Singer Nähmaschinen** sind mustergetreu in Konstruktion und Ausführung.  
**Singer Nähmaschinen** sind in allen Fabriksbetrieben die meist verbreiteten.  
**Singer Nähmaschinen** sind für die moderne Kunstfärberei die geeignetsten.  
Kostenfreie Unterrichtskurse auch in der modernen Kunstfärberei.  
Die Nähmaschinen der Singer Co. verdanken ihren Weltruf der vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen. Der stets zunehmende Absatz, die hervorragenden Auszeichnungen auf allen Ausstellungen und das über 40jährige Bestehen der Fabrik bieten die sicherste Garantie für die Güte unserer Maschinen.  
Singer Elektromotoren, speziell für Nähmaschinen-Betrieb, in allen Größen.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Filialen in allen Stadtgegenden. Früheres Firma: G. Reibinger.



Hauptgeschäft:  
Berlin, Kronenstr. 11.

**Nachruf.**  
Unserem geliebten unvergesslichen Sohn, Bruder und Onkel, dem Buchdruckereibesitzer  
**Max Schriener,**  
gestorben am 13. Oktober 1898, dem Geburtstag seiner Mutter.  
Ein Jahr dahin!  
Wie früh verließst Du die Welt und all' was Du so lieb gehabt, wie können nicht mehr mit Dir teilen, die traurige Erinnerung.  
Weer bleibt die Stätte, wo Du so gern gewohnt. — O harte's Loos! — denn Du, gehst nie zu uns zurück. —  
Seine trauernden Eltern u. Geschw. Jeannette, Franz, Emma, Marie, verehelichte Klippenstein.

Für die zahlreichen Beweise von Teilnahme und Freundschaft bei dem Hinscheiden meiner teuren Frau, unserer lieben Mutter, der Frau **Marie Jäschke, geb. Teeg,** sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus. Die Hinterbliebenen.

**Danksgiving.**  
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Braut sage hierdurch allen Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank. Insbesondere meinen werten Kollegen von der West-Abteilung **Max Bading.**  
**Emil Schotter.**

**Teilzahlung wöchentl. 1 Mark, Plomben 1,50 Mk.**  
Vollkomm. schmerzlos. Zahnarzt **Woir**, jetzt Leipzigerstr. 130.  
Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. [b]

**Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!**  
Täglich viele Anerkennungen.  
**Herr Dr. H. schreibt:**  
Ich habe während der Operation selbst als auch in der Folge keine Schmerzempfindung gehabt etc. etc.  
**Herr Justizrat R. schreibt u. a.:**  
Bestätige Ihnen gern, dass ich nach Injektion einer Flüssigkeit beim Ausziehen eines Backenzahnes keinen Schmerz empfunden habe etc. etc.  
jetzt: **Brückenstr. 6<sup>B</sup> II.,** an der Jannowitz-Brücke.  
Sprechst.: 9-6, Sonntag 9-12. Telephon Amt VII. 4913.

**Anker-Briketts**  
An allen besseren Kohlenhandlungen zu haben.  
Anerkannt vorzüglichste Qualität.

**Vereins-Kränze C. Jürgens**  
Bouquet- und Kranzbinderei  
Kottbuserstr. 3, Wasserthorstr. 69.

**Anker-Briquetts**  
anerkannt vorzüglichste Qualität sind zu haben bei  
**Friedr. Daniel & Co.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 29.

**Arbeiter-Berufskleidung**  
für jedes Gewerbe passend. Beste Qualitäten.  
**Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu!**  
jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt  
**F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.**

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Erfurt-Ilversgehofen**  
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.  
Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalzt, Spezialität . . . 7 Mk.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 Mk.  
" " Befestigung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 Mk.  
" Agrarstiefel, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 Mk.  
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen.  
Arbeitsschuhe, weill. fest, kräftig, 4,50 bis 6,50 Mk.  
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 Mk.  
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 Mk. an  
" Schnürschuhe . . . . . von 3,50 Mk. an  
" Hausschuhe . . . . . von 3,00 Mk. an  
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet.  
zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
Ballschuhe in den geschmackvollsten Dessins von 2,50 Mk. an.  
Gedächtniswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen.  
Verkaufsstellen:  
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.  
W., Schilfstr. 12.  
Stettin, Reiffelstr. 14.  
Hannover, Ringmarkt 7a.  
Hamburg, Steinstr. 16.  
Bremen, Hauptstr. 5.  
Tübingen, Schadowstr. 67.  
Köln a. Rh., Eigelstein 66.  
Frankfurt a. M., Gießstr. 26.  
München, Sendlingerstr. 10.  
Dachau, Hauptstr. 83.  
Vandenbergstr. 7.  
Humboldtstr. 22.  
Knaulstr. 29.

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Erfurt-Ilversgehofen**  
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.



Wir empfehlen:  
Herren-Zugstiefel, gewalzt, Spezialität . . . 7 Mk.  
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 Mk.  
" " Befestigung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 Mk.  
" Agrarstiefel, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 Mk.  
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen.  
Arbeitsschuhe, weill. fest, kräftig, 4,50 bis 6,50 Mk.  
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 Mk.  
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 Mk. an  
" Schnürschuhe . . . . . von 3,50 Mk. an  
" Hausschuhe . . . . . von 3,00 Mk. an  
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet.  
zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
Ballschuhe in den geschmackvollsten Dessins von 2,50 Mk. an.  
Gedächtniswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.  
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen.  
Verkaufsstellen:  
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.  
W., Schilfstr. 12.  
Stettin, Reiffelstr. 14.  
Hannover, Ringmarkt 7a.  
Hamburg, Steinstr. 16.  
Bremen, Hauptstr. 5.  
Tübingen, Schadowstr. 67.  
Köln a. Rh., Eigelstein 66.  
Frankfurt a. M., Gießstr. 26.  
München, Sendlingerstr. 10.  
Dachau, Hauptstr. 83.  
Vandenbergstr. 7.  
Humboldtstr. 22.  
Knaulstr. 29.

**Verkaufsstellen:**  
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.  
W., Schilfstr. 12.  
Stettin, Reiffelstr. 14.  
Hannover, Ringmarkt 7a.  
Hamburg, Steinstr. 16.  
Bremen, Hauptstr. 5.  
Tübingen, Schadowstr. 67.  
Köln a. Rh., Eigelstein 66.  
Frankfurt a. M., Gießstr. 26.  
München, Sendlingerstr. 10.  
Dachau, Hauptstr. 83.  
Vandenbergstr. 7.  
Humboldtstr. 22.  
Knaulstr. 29.

**Verkaufsstellen:**  
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.  
W., Schilfstr. 12.  
Stettin, Reiffelstr. 14.  
Hannover, Ringmarkt 7a.  
Hamburg, Steinstr. 16.  
Bremen, Hauptstr. 5.  
Tübingen, Schadowstr. 67.  
Köln a. Rh., Eigelstein 66.  
Frankfurt a. M., Gießstr. 26.  
München, Sendlingerstr. 10.  
Dachau, Hauptstr. 83.  
Vandenbergstr. 7.  
Humboldtstr. 22.  
Knaulstr. 29.

**Verkaufsstellen:**  
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.  
W., Schilfstr. 12.  
Stettin, Reiffelstr. 14.  
Hannover, Ringmarkt 7a.  
Hamburg, Steinstr. 16.  
Bremen, Hauptstr. 5.  
Tübingen, Schadowstr. 67.  
Köln a. Rh., Eigelstein 66.  
Frankfurt a. M., Gießstr. 26.  
München, Sendlingerstr. 10.  
Dachau, Hauptstr. 83.  
Vandenbergstr. 7.  
Humboldtstr. 22.  
Knaulstr. 29.

**Kleine Anzeigen.**

**Verkäufe.**  
Bettfedern, Stuhlrohre, Bambus, C. H. Kramer, jetzt Wallstraße 16.  
Betten, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Portieren, Teppiche, Regulatorien, Remonturmaschinen, Winterpaletots, Anzüge, Hüte, Operngläser, spottbillig Pfandleiche Reanderstraße 6.  
Möbel, bar und Teilzahlung, billig, Prankfurter Allee 110, I. Ecke Königbergerstraße.  
Damenmäntel, Jacketts, wirklich billig, verkauft Strang, Alexanderstraße 15.  
Strickmaschinen, bestes Fabrikat, auch auf Teilzahlungen. Gustav Brederer, Engelstr. 20.  
Destillation, Refraktion, ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Warshauerstr. 63, Bardierladen.  
Kleines Geschäft zu kaufen gesucht; Bäckerei-Filiale bevorzugt, anderes kleines Geschäft nicht ausgeschlossen. Auch sind eine Droflei, zwei Hinken, Grassmäde, fugend, und Steinröhrer zu verkaufen (abends). Wilhelm Martin, Rixdorf, Rnefeldstraße 1, II.  
Kohlengeschäft verkauft Etadenow, Polenerstraße 4.  
Betten, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Portieren, Teppiche, Bettvorleger spottbillig, Pfandleiche Reanderstraße 6.  
Winterpaletots, Anzüge, Regulatorien, Remonturmaschinen, Operngläser spottbillig, Pfandleiche Reanderstraße 6.  
Teppich, prachvoller, Blauerhof, Gröbe Frankfurterstraße 9.  
Ein Villa- und Bachhaus-Geschäft ist sofort wegen Krankheit zum Inventarpreis zu verkaufen. Näheres Reichenbergerstraße 158, Milchladen.

**Vermischte Anzeigen.**  
Elektra, Prinzenstraße 55. Neuer Abendkurs, beginnend Donnerstag, 5. Oktober. Gediegene praktische und theoretische Ausbildung für Elektromonteur, Installateur, alle Metallgewerbe. Keine Vorkenntnisse. Diplomzeugnis. Stellungsmöglichkeit. Lehrplan gratis. Anmeldung täglich, auch Sonntagvormittag.  
Vereinszimmer zu 60 Personen zu vergeben. Pfefferberger Kaufhaus, Bräudenstraße 2.  
Jed. Sonnabend Gausenspielen bei Boetz, Breslauerstr. 9.  
Bachofenbau, sowie Feuerungs-Anlagen und Reparaturen werden ausgeführt. Carl Schmidt, Plauer, Sorauerstraße 9.  
Unfallfassen, Klagen, Eingaben, Puffer, Sieglitzerstraße 65.  
Verklarer verlangt Goldleihenfabrik Kottbuser Ufer 32.  
Korbwarenverleiher verlangt Goldleihenfabrik Kottbuser Ufer 32.  
Holzschuhmagler verlangt Goldleihenfabrik Kottbuser Ufer 32.  
Wasser-Verleiher heist ein Cesar Goldleihenfabrik Kottbuser Ufer 32.  
Verleiher für Bergwerke gesucht. Goldleihenfabrik Kottbuser Ufer 32.  
Verleiher und Hämmer verlangt Kottbuser Damms 100.  
Goldleihen-Grundbesitzer verlangt Carl Diefelher, Krausstraße 62.  
Schuhmacher-Arbeiter gegen hohen Lohn sofort gesucht. Belohlant Heimindorferstraße 49a.  
Schwarzdruckverleiher (Modellschreiber) verlangt.  
Gravenrieding (Kostgeld, dreijährige Lehrzeit) verlangt Georgenstraße 26.  
Verleiherinnen und Arbeiterinnen verlangen Goldleihenfabrik Posnanski u. Co., Oranienstraße 183.  
10-20 Arbeiterinnen u. Blumenmacherinnen verlangt Blumenfabrik Weichenfer, GutsMuthsstraße 18.  
Arbeiterinnen zum Sortieren von Papierabfällen sucht Samuel Meyer, Boltsstraße 26/28.  
Cartonarbeiterinnen in und auferm Dänke verlangt sofort Cartonsfabrik Wartstraße 50.  
Junge Mädchen, welche das Blumenmachen erlernen wollen, finden bei guter Behandlung und sofortiger Vergütung Beschäftigung. Blumenfabrik Wasserthorstraße 61.  
Wartierinnen u. Arbeiterinnen verlangt Königbergerstraße 20.  
Schulreife Mädchen tagsüber verlangt Thomas, Blücherstraße 21 II.  
Tapeziererlehrling verlangt Köhler, Stauffenbergerstraße 43.

**Vermietungen.**  
Freundlich möblierte Schlafstelle für zwei Herren. Pflüger, Marktstraße 20 parterre.  
**Arbeitsmarkt.**  
Stellenangebote.  
Tüchtige Rahmenmacher verlangt Köhler, Kottbuser Ufer 32.  
Arbeiter für silberne Geschäfte werden noch außerhalb verlangt Dresdenstraße 96, I.

**Arbeitsmarkt.**  
Stellenangebote.  
Tüchtige Rahmenmacher verlangt Köhler, Kottbuser Ufer 32.  
Arbeiter für silberne Geschäfte werden noch außerhalb verlangt Dresdenstraße 96, I.

**Arbeitsmarkt.**  
Stellenangebote.  
Tüchtige Rahmenmacher verlangt Köhler, Kottbuser Ufer 32.  
Arbeiter für silberne Geschäfte werden noch außerhalb verlangt Dresdenstraße 96, I.

**Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“**  
Osten:  
Robert Wenzel, Prandstr. 30, 6.  
L. Vogel, Wilmersdorf, Köpenickerstr. 83.  
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.  
Nordosten:  
J. Reul, Barnimstr. 42.  
Norden:  
W. Gahmann, Grünhaldenstr. 65.  
Karl Mars, Ralannen-Allee 95/96.  
Emil Stolzenberg, Wiesenstr. 14.  
L. Dehau, Hauptplatz 24.  
S. Vogel, Demantstr. 32.  
H. Tich, Invalidenstr. 124.  
Nordwesten:  
Karl Anders, Salzweidenerstr. 8.  
Südwesten:  
H. Chuefeger, Bergmannstr. 23, 6. II.  
G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.  
Süden:  
F. Gutschmidt, Kottbuser Damms 8.  
Südosten:  
Fris Thiel, Stallstr. 35.  
L. Geise, Wrangelstr. 68.  
Martin Weich, Adalbertstr. 24.  
Centrum:  
D. Gorch, Gipsstr. 27.  
H. Tich, Breitenstr. 23.  
Charlottenburg:  
Gust. Scharrer, Schillerstr. 94 I.  
Friedenau:  
G. Service, Kirchstr. 15.  
Friedrichshagen:  
Anton Kopp, Friedrichsstr. 4.  
Pankow:  
Kummer, Rother Friedrichstr. 15.  
Rixdorf:  
G. Chermann, Gipsstr. 6.  
G. Reheron, Bernauerstr. 60.  
Schöneberg:  
Willy Gänner, Apostel-Dammstr. 13.  
Weißensee:  
Georg Weichmann, Reberstr. 1.  
Julius Schiller, Königshaussee 30a.  
Nob. Viehwagner, GutsMuths-Str. 16.